

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
L. Schellberg'sche Hofbuchdruckerei, „Tagblatt-Haus“.
Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Wöchentlich nachmittags, Samstags vor- u. nachmittags
Fernsprecher-Sammel-Nr. 59631.
Berliner Büro: Berlin-Wilmersdorf.

Bezugspreise: Im Verlag abgeholt: 36 R.-Pfg., in den Ausgabestellen: 38 R.-Pfg., durch die Träger
ins Haus gebracht R.-M. 1.— für eine Bezugszeit von 2 Wochen. — Bezugsbestellungen nehmen
an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer
Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Besteller keinen Anspruch auf Lieferung des
Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Erst. Anzeigen 20 R.-Pfg., auswärts. Anzeigen 30 R.-Pfg., drit. Anzeigen 10 R.-Pfg.,
auswärts. Resten R.-M. 1.50 für die einpolige Anzeigenseite oder deren Raum. — Für die Auf-
nahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. —
Schluß der Anzeigenannahme 10 Uhr vormittags. Spätere Anzeigen müssen spätestens einen
Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Telegramm-Adresse: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Rastatts.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Nr. 124.

Samstag, 16. Mai 1931.

79. Jahrgang.

Beginn der Zolldebatte.

Die großen Vier tagen. — Überweisung an den Haager Gerichtshof.
Der übliche Sonderauschuß.

Der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz

as. Berlin, 16. Mai. (Drahtbericht unserer Berliner
Abteilung.) In Genf hat es gestern eine Besprechung
der großen Vier, das heißt der Außenminister Eng-
lands, Frankreichs, Italiens und Deutschlands, ge-
geben. Aus dem amtlichen Bericht über diese Be-
sprechungen geht nicht allzuviel hervor, aber der
Unterredung dürfte, da sie 2½ Stunden dauerte, einige
Bedeutung zukommen. Rein äußerlich betrachtet, ist
das Resultat, daß im Europa-Ausschuß heute die Aus-
sprache über die Wirtschaftskrise beginnt, wobei, wie
es im amtlichen Bericht heißt, Dr. Curtius die an-
gefordigten Ausführungen machen wird über die
handelspolitischen Ziele, die Deutschland und Österreich
mit ihrem Zollprojekt verfolgen. Praktisch wird also
die Frage der Zollunion bereits im Europa-Ausschuß
angehoben. Im Rat wird man am Montag eben-
falls die Zollunion behandeln, wobei bekanntlich nur
die rechtliche Seite erörtert werden soll.

Es steht schon heute ziemlich fest, daß der Rat mit
seiner Debatte nicht allzuviel Zeit verlieren wird,
da man die Frage der Zollunion dem Haager
Weltgerichtshof vorlegen wird.

Das bedeutet, daß die rechtliche Frage zunächst vertagt
werden dürfte. Aber auch wirtschaftlich wird man von
einer Vertagung sprechen müssen, da aller Wahr-
scheinlichkeit nach dem üblichen Genfer Verfahren, ein
Sonderauschuß eingesetzt werden wird, der die Zoll-
union, den französischen Gegenvorschlag und auch das
neue italienische Projekt zu prüfen hätte. Aber diese
italienischen Pläne bestehen vorläufig noch keine völlige
Klarheit. Es scheint aber, daß sie auf regionale Pläne
hinauslaufen, ähnlich den jetzt getroffenen Vereinba-
rungen zwischen Österreich, Ungarn, Italien.

Der Sonderauschuß würde dann wahrscheinlich im
September über seine Beratungen Bericht er-
statten, sobald also irgend eine Entscheidung über
die Zollunion in dieser Tagung nicht zu erwarten
wäre.

Die Gesamtsituation wird dadurch erschwert, daß
Österreich, nachdem man mit großer Mühe den Zu-

ammenbruch des größten österreichischen Bankinstituts
vermieden hat, sich gezwungen sieht, mit dem Kontroll-
auschuß für die Völkerbundsanleihe des Jahres 1922,
um die Bewilligung einer Stützungsanleihe zu ver-
handeln. Es kommt noch hinzu, daß sich offenbar in
Österreich selbst die Lage zuspitzt.

wenigstens sind Gerüchte im Umlauf, daß mit
einem Rücktritt des Kabinetts Ender zu rechnen
sei wegen Meinungsverschiedenheiten im Kabinett
über die Sparmaßnahmen.

Es braucht kaum besonders betont zu werden, daß ein
Rücktritt des Kabinetts Ender natürlich die Lage
Schobers außerordentlich erschweren würde. Im ganzen
wird man sagen können, daß die Situation keineswegs
für Deutschland und Österreich günstig ist. Für die
Stimmung ist es auch kennzeichnend, daß der größte
Teil der Schweizer Presse gegen den Zollunionsplan
Stellung nimmt, da dieser Plan zum Sturz Briands
geführt habe. Daß diese Darstellung nicht richtig ist,
geht schon daraus hervor, daß Briands Politik in der
Zollunionsfrage mit großer Mehrheit vom französischen
Parlament gebilligt wurde, womit bewiesen ist, daß
für die letzten Vorgänge in Frankreich wesentlich
andere, nämlich rein innenpolitische Beweggründe maß-
gebend gewesen sind.

Bei dieser Lage der Dinge muß es als kleiner Trost
erscheinen, daß wenigstens die Kandidatur des tschecho-
slowakischen Außenministers Beneš für den Posten
des Präsidenten der Abrüstungskonferenz nunmehr
endgültig erledigt ist.

Um Beneš die Unannehmlichkeit einer Niederlage
zu ersparen, haben die Delegierten der Kleinen
Entente den Beschluß gefaßt, daß keiner ihrer
Minister oder Delegierten, also auch nicht Beneš,
die Präsidentschaft der Abrüstungskonferenz über-
nehmen darf.

Damit ist die Kandidatur Benešs hinfällig, und die
Aussicht dafür, daß der Vorsitzende der Abrüstungs-
konferenz des Jahres 1932 Henderson heißen
wird, wächst beträchtlich.

Deutsche außerhalb der Grenzen.

Der Kampf um die deutsche Schule.

Von Oberbürgermeister Dr. Wilhelm Külz,
Mitglied des Reichstages.

Vor dem Kriege hörte für die meisten von uns das
deutsche Volk an den Grenzen des Deutschen Reiches
auf. Nur wenige hatten eine lebendige Vorstellung
davon, daß auch jenseits der Grenzen noch 40 Millionen
Menschen in geschlossenen Siedlungsgebieten, an frem-
den Handelsplätzen oder in der Zerstreuung lebten, die
sich als Deutsche fühlten. Der Krieg schuf hier einen
grundlegenden Wandel. Als im August 1914 die
Sturmflut der Weltgeschichte über uns hereinbrach, da
ergriff sie nicht nur das deutsche Volk im Deutschen
Reich, sondern alle Deutschen in der Welt, und als sich
1918 eine verpestete Weltatmosphäre über das deutsche
Volk breitete, da lagerte sich diese Stidsucht mit ihrem
ertösenden Hauch auch über die außerhalb der Reichs-
grenzen wohnenden Deutschen. „Volk ist, wer eine ge-
meinsame Not empfindet“, dieses Wort Richard Wag-
ners bewahrheitet sich in dieser schwersten Prüfungs-
und Leidenszeit des deutschen Volkes. Das Weltge-
schehen von 1914 bis 1918 hat zwar nach glücklicher-
henden Anfängen uns Reichsdeutsche immer noch nicht
vom Volk zur Nation werden lassen, aber es hat für
alle Deutschen der Welt ein Wiedererwachen des
deutschen Volkstumsgefühls gebracht. Wir wissen
jetzt: was deutsch ist, wird nicht bestimmt durch irgend-
eine Farbe auf der Landkarte, auch nicht durch politische
Grenzen, sondern es liegt im Menschen, und wir fühlen
heute, was bereits vor Jahrzehnten Lagarde empfun-
den hat, daß „deutsches Volk“ sich nicht in einen geogra-
phischen Raum begriffen oder durch eine politische Formu-
lierung erschöpfend erfassen läßt; deutsches Volk ist
die Gesamtheit aller deutsch empfindenden, deutsch denken-
den, deutsch wollenden Menschen. Weiß aber das, was
in der Welt als deutsch wirkt, im Menschen liegt, sind
deutsches Wesen und deutsche Art auch außerhalb staat-
licher deutscher Grenzen in vielen Gegenden der Welt
stark geblieben. Fremde Staatsangehörigkeit hebt die
Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum nicht auf. Des-
wegen ist Auslandsdeutscher jeder in einem nicht-
deutschen Staatsgebiet Lebender, der bewußt und ge-
wollt sich zum Deutschland bekennt, deutschen Kulturbesitz
seinen eigenen Kulturbesitz sein läßt, an die Mission
des Deutschtums in der Welt glaubt und ein lebendiger
Zeuge von der Wahrheit des Wortes von Friedrich
von Schlegel ist: „Die Deutschtum liegt nicht hinter
uns, sondern vor uns.“

Für die Weltgeltung Deutschlands ist es nicht
gleichgültig, in welchem Maße sich alle Deutschen in der
Welt innerlich verbunden fühlen. Wir wollen deshalb
nicht in den alten Fehler der Gleichgültigkeit gegen-
über dem Auslandsdeutschtum verfallen, sondern wollen
außerlich und innerlich die engste Verbindung mit ihm
aufrecht erhalten. Das ist ein Gebot der Dankbarkeit
und ein Gebot der Selbstflucht; denn zur Wieder-
erhaltung voller Weltgeltung in wirtschaftlicher, kul-
tureller und politischer Hinsicht ist es unerlässlich, die
Kräfte der im Auslande lebenden Millionen Deutschen
dem Deutschland voll zu erhalten. Das ist ein ebenso
selbstverständlicher wie notwendiger Ausfluß des deut-
schen Selbsterhaltungswillens in der Welt. Der
Deutsche soll und will, sofern man sein Volkstum, seine
Sprache und seine Kultur unangetastet läßt, loyaler
Bürger auch des nichtdeutschen Staates sein, dessen An-
gehörigkeit er aus freiwilliger Entschiedenheit oder durch
Sichselbstfügen geworden ist. Die Beziehungen zwi-
schen Heimat und Auslandsdeutschtum umschließen eine
gewaltige Problematik auf politischem, wirtschaftlichem
und kulturellem Gebiete, die wir in ihrer weittragenden
Bedeutung voll erkennen müssen, um im einzelnen
Falle die richtige Einstellung zu finden.

Die Fürsorge für das Auslandsdeutschtum muß von
der Heimat her schon einsetzen, ehe sich der Inlands-
deutsche zum Auslandsdeutschen wandelt, und zwar in
Gestalt einer richtigen Auswanderungspolitik. Die
Auswanderung aus Deutschland quantitativ zu fördern,
ist widersinnig, denn jede Abwanderung Deutscher be-
deutet die Gefahr eines Verlustes an persönlichen und
wirtschaftlichen Werten. Wohl aber müssen wir die
aus eigenem Entschluß auswandernden Deutschen so be-
raten, daß sie nach Ländern und Gegenden auswandern,
in denen sie wirtschaftlich und kulturell ein sicherer
Wertfaktor für das Deutschtum bleiben. Dazu gehört
natürlich, daß es in Deutschland Stellen gibt, die die
entsprechenden Bedingungen der außerdeutschen
Länder in jeder Beziehung aufs genaueste unterrichtet
sind.

Der Auslandsdeutsche war uns in der Vergangen-
heit ein wirtschaftlicher Wertfaktor. Unsere Gegner hatten
das früher vielleicht noch stärker erkannt als wir. Die

Der England-Besuch der deutschen Staatsmänner.

Das Programm.

London, 15. Mai. Das Programm für den Besuch
des deutschen Reichskanzlers und des Reichsaußen-
ministers in Chequers ist jetzt so gut wie fertigge-
stellt, wenn auch vielleicht noch einige Einzelheiten
einer Abänderung unterworfen sein werden. Die bei-
den deutschen Staatsmänner werden am 5. Juni in
London eintreffen. Noch am Abend desselben
Tages findet ihnen zu Ehren ein Bankett im
Foreign Office statt, und am folgenden Tage, das ist
Samstag, 6. Juni, begeben sie sich im Kraftwagen nach
Chequers, wo sie zum Frühstück eintreffen werden. Der
Reichskanzler und der Reichsaußenminister verlassen
Chequers wieder am Sonntagmittag. Am Montag
gibt die englisch-deutsche Vereinigung den deutschen
Staatsmännern ein Frühstück. Am Nachmittag findet
ein Tee und Empfang im Institut für Auswärtige
Angelegenheiten statt, und am Abend gibt der deutsche
Botschafter ein offizielles Bankett auf der deutschen
Botschaft, zu dem die Mitglieder der britischen Regie-
rung, die Führer der Oppositionsparteien und die
höchsten Beamten des Foreign Office mit ihren Damen
geladen sind. An das Bankett schließt sich ein großer
Empfang an. Dienstag, 9. Juni, fahren der Reichs-
kanzler und der Reichsaußenminister über Southampton
nach Deutschland zurück.

Die Auflösung der preußischen Gesandtschaft in München.

Vor der Überreichung des Abberufungsschreibens.

München, 16. Mai. Wie verlautet, wird die
preußische Gesandtschaft in München bereits unge-
fähr zu Pfingsten d. J. ihre Tätigkeit einstellen. Der
preußische Gesandte in München, Minister Dr. Denf,
hat sein Abberufungsschreiben bereits erhalten und
wird es in der nächsten Zeit dem bayerischen Minister-
präsidenten, der einen kurzen Urlaub angetreten hat,
überreichen.

Die oberschlesische Schulfrage.

Anerkennung des deutschen Standpunktes durch
den Haager Gerichtshof.

Haag, 15. Mai. In einer heute vormittag im
Haager Friedenspalast abgehaltenen öffentlichen
Sitzung, der unter anderem zahlreiche Mitglieder
des Haager diplomatischen Korps, darunter auch der
deutsche Gesandte im Haag beiwohnten, hat der
Ständige Internationale Gerichtshof seine gutachtliche
Entscheidung im deutsch-polnischen Streitfall wegen des
Besuches der deutschen Minderheitenschulen in Polnisch-
Oberschlesien bekanntgegeben. Der Gerichtshof hat sich
in dieser Entscheidung völlig auf den deutschen
Standpunkt gestellt und die ihm durch die Völkerbunds-
entscheidung vom 24. Januar d. J. vorgelegte Frage,
ob denjenigen Kindern, die auf Grund der im Jahre
1927 in Polnisch-Oberschlesien abgehaltenen Sprach-
prüfungen von den deutschen Minderheitenschulen aus-
geschlossen worden sind, auch jetzt noch im Hinblick auf
diese Tatsache der Zugang zu den Minderheitenschulen
verweigert werden könne, gemäß dem deutschen
Antrag in negativem Sinne beantwortet. Diese Entscheidung wurde mit 11 Stimmen gegen
die eine Stimme des polnischen Besitzers des Gerichts-
hofes abgegeben. Der polnische Besitzer hat seine ab-
weisende Stellungnahme in einer der Entscheidung
beigefügten besonderen Begründung niedergelegt.

Der Reichsverband der deutschen Presse in Wien.

Empfang beim Bundespräsidenten.

Wien, 15. Mai. Bundespräsident Miklas empfing
heute den Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen
Presse, dessen Vorsitzender in seiner Ansprache an den
Bundespräsidenten seinen Aufgaben und Ziele der
Presse erläuterte. Der Bundespräsident ließ hierauf
den Vorstand willkommen und ließ sich dessen Mitglie-
der vorstellen. An jeden einzelnen richtete er noch
einige freundliche Worte.

Eröffnung der Tagung des Europa-Ausschusses

Ansprachen Briands und Hendersons.

Die organisatorischen Fragen.

Genf, 15. Mai. Unter starkem Andrang von Delegierten, Pressevertretern und Publikum wurde heute vormittag nach einer ganz kurzen vertraulichen Beratung die dritte Tagung des Europa-Ausschusses mit einer öffentlichen Sitzung in der Glasveranda des Völkerbundsbaues durch den französischen

Außenminister Briand

als Vorsitzenden des Ausschusses eröffnet. In einer schriftlich ausgearbeiteten Ansprache, die in Inhalt und Vortrag auch bei Erwähnung des deutschen Antrages völlig leidenschaftslos klang, gab Briand einen Überblick über die bisherigen Arbeiten des Europa-Ausschusses, insbesondere auf dem Gebiet der Getreidewirtschaft und des internationalen Kreditwesens. Er betonte, daß die Wirtschaftsfragen nicht der einzige Beratungsgegenstand des Ausschusses seien, daß sie aber gegenwärtig einen Grund zur Zwietsucht darstellen, den zu beseitigen, eine wichtige Aufgabe sei. Briand stellte fest, daß die Arbeiten des Ausschusses bisher einen normalen Verlauf genommen hätten, und daß die festgesetzten Fristen eingehalten werden könnten. Es ergebe sich eine positive Bilanz, die, wenn nicht zur Befriedigung, so doch zur Zurechtweisung berechtige. Der Ausschuss habe jetzt eine neue schwierige Etappe zurückzulegen. Er habe sich auf Antrag von Dr. Curtius mit der Frage der Zollbeziehungen zu Europa zu beschäftigen.

Dabei werde jede Regierung ihren Standpunkt freimütig darlegen, aber die Gesamtinteressen zu berücksichtigen haben, jedoch ein Werk der Solidarität und der allgemeinen Wohlfahrt zustande kommen.

Briand charakterisierte schließlich die Beziehungen des Europa-Ausschusses zum Völkerbundsrat dahin, daß der Völkerbundsrat für die Achtung des Rechtes zu sorgen habe, während es die Aufgabe des Europa-Ausschusses sei, auf dem Wege der Erfüllung der wirtschaftlichen Bedürfnisse rüstig vorwärts zu schreiten.

Nach Briand hielt

Henderson

eine wiederholt von großem Beifall unterbrochene kurze Rede, in der er seine Befriedigung darüber ausdrückte, daß Briand wieder zu der Genfer Tagung gekommen sei und in der er mit einer bei Henderson ungewöhnlichen Leidenschaft Briands Taten im Dienste des Weltfriedens feierte. Auf die Präsidentenwahl Frankreichs anspielend, meinte er, er spreche im Namen der ganzen Versammlung, wenn er dem Wunsch Ausdruck gebe, daß es Bestand vergönnt sein möge, welche Entwicklung die politische Lage auch immer in Frankreich nehme, seine bisherigen Aufgaben in Genf fortzusetzen. Was aber auch immer geschehen möge, der Europa-Ausschuss werde sich stets der guten Zusammenarbeit mit Briand erinnern.

Briand erwiderte kurz, indem er Henderson und

der Versammlung für die freundlichen Begrüßungsworte dankte und betonte,

daß der Völkerbund und der Europa-Ausschuss Einrichtungen des Friedens seien, die über alle Erwägungen nationaler oder innenpolitischer Art gestellt werden sollten.

Die Politik Frankreichs in Genf werde durch irgendwelche Veränderungen in der Innenpolitik nicht beeinflusst werden.

Hierauf erläuterte der schweizerische

Bundesrat Motta

seinen Bericht über die organisatorischen Fragen des Europa-Ausschusses, wobei er das rechtliche Verhältnis zum Völkerbund zu den nichteuropäischen Völkerbundsmitgliedern und zu den europäischen Staaten, die nicht Mitglieder des Völkerbundes sind, darstellte. Der Bericht wurde nach einigen Bemerkungen Briands, der eine kühnere Konzeption des Europa-Gedankens gewünscht hätte, sich im ganzen jedoch mit den Ausführungen Mottas einverstanden erklärte, angenommen, um der nächsten Völkerbundsversammlung vorgelegt zu werden.

Schließlich wurde ohne Aussprache der Antrag des Organisationsausschusses angenommen, die „Freie Stadt Danzig, soweit ihr besonderer Status und ihre Abkommen mit Polen es gestatten, und in der in diesem Abkommen vorgesehenen Form“ zu den Arbeiten des Europa-Ausschusses hinzuziehen.

Die nächste Sitzung des Ausschusses, in der in Anwesenheit der russischen, türkischen und isländischen Vertreter die Aussprache über die wirtschaftlichen Fragen eröffnet werden soll, findet morgen nachmittag statt.

Die Außenministerbesprechung.

Ruhigere Beurteilung des Zollprojekts.

Genf, 15. Mai. Die heutige Besprechung zwischen Dr. Curtius, Henderson, Briand und Grandi dauerte von 16 Uhr bis kurz vor 19 Uhr. Das Ergebnis der Besprechung ist, daß am Samstag im Europa-Ausschuss die Generaldiskussion über die wirtschaftlichen Punkte der Tagesordnung, zu denen bekanntlich das deutsch-österreichische Zollprojekt gehört, beginnt. Bei dieser Gelegenheit dürfte der deutsche Außenminister Dr. Curtius die angekündigten Ausführungen über die handelspolitischen Ziele, die Deutschland und Österreich mit ihrem Zollprojekt verfolgen, machen. Die Beratungen des deutsch-österreichischen Zollprojektes auf Grund des englischen Antrages im Völkerbund dürfte voraussichtlich am Montag erfolgen.

Man hat am Schluss des ersten Verhandlungstages den Eindruck, daß die seit Monaten betriebene politische Generaloffensive gegen das deutsch-österreichische Projekt sich nicht oder jedenfalls nicht in der erwarteten Stärke entwickeln können, sondern daß vielmehr die Diskussion in ruhige Bahnen einlenken und mit der Überweisung der Angelegenheit zur juristischen Begutachtung an den Haager Gerichtshof enden wird.

Anlageerhebung gegen Minister Franzen.

Wegen Begünstigung eines Vergehens.

Berlin, 15. Mai. Die Justizpressestelle teilt mit: Die Staatsanwaltschaft 1. Berlin hat den braunschweigischen Minister des Inneren und für Volksbildung, Dr. Anton Franzen, Mitglied des Reichstages, angeklagt, am 12. Oktober 1930 in Berlin-Mitte fortgesetzt handelnd den Landwirt Duth nach Begünstigung eines Vergehens begünstigt zu haben, um ihn der Bestrafung zu entziehen.

Snowdens Erkrankung.

Best er sein Amt nieder?

London, 16. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Wie „Daily Express“ mitteilt, ist die Erkrankung Snowdens so ernstlich, daß er nicht in der Lage sein dürfte sein Amt als Schatzkanzler weiterzuführen. Demgegenüber teilt „New Chronicle“ mit, daß Snowden einige Wochen einen Kurort besuchen müsse, dann aber doch in der Lage sein dürfte seine Arbeiten im Schaham und im Unterhaus wieder aufzunehmen.



So wurde Frankreichs Präsident gewählt.

Bild in die Nationalversammlung von Versailles. Der spätere Sieger der Wahl, Senatspräsident Doumer, präsidiert.

Vertreibung der Deutschen aus ehemals feindlichen Gebieten und die Liquidierung ihres Vermögens waren ein wesentlicher Bestandteil der Politik, die durch Vernichtung des deutschen Handelsapparates und der deutschen Handels- und Wirtschaftsverfahren im Ausland die weltwirtschaftliche Betätigung Deutschlands an der Wurzel treffen wollten. Unsere deutsche Wirtschaft und ihre Führer werden gut tun, wenn sie sich mehr noch als bisher für die Zukunft darauf besinnen, daß es im eigenen Interesse der Exportförderung und der Wirtschaftsverbundung Deutschlands mit dem Auslande liegt, die Auslandsdeutschen zu starken Trägern der wirtschaftlichen Werbung zu machen.

Stärker noch als die wirtschaftspolitische ist die kulturpolitische Bedeutung des Auslandsdeutschen für das Gesamtdeutschtum. Die stärkste Befestigung des Deutschums liegt in der deutschen Kultur, sie ist deswegen das stärkste Bindemittel zwischen allen Deutschen auf der Welt, sie gibt dem deutschen Volkstum das bestimmende Gepräge. Freilich: was die innere Eigenart des Deutschseins und des Deutschseins ausmacht, wird man in Worten oder Begriffsbestimmungen nie voll erfassen können. Wohl aber werden wir zu erkennen vermögen, von welchen Grundpfeilern dieses Deutschum getragen wird: es sind die deutschen Familien und die deutschen Schulen; das gilt für das Ausland in gleicher Weise wie für das Inland. Dort, wo die Familien und Schulen deutsch sind, da sind die Menschen deutsch, und wir wollen, daß die deutschen Menschen als solche sich selbst und uns erhalten bleiben, auch dort, wo sie in fremden Staatsverbänden und unter anderen Völkern leben müssen oder leben wollen.

Mit dieser Forderung liegt das Problem der nationalen Minderheiten vor uns aufgerollt; es ist seit Versailles im wesentlichen ein deutsches Problem. Wir wenden uns gegen die Veruche der Unterdrückung des deutschen Volkstums und der deutschen Kultur mit nachdrücklicher Entschiedenheit. Zur Eigenart und zur Kultur seines Volkstums sich zu bekennen, ist genau so ein Menschenrecht wie das Recht auf persönliche Freiheit. Der Staatsmann wäre ein schlechter Kenner seiner eigenen Nation und der ihr innewohnenden Kulturkraft, der da glauben wollte, daß der Versuch der Unterdrückung etwas anderes erreichen könne als den unbedingten Willen zur kulturellen Selbstbehauptung und zur Erhaltung des deutschen Volkstums. Wir sind durchdrungen von der Erkenntnis, daß wir selbst im Deutschen Reich keine berechnete kulturelle Forderung der im Reichsgebiete wohnenden Minderheiten unberücksichtigt lassen dürfen, aber mit dem gleichen Willen fordern wir das gleiche für die deutschen Minderheiten im Auslande, fordern Deutsches Reich und deutsches Volk für sich das Recht, allen Volksgenossen im Auslande die helfende Hand zur Wahrung ihres Volkstums und ihrer Kultur zu reichen. Diese Hilfe für die deutschen Minderheiten ist eine vollenberechtigte, mit keinem politischen Interessen widerstrebende, jedem fremden Staate gegenüber loyal vertretbare Arbeit, und das Ausland wird gut tun, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß das im Deutschen Reich zusammengeschlossene deutsche Volk nicht mit fatalistischer Gleichgültigkeit zuschaut, wenn Auslandsdeutsche auf deutschem Siedlungs- und Kulturboden bedrängt, wenn Schulen, Kirchen und Anstalten unserer deutschen Volksgenossen bedrückt oder erdrückt werden sollen, und kein fremder Staat soll und darf es in seinem Staatsgebiet lebenden Deutschen verargen, wenn ihr Blick frei und stolz dem deutschen Vaterlande zugewandt bleibt. Dort sind die Wurzeln ihrer Kraft. Selbstbewußtsein als Volk, auch über die staatliche Grenze hinweg, ist nicht gleichbedeutend mit Mißachtung anderer Völker oder Staaten. Aber es ist notwendige Voraussetzung der deutschen Selbsterhaltung und der deutschen Weltgeltung.

Von den Millionen Deutschen, die in nichtdeutschen Staaten wohnen, ringen und kämpfen viele schwer um die Erhaltung ihrer deutschen Muttersprache und ihrer deutschen Art. Den Auslandsdeutschen darin beizustehen, ist für das deutsche Volk in der Heimat ein Gebot der Selbsterhaltung und eine sittliche Pflicht. Der wichtigste Kampf um Erhaltung des deutschen Volkstums ist der Kampf um die deutsche Schule. Die deutsche Jugend darf nicht vom deutschen Geistesleben abgeschlossen, an der Erlernung und am Gebrauch ihrer Muttersprache nicht behindert werden. Es gilt, die deutsche Jugend im Auslande vor der Entfremdung vom Deutschum zu bewahren. Das ist nur möglich durch Errichtung und Erhaltung deutscher Schulen, in denen die deutsche Jugend mit deutschem Geistes- und Seelenleben vertraut gemacht wird. Das Auslandsdeutschum ist aus eigenen Kräften dazu oft nicht imstande. Wenn aber die deutsche Jugend nicht von deutschen Lehrern betreut wird, wird sie der deutschen Muttersprache entfremdet. Dann ist das Deutschum als Kulturfaktor in den gefährdeten Gebieten rettungslos dem Untergang geweiht. Erhaltung oder Vernichtung des Auslandsdeutschums sind deutsche Schicksalsfragen.

Laval übernimmt das Außenministerium provisorisch.

Briands Rückkehr aus Genf.

Paris, 16. Mai. Nach dem „Echo de Paris“ wird in Regierungskreisen bestätigt, daß Ministerpräsident Laval bis zum 13. Juni das Außenministerium provisorisch leiten und auch Briand an der Spitze der französischen Völkerbundsdelegation absetzen würde, falls Briand nach seiner Rückkehr nach Paris sein Demissionsgesuch überreichen sollte. Über das Datum der Rückkehr Briands aus Genf steht noch nichts fest.

Der Etat vor dem Stadtverordnetenplenium.

Die Begründung durch Kämmerer Schulte und Oberbürgermeister Krüde.

Ein Etat ohne Dedungsmöglichkeiten.

Die mit großer Spannung erwartete Etatsitzung der Stadtverordnetenversammlung ist vorüber! Während der Beauftragte der Staatsregierung keine Revisionsarbeiten zu einem Abschluß zu bringen sucht, haben der Oberbürgermeister und Kämmerer den neuen Etat für das Rechnungsjahr 1931 vor die Stadtverordnetenversammlung gebracht. Die Einbringung des Etats erfolgt auch in diesem Jahr um viele Wochen verspätet. Bis zuletzt hat man seitens des Magistrats gegögert, den Etat in der nunmehr vorliegenden Fassung einzubringen, und versucht, einen Ausgleich anzutreten. Wenn noch vor zwei Jahren der Kämmerer von einem Ziel bei der Einbringung seines Voranschlags sprechen konnte, und die Verwaltung im vergangenen Jahre über die Aufsichtsbehörde einen Zwangsetat durchsetzte, so kann in diesem Jahr nur noch von einem Formaletat die Rede sein.

Der Magistrat legt einen ungedeckten Voranschlag mit einem Fehlbetrag von 51 Millionen M. vor, und verzichtet auf jegliche Dedungsvorschläge.

In klaren und die derzeitige Lage eingehend beleuchtenden Ausführungen haben der Oberbürgermeister und Kämmerer zu dem Voranschlag Stellung genommen. Wiesbaden ist nicht mehr in der Lage, aus eigener Kraft einen Ausgleich zwischen den Einnahmen und Ausgaben seines städtischen Haushaltes herbeizuführen. Die allgemeine Wirtschaftsnot und die Massenarbeitslosigkeit, unter der Wiesbaden wie keine andere deutsche Stadt leidet, haben seine Kommunalfinanzen über den Haufen geworfen. Eigentlich kann in diesem Jahre überhaupt nicht von einem von der Verwaltung vorgelegten Etat, sondern nur von einem durch die Stadtverordnetenversammlung aufgestellten Voranschlag die Rede sein. Der Magistrat hat sich bei der Fixierung des vorgelegten Haushalts fast ausschließlich auf die von der Reorganisationskommission geleistete Arbeit gestützt, und auf die von ihr hinsichtlich der Gestaltung der Ausgaben-seite gefassten Beschlüsse. Der vorgelegte Etat zeigt nun die allerersten Anfänge zu einem organischen Umbau der Verwaltung. Von einer tatsächlichen Beachtung der von der Stadtverordnetenversammlung in verschiedenen Denkschriften zum Ausdruck gebrachten Forderungen kann leider keine Rede sein.

In diesem Sinne mag das erneute Versprechen des Stadtoberhauptes als endgültige Verpflichtung gelten, nunmehr mit Nachdruck die Reform der Verwaltung in Angriff zu nehmen.

Der Magistrat ist in zahlreichen Fällen bei der Festlegung der Ausgaben-seite des neuen Etats von den Beschlüssen der Reorganisationskommission abgewichen und hat weit höhere Ausgabebeträge in Ansatz gebracht, die ein erhöhter Fehlbetrag zur Folge haben. Der Magistrat glaubt diese Maßnahmen damit begründen zu können, daß er die von der Reorganisationskommission vorgenommenen Abstriche als untragbar und nicht im Interesse der Erhaltung eines gesunden Verwaltungskörpers liegend bezeichnet. Er muß in diesem Punkt ausschließlich die Verantwortung für den Voranschlag übernehmen. Gegenüber dem Etat des vergangenen Jahres zeigt der neue Voranschlag nur formell hinsichtlich des angewandten Schemas, jedoch nicht materiell Änderungen. Das Etatschema ist neu, wenn es auch immer noch nicht dem Einheitschema des deutschen Städtebundes entspricht.

Materiell sei festgehalten, daß es der Stadtverordnetenversammlung, bezw. der Reorganisationskommission nicht gelungen ist, die seit Jahren hart umstrittenen Rückstellungsbeträge aus dem Etat zu bannen.

Diese Beträge erscheinen in dem neuen Haushalt fast restlos, wenn auch nicht unter dem Titel „Rückstellungen“, so doch im Finanzdienst. Die von der Reorganisationskommission festgelegte Ersparnis von 2 Millionen Mark (1,2 Millionen bei der Gesamtverwaltung, 0,8 Millionen bei dem Wohlfahrtsrat) wird durch die neuen Ausgabe-beschlüsse des Magistrats zum Teil wieder aufgehoben.

Die Generaldebatte wird am kommenden Freitag stattfinden. Über die Absichten der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung ist noch nichts sicheres bekannt. Die bürgerlichen Fraktionen beabsichtigen, wie verlautet,

in einer gemeinsamen Erklärung zum Haushaltsvoranschlag Stellung zu nehmen. Wie wir erfahren, werden am heutigen Samstag die Vertreter der einzelnen Fraktionen Gelegenheit nehmen, dem Staatskommissar ihre Ansichten vorzutragen und ihre Forderung nach einer umfassenden Unterstützung Wiesbadens durch Preußen erneut zu unterbreiten. Der Etat dürfte wahrscheinlich unausgeglichen ohne größere Auseinandersetzungen zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung Annahme finden, denn mit einem Zuschuß der Regierung in Höhe des Fehlbetrages kann nicht gerechnet werden. Der Fehlbetrag im abgelaufenen Rechnungsjahr beläuft sich auch ebenfalls mehr als vier Millionen Mark. Man sieht auch hier keine Möglichkeit eines Ausgleiches.

Die Verhältnisse treiben ihrem Höhepunkt zu. Eine grundsätzliche Wendung erscheint unausschießbar, wenn nicht auch die Vermögenslage Wiesbadens ernstlich gefährdet werden soll. Die kurz- und langfristigen Schulden wachsen von Tag zu Tag.

Heute steht eine Gesamtverschuldung der Stadt Wiesbaden in Höhe von rund 70 Millionen Mark, abzüglich 12 Millionen Mark Guthaben an Hypotheken, Verpauern, Beteiligungen, Außenständen, Pfändern u. a. erfreulicherweise ein Vermögen in mehr als doppelter Höhe gegenüber.

Der Etat, der schon monatelang den Magistrat und in einzelnen Positionen auch die Reorganisationskommission beschäftigt hat, ist nunmehr im Druck erschienen und den Stadtverordneten zugewandt. In der Stadtverordnetenversammlung am Freitag hat der Kämmerer die üblichen Erklärungen zum Etat gegeben, die Oberbürgermeister Krüde zum ersten Male durch eine umfassende Darstellung der wichtigsten Einzelheiten des Haushaltes ergänzte. Die Stadtverordnetenversammlung nahm die Darlegungen, von einigen kommunalistischen Zwischenrufen abgesehen, ohne Meinungsäußerung entgegen.

Bürgermeister Schulte

führte u. a. folgendes aus:

Nach dem Kriege ist infolge der Umlagerung in den wirtschaftlichen Verhältnissen aller Städte das Verlangen nach einem Lastenausgleich außerordentlich gewachsen. Bezüglich der Schulkosten und der Polizeikosten ist im vorigen Jahre ein vorläufiger Abschluß für die Regelung des Ausgleichs erzielt worden. Unterliegt es aber noch die Regelung des ausfallenden Faktors, des Finanzausgleichs der Wohlfahrtslasten. Bei diesen letzteren hat es sich in den ersten Jahren nach der Stabilisierung der Mark um die allgemeine Wohlfahrtspflege gehandelt, die infolge der allgemeinen Verarmung des Volkes starke Anordnungen stellte. In den letzten Jahren ist dagegen durch die Weltwirtschaftskrise die Fürsorge für die Wohlfahrtsarbeiterverbesserten statt in den Vordergrund getreten. Die Überwindung der Arbeitslosigkeit und damit die Herunterführung der hohen Aufwendungen für die Wohlfahrtsarbeiterverbesserten, das ist heute das ausschlaggebende Problem.

Der Deutsche Städtebund und die anderen kommunalen Spitzenorganisationen haben es immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß ohne einen Lastenausgleich in der Erwerbslosenfürsorge die Haushaltspläne der Städte nicht mehr balanciert werden können. Durch die Unmöglichkeit der Bilanzierung der städtischen Haushalte ist eine völlige Umstellung in der Auffassung über den Lastenausgleich eingetreten. Noch im August vorigen Jahres hat die Aufsichtsbehörde versucht, den Haushaltsplan der Stadt Wiesbaden unter allen Umständen zu balancieren. Wenn sie schließlich einen Betrag von 0,6 Mill. Mark ungedeckt gelassen hat, so hat sie dies jedoch nur getan in Hinblick auf die Möglichkeit, durch Einführung bzw. Erhöhung der neuen Steuern nach der Notverordnung, insbesondere der Bürgersteuer und der Biersteuer, noch nachträglich eine Bilanzierung der Einnahmen und Ausgaben herbeiführen zu können.

Für den Haushaltsplan 1931 dagegen rechnet selbst die Aufsichtsbehörde nicht mehr mit der Möglichkeit eines tatsächlichen Ausgleichs des Haushaltsplanes ohne Lastenausgleich oder Hilfe von Reich und Staat. Für das

Jahr 1931 verzeichnet der der Stadtverordnetenversammlung vorgelegte Haushaltsplan einen Fehlbetrag von rund 5,5 Millionen Mark.

Bei der Berechnung dieses Fehlbetrages ist keine Entlastung der Stadt durch die beabsichtigten Ausgleichsmaßnahmen nach dem Vorschlag des Städtetages usw. berücksichtigt. Dagegen ist vorgegeben eine Beihilfe vom Staat in Höhe von 0,8 Mill. Mark. Dieser Betrag ist ungefähr der gleiche, wie ihn die Aufsichtsbehörde selbst für den Zwangsbeitrag angenommen hat. Daß die Stadt wenigstens einen Teil dieses Betrages erhalten wird, muß nach der Bildung eines Ausgleichsfonds für die durch die Wohlfahrtslasten besonders stark belasteten Gemeinden bestimmt erwartet werden; zweifelhaft ist nur, welche Höhe dieser Betrag haben wird, da mehr oder minder fast alle Städte notleidend geworden sind.

In dem gedruckten Haushaltsplan sind die Tarife der Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke, der Verkehrsbetriebe usw. in gleicher Höhe angenommen, wie sie zurzeit bestehen. Ebenso sind die alten Steuern und Gebühren in unveränderten Sätzen veranschlagt, und endlich sind von den neuen Steuern nach der Notverordnung die schon zurzeit bestehenden Steuern mit ihren bisherigen Sätzen vorgegeben; so die Bürgersteuer mit dem einfachen Satz, die Biersteuer mit dem doppelten Satz und die Getränkesteuer mit 10 Prozent.

Der Magistrat hat nach Druck des Haushaltsplanes zur teilweisen Dedung des ausgewiesenen Fehlbetrages einen Zuschlag von 100 Prozent zur Bürgersteuer beschlossen, der eine Herunterführung des Fehlbetrages um 0,4 Mill. Mark bedeutet.

Vor dem Kriege war die städtische Einkommensteuer die Hauptquelle der städtischen Einnahmen; an ihre Stelle sind nach dem Kriege die Überweisungssteuern getreten. Die Einkommensteuer betrug im Jahre 1913 rund 2,9 Mill. Mark und betrug im Jahre 1931 nach verschiedenen Schwankungen rund 3,2 Mill. Mark. Diese geringfügige Steigerung von 10 Prozent bedeutet in Wirklichkeit eine starke Verminderung, weil inzwischen Eingemeindungen stattgefunden haben, die die Einwohnerzahl von 100 000 auf 150 000, also um rund 50 Prozent, erhöht haben. Demgegenüber sind die Wohlfahrtslasten, die im Jahre 1913 nicht einmal 0,5 Mill. betrugen, auf 12 Mill. Mark gestiegen, also rund 25mal größer als vor dem Kriege. Wesentlich ist auch das Verhältnis des Zuschusses der Städte für die Wohlfahrtspflege im Vergleich zur Einkommensteuer. Während im Jahre 1913 der Zuschuß nur ein Sechstel der Einkommensteuer betrug, war er im Jahre 1924 gleich hoch, im Jahre 1925 schon doppelt so hoch und im Jahre 1931 sogar 3,7 bzw. rund viermal so hoch als die Einkommensteuer. Im Jahre 1913 genügte also ein Sechstel der Einkommensteuer um die Wohlfahrtslasten zu decken, im Jahre 1924 reichte die Einkommensteuer gerade zur Deckung der Wohlfahrtslasten. Von dann war sie nicht mehr imstande, die Kosten zu decken, vielmehr mußten vom Jahr zu Jahr andere Steuern zur Deckung der Wohlfahrtslasten herangezogen werden, so daß schließlich im Jahre 1931 fast sämtliche Steuern allein von den Wohlfahrtslasten im Anspruch genommen werden.

Daß eine Stadt auf die Dauer nicht in der Lage sein kann, für Wohlfahrtslasten viermal so viel auszugeben, als sie an Einkommen- bzw. Überweisungssteuern erhält, ist ohne weiteres einleuchtend: ein Lastenausgleich ist daher unbedingt notwendig.

Der Gesamtbetrag der Aufwendungen ist von rund 3,9 Mill. Mark im Jahre 1925 auf rund 10,7 Mill. Mark im Jahre 1931, also auf das 2,7fache gestiegen. Diese Steigerung ist keineswegs eine gleichmäßige bei den verschiedenen Arten der Fürsorge. So sind die Aufwendungen für Kleintier- und Ergründungs-Fürsorge unverändert geblieben, für Allgemeine Fürsorge und Kriegsbeschädigten-Fürsorge auf das Doppelte und für Sozialrentner-Fürsorge auf das Dreifache gestiegen. Neu hinzugekommen gegenüber dem Jahre 1925 ist die Wohlfahrtsarbeiterverbesserten-Fürsorge, die 3,7 Mill. Mark und damit mehr als die Allgemeine Fürsorge beansprucht.

Der Ausgleich muß bei den Wohlfahrtsarbeiterverbesserten ansetzen.

Diese beanspruchen außer den 3,7 Mill. Mark Barleistungen noch Nebenleistungen und damit im ganzen 4,4 Mill. Mark. Nach dem Vorschlag des Städtetages sollte von diesen

Barcelona.

Von Editha Kühn.

Schon von der Estación Francia aus, auf der die Züge von Zaragoza eintreffen, bietet Barcelona das Bild einer prächtigen Großstadt mit eigenen, bodenständigen Architekturgedanken.

Der Paseo de Colon dehnt seine breiten, palmenum säumten Promenadenwege bis zur Kolumbus-Säule aus, die sich weit hin sichtbar über den Hafen, die alte Straße Rambla und das Häuflein von Barcelona erhebt, der Reifensäule in London ähnlich.

Was, was den Katalanen unentbehrlich ist, sieht sich in bunter Folge an der Rambla hin: Theater, Kitzel, Hotels, Läden, Cafés, Kabarettis, Kinos, Kasernen. Unter den Platanen auf dem breiten Mittelweg herrscht echt spanisches Gedränge, ein ungeheures menschliches Durcheinander zwischen farbenfrohen Blumenständen, Zeitungen, Luftballons, Vögel, Früchte werden mit wildem Geschrei angepöbeln.

Est hat sich mühsam durch das Ramblagedränge durchgearbeitet, dann kann man auf der großen freien Plaza de Catalunya, dem Herzen Barcelonas, Luft schöpfen. An der Geländern der Untergrundbahn, auf den Bänken, selbst auf Baukutt, überall lehnen, sitzen und stehen Katalanen aus dem Volke in südländischer Verschämtheit, bei unendlicher Zerrfülle.

Auf einer der zahlreichen Straßenbahnen, die von dieser Plaza ausgehen, fahren wir zum Montjuich hinaus, — dem früheren Ghetto, — den die Fremden wegen seines Friedhofes und seiner wunderbaren Aussicht über Stadt und Meer aufsuchen. Wie in den römischen Katakomben werden hier die Toten in Nischen übereinander eingemauert, und die heiße Sonne des Südens trocknet sie in kurzer Zeit zu Mumien aufammen.

Im vorigen Jahre ergoß sich der Fremdenstrom der ganzen Welt über den Montjuich; denn auf seinen normalen Höhen erhob sich die phantastische Pracht der Weltausstellung, der Barcelona herrliche Park- und Sportanlagen veranlagt.

Gegen Abend schlendern wir über die Ronda, die Ringstraße der Altstadt, nach dem Paseo de Gracia, der eleganten Platanenstraße der Welt mit ihren vierfachen Platanenreihen. Wir setzen uns auf Korbstühle an den Rand der Promenade und beobachten die eleganten

Kavalier und die Schönen der Stadt. Man sieht hier weniger Mantillas als bei den Frauen Andalusiens und den Damen Madrids. Die jungen Mädchen luftwandeln in Gesellschaft der Dienerin, um sich Appetit zu holen für das in Katalonien so reichhaltige Abendessen. Auf dem Fahrdamm aber wagt der Koffer eleganter Autos, in denen die Töchter der Reichen ihre Kassen noch einige Zentimeter höher tragen als die Senecitas zu Fuß.

Von den Menschen des Paseo de Gracia wenden wir uns den Häusern zu und haben Gelegenheit, uns an den neuen Bauformen der Katalanen zu ergötzen. Mit Erstaunen sehen wir die architektonischen Selbstmachten der Fronten. Es ist, als ob ihre Erbauer in Eile geraten wären und ihre katalanischen Unabhängigkeitsgelüste auch in der Architektur zum Ausdruck bringen wollten. Sie denken in steinernen Sabelgabeln. Die riesenhafte Kirche der Sagrada Família, an der jahrelang aus den Spenden der Gläubigen gebaut wurde, ist ein Beweis dafür.

Von den Ausgebirgen neuerlicher Baugeschmacks wendet sich der Kunstfreund den Spuren früherer Jahrhunderte zu. Auf dem Hügel, den die Kathedrale krönt, entdeckt er Mauerreste aus der Römerzeit. Westgoten, Franken und Spanier haben ihre Spuren hinterlassen in dem alten Barcelona, dessen Seemacht im Mittelalter bedeutend war. Obwohl es im 15. Jahrhundert an Kastilien gefallen war, blieb es jahrhundertlang der Sitz der katalanischen Unabhängigkeitsbestrebungen, die sich nun endlich durchgesetzt haben.

Geldverdienen ist die Lösung der Katalanen, die auf den unglamen Kaffee und den bedürfnislosen Andalusier stolz herabschauen. Ihre Hauptstadt war das Herz von Handel und Industrie Spaniens geworden. Als moderne Städtebauer großen Stils haben sie manches unglückseligen Viertel Barcelonas, aber auch manches Stück Gassenromantik durch Anlage großer Durchgangsstraßen beseitigt.

Vor der gotischen Kathedrale aus dem 11. Jahrhundert hat ihr religiöser Sinn jedoch andächtig haltgemacht. Trotz Um- und Umbauten hat dieses Gotteshaus das Betäubende mittelalterlicher Gottesbegeisterung bewahrt. Höchstes Pathos der Bauformen wie bei der Kathedrale von Toledo. Im Dämmerdunkel scheint sich das Mittelschiff ins Unendliche zu verlieren. Der Betor, der lehnüchzig aus den Reiden zum Glück, aus dem Dunkel zum Licht emporstrebt, läßt den Blick an den dunklen Pfeilern zu den Epistulen empor-

gleiten, die beim Sonnenuntergang im bunten Feuer hochgelegener Glasmalereien aufleuchten.

Gerade steigt eine Hochzeitsgesellschaft zur Trauung in die Kapelle der heiligen Eulalia, der Schutzpatronin Barcelonas hinab. Dort leuchten Kerzen. Die hellen Kleider der Brautjungfern geben dem feierlich ersten Raum einen Ton der Lebensfreude, der schnell wieder verhallt, wie die leichten Schritte auf der Kryptaltrepp. Geisterhaft leuchtet im Dunkel der Kirche das gelbliche Holz eines Kruzifixes, dessen Heilandsgestalt sich zur Seite neigt. Von ihr geht die Sage, daß sie als Gallienfigur das Schiff des Don Juan d'Austria schmückte, der ein natürlicher Sohn Karls V. und einer Regensburger Bürgermeistertochter war. In der Seeschlacht von Lepanto sei der Heiland vor einer Türkenflut ausgewichen.

Maurisches Erbe ist der Patio der Kathedrale, dessen Palmen und Springbrunnen ein Kapellentanz umgibt. Im Rahmen einer Eingangsportale tut sich ein überaus malerischer Altstadtwinkel auf. Dumpfe Laute locken uns dort hin zu einem Töpfer und seinem Gefellen, das in zwei an den Seiten herabhängenden Körben Töpfe und Krüge trägt. So beladen, zieht es mit seinem Herrn geduldig von Haus zu Haus. Nicht weit davon ein Scherenschleifer, der ein Stahlband über seinem Wehsein freilegt. Der Pfeifende Ton lockt die Kunden herbei, uns jagt er davon.

In einer engen Gasse ein seltsamer Umzug. Nun erkennen wir, wozu die eiserne Träger eigentlich da sind, die unter den Dächern aller Häuser weit in die Straße hinausragen. Ein Seil hängt von dem Ring des Trägers hinab, und die Möbel schwanen nun, von dem Strid gehalten, auf die Straße herab.

Wer in Barcelona den Hauschlüssel vergessen hat, braucht nicht zu befürchten, daß er, wie in Berlin, hundelang pfeifen, klatschen oder sonstige verwerfliche Laute von sich zu geben braucht. Wenn er in Barcelona noch so spät vom Nachhimmel nach Hause kommt, braucht er einfach in die Hände zu klatschen. Sofort eilt aus irgend einem Winkel ein menschenfreundlicher Nachtwächter herbei. Er schließt dem Summler auf, drückt ihm eine brennende Kerze in die Hand, nimmt das Trinkgeld in Empfang und verschwindet. Auf Wunsch kann man auch von denselben nützlichen Beamten geweckt werden. Um die verabredete Stunde hört dann der Langschläfer einen Stod auf das Pflaster dröhnen und springt von dem Rassel erschreckt aus dem Bett.

Bei mir war das nicht nötig. Denn ich wohnte in einem

Posten das Reich zwei Viertel, der Staat ein Viertel und die Städte ein Viertel übernehmen. Das würde bedeuten, daß die Stadt nur ein Viertel von 4,4 Millionen Mark, also 1,1 Mill. Mark zu zahlen hätte und damit eine Entlastung von 3,3 Mill. Mark erführe, die den Fehlbetrag von 5,5 Mill. Mark auf 2,2 Mill. Mark heruntersetzen würde.

So selbstverständlich der Ausgleich der Lasten für die Wohlfahrtsleistungen ist, so ist er doch für Wiesbaden nicht ausreichend. Es fällt vor allem auf, daß Wiesbaden eine außerordentlich hohe Last für die Kleinrentner fürsorae hat. Für eine gerechte Verteilung der Wohlfahrtslasten wäre daher auch ein Ausgleich für die neben der Erwerbslosenfürsorge gemachten Aufwendungen notwendig. Wenn auch dieser Ausgleich nur in bedeutend geringerem Umfange als bei der Erwerbslosenfürsorge in Frage kommt, würde er gerechterweise doch immerhin so groß sein müssen, daß er eine Entlastung für die Stadt in Höhe von ca. 2 Mill. Mark bringt.

Bei der Einführung eines umfassenden Wohlfahrtslastenausgleichs wäre also der Haushaltsplan der Stadt Wiesbaden wohl zu decken.

Die Ausgaben, das ein Lastenausgleich, und zwar ein gerechter in absehbarer Zeit kommt, sind außerordentlich gering. Aus den fixierten Verhältnissen geht schon hervor, daß es außerordentlich schwierig ist, einen allgemeinen Schlüssel zu finden, der allen Verhältnissen Rechnung trägt. Hierzu kommt noch, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse sich nicht in einer organischen Entwicklung befinden, die nach festen Gesetzen beurteilt werden kann, sondern daß sie eine Wirtschaftslast sind.

Bei der Nachprüfung der in den Etats der Städte ausgewiesenen Fehlbeträge wird einheitlich von dem Grundbesitz ausgegangen, daß nur der Fehlbetrag als ein wirtschaftlicher angesehen werden kann, der sich nach völliger Ausschöpfung aller Einnahmequellen und nach Drosselung aller Ausgaben bis an die äußerste zulässige Grenze ergibt. Darüber, daß in dem Wiesbadener Haushaltsplan alle Einnahmemöglichkeiten restlos ausgeschöpft sind, besteht zwischen Stadtverordneten-Versammlung und Magistrat Übereinstimmung. Die Stadtverordneten-Versammlung ist aber der Auffassung, daß die Einnahmequellen bereits über das zulässige Maß hinaus beansprucht worden sind. Aus dieser ihrer Auffassung heraus erklärt sich die Tatsache, daß die Einführung der neuen Steuern nach der Notverordnung abgelehnt hat, jedoch von Aufschlägen wegen der Bürgersteuer, die Biersteuer und zuletzt auch noch die Getränkesteuer eingeführt worden ist. Auch alle anderen Einnahmemöglichkeiten, vor allem die aus den Versorgungsbetrieben, sind voll in Anspruch genommen. Der Aufsichtsrat der Wasser-, Elektrizitäts- und Gaswerke A.G. hat in seiner Mehrheit es sogar für notwendig gehalten, den Gaspreis zu ermäßigen, allerdings gegen die Stimmen einer starken Minderheit.

Über das Maß der Drosselung der Ausgaben sind Stadtverordneten-Versammlung und Magistrat verschiedener Auffassung. In ersterer will man nicht anerkennen, daß die Ausgaben bereits in den letzten Jahren stark eingeschränkt sind; man fordert daher rücksichtslosen Abbau nach dem Grundsatz, daß die möglichen Einnahmen festgesetzt und dann die Ausgaben in den gegebenen Rahmen hineingepreßt werden müssen. Dieser Grundsatz, der in normalen Zeiten ein selbstverständlicher ist, läßt sich in der gegebenen Wirtschaftskrise wegen der hohen Wohlfahrtslasten nicht durchführen. Diese Verhältnisse werden schon klar beleuchtet durch einen Vergleich des Anwachses der Steuern und der Wohlfahrtslasten von 1924 auf 1931. In diesem Zeitraum sind die Steuern von 8,0 Mill. M. auf 14,7 Mill. M., also um 6,7 Mill. M. und die Wohlfahrtslasten von 3,4 Mill. M. auf 12 Mill., also um 8,6 Mill. M. gestiegen.

Die Steuern sind also um rund 2 Mill. M. weniger erhöht worden, als es allein die Deckung der Mehraufwendungen für die Wohlfahrtsleistungen erfordert hätte.

Bei dieser Sachlage standen für den Aufwand auf den anderen Verwaltungsbereichen von Jahr zu Jahr geringere Mittel zur Verfügung, sodaß sich von selbst eine natürliche Drosselung der Ausgaben ergab. Der Magistrat läßt sich infolge dieser Entwicklung schon seit Jahren alle größeren einmaligen Ausgaben zur Nachprüfung und Genehmigung vorlegen und hat hierdurch eine viel stärkere Zurückhaltung der Ausgaben erreicht, als es mit anderen allgemeinen Sparverfügungen möglich gewesen wäre.

Allen Sparmaßnahmen ist eine natürliche Grenze gezogen, bei deren Überschreitung wohl noch im Augenblick eine Ersparnis eintritt, auf längeren Zeitraum gesehen aber unwirtschaftliche Mehraufgaben eintreten. Diese aus der Wirtschaftlichkeit heraus sich ergebende natürliche Grenze

einfachen Gasts der Altstadt, wo der Hausnecht das Weiden besornte. Die Zimmer waren dort sauber, aber primitiv. Doch das Essen war gerade so vorzüglich, wie in den großen Hotels, deren Pensionenpreis das dreifache betrug. Man lernte hier das einfache Volk, Bauern, Viehtreiber, Dienstleute, Soldaten kennen. Bei Tisch waren sie alle Caballeros, aßen mit guten Manieren und tranken Wein. An manchen Tischen ging ein seltsames Glasgefäß, das sie die „Grosnmutter“ nannten, zum Rundtrunk herum. Dabei sah es ungefähr wie eine Ente aus. Ohne mit den Lippen die Öffnung zu berühren, ließen sich die Männer mit großer Geschicklichkeit den roten Strahl in den Mund laufen. Sie hielten auch mir an, ich danke aber.

Den schönsten Eindruck von Barcelona hat man vom Berge Tibidabo. Von dem Villenort Sarria stiegen wir zwischen blühenden Gärten und Pinienwäldchen hinan. Ausflügler in Mengen. Männer mit roten Katalanenmützen. Sogar Wanderer mit Rucksäcken, in Barcelona ansässige Deutsche.

Die „Rufel von Barcelona“ schimmerte in der Nachmittagssonne. Unter uns das Häufchen der neuen Hauptstadt, die Halbinsel Barceloneta, Hafenanlagen, Dörfer und Berge. Am Rande des weiten Meeres glaubten wir die Balearen und nördlich am Horizont die Schneegipfel der Pyrenäen zu erblicken.

Erst als es dunkelte, tauchten wir langsam in die Lichter der Hauptstadt Kataloniens zurück, die sich in leuchtenden Reflektoren im Meer spiegelte.

Aus Kunst und Leben.

* Der neue Intendant in Koblenz. Zum Intendanten des Theaters der Stadt Koblenz wurde Bruno Schoenfeld, der Oberregisseur des Stadttheaters in Bonn, gewählt. Bruno Schoenfeld, der durch seine Vortragsarbeiten im Kurhaus auch in Wiesbaden bekannt ist, steht im 43. Lebensjahre und hat eine erfolgreiche Laufbahn als Regisseur und Schauspieler hinter sich.

* Musikalische Feiertage in Bonn. (Adolf Busch-Uraufführung.) Die Kammermusikfesten des Vereins Beethovenhaus in Bonn und die festlichen Musiktage des Konzertvereins (die wechseln in zweijährigem Turnus) nehmen im deutschen Musikleben eine ehrenvolle Stellung ein. Im Rahmen der diesjährigen drei musikalischen Feiertage erlebte man unter der Leitung von Generalmusikdirektor Hermann Scherchen die deutsche Uraufführung eines

musikalischen Werkes, das durch die Forderungen der Sicherheit bedingt ist. So z. B. werden die Straßen nicht mehr so unterhalten, wie es aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten zweckmäßig wäre, sie werden vielmehr benutzt vernachlässigt, obwohl dadurch später große Mehraufwendungen erforderlich werden. Eine solche Maßnahme müßte trotzdem als gerechtfertigt angesehen werden, weil es sich im Augenblick darum handelt, über eine Notzeit hinwegzukommen.

Im Laufe der Beratungen des Haushaltsplanes im Magistrat hat sich die Überzeugung Bahn gebrochen, daß beim Straßenbauamt, bei der Gartenverwaltung und auch bei dem Kanalbauamt infolge zu starker Herabsetzung der Ausgaben der Etat nicht durchzuführen werden könne, also ein Scheitern sei. Es sind deshalb die Ausgaben dieser Ämter um insgesamt 280 000 M. erhöht worden.

Auch bezüglich anderer Verwaltungen fürchtet der Magistrat, daß der Etat nicht gehalten werden kann, weil einerseits die eingesetzten Ausgaben nicht ausreichen und weil andererseits infolge Anhaltens der Wirtschaftskrise die erwarteten Einnahmen nicht voll hereinkommen werden. Der Magistrat hat daher für unvorhergesehene Ausgaben und Einnahmeausfälle zur Verfügung der Stadtverordneten-Versammlung einen Betrag von 200 000 M. vorgesehen. Dieser Betrag ist in Rücksicht auf das Herangehen an die äußerste Grenze bei fast allen Einzelstats eher zu niedrig als zu hoch bemessen.

Wenn auch der vorgelegte Haushaltsplan der Forderung äußerster Sparsamkeit entspricht, so muß doch ausgegeben werden, daß die der Sparsamkeit gezogenen Grenzen keine starren sind. Es kann daher wohl die Auffassung vertreten werden, daß bei dieser oder jener Verwaltung noch weitere Beträge eingespart werden könnten, aber alle diese Beträge werden in ihrer Gesamtheit keine so große Höhe erreichen, daß sie das Staatsbild wesentlich verändern könnten. Eine solche Veränderung könnte nur durch eine weitere Herabsetzung der Wohlfahrtslasten erzielt werden.

Der Magistrat hat trotz heftigsten Widerstandes aus der Stadtverordneten-Versammlung heraus große Abschnitte am Wohlfahrtsrat vorgenommen, insbesondere die Sätze der Allgemeinen Fürsorge auf die von 1928 heruntergesetzt. Er ist aber der Auffassung, mit diesen vorgenommenen Einschränkungen an die äußerste Grenze herangegangen zu sein.

Es ist zwar nicht zu verkennen, daß die Sätze im Vergleich mit denen anderer Städte verhältnismäßig hoch sind, jedoch ist bei einem Vergleich zu berücksichtigen, daß die Sätze nicht in allen Teilen Deutschlands gleich hoch sein können; Wiesbaden ist vor allem stark beeinflusst durch Mainz und Frankfurt, in denen die Sätze noch über denen von Wiesbaden liegen.

Zu berücksichtigen ist insbesondere die außergewöhnlich lange Dauer, während der sehr viele vom Wohlfahrtsamt betreute ihre Unterbringung beziehen; nach einer jahrelangen Erwerbslosigkeit ist der Haushalt der Unterstühten so vollkommen heruntergewirtschaftet, daß die Unterstühten viel schwerer mit den Säben durchkommen können als im Anfang ihrer Erwerbslosigkeit. Eine weitere Senkung der Unterstühtensätze kann nach Auffassung des Magistrats erst wieder in Frage kommen, wenn das Niveau der Lebenshaltung sich allgemein weiter gesenkt hat wenn eine weitere Senkung der Lebensmittelpreise und weiterer Abbau von Gehältern und Löhnen festgefunden haben.

Beträge in den Etat einzuführen, die infolge weiterer Senkung der Gehälter und Löhne usw. eingespart werden könnten, erscheint nicht zulässig, weil mit einem solchen weiteren Abbau gleichzeitige Mehraufnahmen des Wohlfahrtsamtes verbunden sein wird. Die Einführung solcher praktisch doch nicht zu erzielender Ersparnisse würde den Etat zu einem Scheitern machen, was umso weniger zulässig erscheint, als der Haushaltsplan 1931 hinsichtlich der Ausgaben nach den gesetzlichen Bestimmungen gleichseitig den Rahmen für die Jahre 1932 und 1933 darstellt. Einen solchen Scheitern sollte bei den gegebenen Verhältnissen keine Stadt aufstellen, vor allem aber keine Stadt wie Wiesbaden, die in einem Zeitraum von 3 Jahren sich als Kurstadt durch falsche Sparpolitik vollständig ruinieren kann.

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß der Haushaltsplan 1931 mit einem Fehlbetrag von 5,5 Mill. M. abschließt und zwar trotz Ausschöpfung aller Einnahmemöglichkeiten und trotz Verminderung der Ausgaben und Ausgaben bis an die äußerste Grenze.

Der Magistrat ist sich wohl bewußt, daß in diesem großen ungedeckten Fehlbetrag eine große Gefahr liegt, da mit ihm

unmittelbar eine kurzfristige Verschuldung verbunden ist. Wiesbaden wird, da seine kurzfristige Verschuldung nur niedrig ist, keine Werke, die es auch nicht entbehren kann, halten können. Voraussetzung ist hierbei allerdings, daß es in der ordentlichen Verwaltung nicht dauernd mit Fehlbeträgen arbeitet. Wiesbaden hat seinerseits seine ganze Kraft eingesetzt, diese Fehlbeträge zu vermeiden. Soweit sie aber trotzdem nicht vermeiden werden können, muß es die Hilfe von Reich und Staat fordern. Eine solche Forderung wird zwar von vielen Städten erhoben, von keiner aber wohl mit so großem Recht wie von Wiesbaden. Wiesbaden hat seine große Opferwilligkeit in jeder Beziehung, so vor allem auch durch die geplante Einschränkung seines Kurortcharakters, zum Ausdruck gebracht. Es hat in vollem Umfange seine Pflicht getan und kann daher auch das gleiche vom Staat verlangen.

Oberbürgermeister Krüde

erklärte etwa folgendes:

In Anbetracht an die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters will ich Ihnen noch über einzelne Etats eine besondere Aufklärung geben und im Anschluß daran einige Ausführungen über die Gesamtfinanzlage der Stadt machen.

In dem vorgelegten Etat nehmen die Wasser- und Lichtwerke nur noch einen geringen Raum ein, da diese in eine Gesellschaft umgewandelt wurden, so daß in dem Etat nur der Betrag erscheint, welchen die Wasser- und Lichtwerke an die Stadt abliefern. Die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft hat sich nach den bisherigen Erfahrungen durchaus bewährt, da die Betriebsführung der Werke durch die Geschäftsführung außerordentlich vereinfacht ist. Die Umwandlung in eine Gesellschaft hat es aber auch ermöglicht, daß ein Darlehen von 12 Millionen Mark aufgenommen werden konnte, das zu einem großen Teil dazu verwendet wurde, die Schulden der Werke an die Stadt abzutragen, wodurch andererseits die Stadt ihre kurzfristigen Schulden abbauen konnte. Diese Darlehensaufnahme ist bei einem Bankenkonzernium erfolgt, von einer Beteiligung von industriellen Unternehmungen ist Abstand genommen worden. Auch das hat sich als vorteilhaft erwiesen, da die Banken lediglich die Rechte eines Darlehensgläubigers haben und die kommunale Gesellschaft im übrigen in ihren Entschliessungen frei war. Diese Freiheit der Entschliessungen hat sich insbesondere bewährt, als die Verhandlungen mit der Stadt Mainz wegen eines Zusammenschlusses auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung stattfanden, die ja dann auch zum Abschluß und zur Gründung der neuen A.-G. Kraftwerke Mainz-Wiesbaden geführt haben. Der Zusammenschluß mit Mainz in der A.-G. muß auch als ein großer Vorteil bezeichnet werden. Die große kommunale A.-G. Mainz-Wiesbaden kann ihren Charakter als kommunales Werk weit eher erhalten, als die beiden getrennt marschierenden Werke. Dazu kommen die anderen wirtschaftlichen Vorteile und Ersparnismöglichkeiten, die der Zusammenschluß gewährleistet. Der Zusammenschluß ist bisher nur auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung erfolgt. Auf dem Gebiete der Gasversorgung bleibt unsere Wiesbadener A.-G. einstweilen allein. Die Frage, ob auch auf diesem Gebiete ein Zusammenschluß erfolgt, muß der Zukunft überlassen bleiben. Zu den in einigen Zeitungen erwähnten Andeutungen — die offenbar von Kreisen der Interessenten ausgehen — als ob bei uns der Plan bestehe, etwa zur Abdeckung des Defizits Aktien an private Unternehmungen abzugeben, kann ich nur erklären, daß ein derartiger Plan nicht besteht.

Besüglich des Geschäftsergebnisses ist folgendes zu erwähnen: Der infolge der Wirtschaftskrise eingetretene Rückgang des Konsums an Wasser, Gas und elektrischer Arbeit hat stark einnahmevermindernd gewirkt. Trotzdem hat der vorläufige Buchabschluß für das ganze Geschäftsjahr einen Reinertrag von etwa 3,5 Millionen M. ergeben. Aus diesem Reinertrag erhält die Stadt rund 2 100 000 M. als Konzessionsabgabe und rund 1 400 000 M. als Dividende, d. h. 7 Prozent des Aktienkapitals von 20 000 000 M. Dieses voraussichtliche Ergebnis der Ablieferungen der Versorgungsbetriebe von rund 3 500 000 M. entspricht somit dem im Haushaltsplan vom Besiratsauschuss eingelegten Ertrag von 3 513 550 M. Man kann wohl sagen, daß dies angesichts der traurigen Wirtschaftslage und des erheblichen Rückgangs ein erfreuliches Ergebnis ist.

Ich komme nunmehr zu einem wichtigen Betriebe der Stadt, das ist

der Omnibusbetrieb.

Nachdem nunmehr zwei Jahre seit der Umstellung von Straßenbahn auf Omnibusbetrieb verstrichen sind, kann man sich schon ein Urteil über die Zweckmäßigkeit der Umstellung bilden. Die befürchteten technischen und betriebstechnischen Schwierigkeiten sind nicht eingetreten, im Gegenteil müssen die Vorteile, die in der größeren Reisegeschwindigkeit und der dichteren Wagenfolge liegen, ebenso anerkannt werden wie die Annehmlichkeit des Aus- und Einsteigens vom Bürgersteig aus. Unrittner ist nach wie vor die Frage der Wirtschaftlichkeit des Omnibusbetriebes gegenüber dem Straßenbahnbetrieb. Die Erfahrungen, die bisher in Wiesbaden gemacht worden sind und die auch einen Vergleich mit dem Straßenbahnbetrieb zulassen, lassen erkennen, daß auch in dieser Hinsicht der Omnibusbetrieb dem Straßenbahnbetrieb nicht nachzusehen braucht. Die schlechte wirtschaftliche Lage hat wie bei allen Verkehrsunternehmungen einen starken Verkehrsrückgang zur Folge gehabt. Dieser Verkehrsrückgang beträgt hier in Wiesbaden im Betriebsjahr 1930 ca. 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr, eine Ziffer, die im Vergleich mit den anderen Städten als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden kann. Die Betriebseinnahmen sind naturgemäß ebenfalls zurückgegangen, wenn auch nicht in demselben Maße, da sich die am 1. Februar 1930 durchgeführte Tarifänderung den damaligen Erwartungen entsprechend ausgewirkt hat. Der Einnahmerückgang beträgt ca. 8,5 Prozent. Durch Einschränkung des Betriebes sowohl bei der Straßenbahn als beim Omnibus konnten auch die Betriebsausgaben niedriger gehalten werden.

Der Betriebsüberschuss beträgt ca. 475 000 M., woraus die Rückstellungen in derselben Höhe wie im ersten Jahr bestritten werden können. Er ermöglicht außerdem eine Verzinsung des Anlagekapitals von ca. 4%.

Wenn eine solche Verzinsung auch nicht ausreichend ist, so ist andererseits zu berücksichtigen, daß auch die meisten Straßenbahnbetriebe das Krisenjahr 1930 kaum mit einer günstigeren Verzinsung abhelfen konnten. Für das Betriebsjahr 1931 ist mit einer wesentlichen Steigerung des Verkehrs nicht gerechnet worden. Der Haushaltsplan schließt mit einem Zuschuss von 120 000 M. ab. Es ist jedoch nach den bisherigen Erfahrungen die Hoffnung berechtigt, daß in besseren Jahren die Zuschüsse durch günstigere Ergebnisse wieder ausgeglichen werden können.

Die Stadt
Wiesbaden
hat seine
grosse
Opferwilligkeit
in jeder
Beziehung,
so vor allem
auch durch
die geplante
Einschränkung
seines Kurort-
charakters,
zum Ausdruck
gebracht. Es
hat in vollem
Umfange seine
Pflicht getan
und kann daher
auch das gleiche
vom Staat verlangen.

In Anbetracht
an die Ausführungen
des Herrn Bürger-
meisters will ich
Ihnen noch über
einzelne Etats eine
besondere Aufklärung
geben und im Anschluß
daran einige
Ausführungen über
die Gesamtfinanzlage
der Stadt machen.

Der Haus-
necht das Weiden
besornte. Die Zimmer
waren dort sauber,
aber primitiv. Doch
das Essen war gerade
so vorzüglich, wie in
den großen Hotels,
deren Pensionenpreis
das dreifache betrug.
Man lernte hier das
einfache Volk, Bauern,
Viehtreiber, Dienst-
leute, Soldaten kennen.
Bei Tisch waren sie
alle Caballeros, aßen
mit guten Manieren
und tranken Wein.
An manchen Tischen
ging ein seltsames
Glasgefäß, das sie die
„Grosnmutter“ nannten,
zum Rundtrunk herum.

Dabei sah es ungefähr
wie eine Ente aus.
Ohne mit den Lippen
die Öffnung zu berühren,
ließen sich die Männer
mit großer Geschicklichkeit
den roten Strahl in den
Mund laufen. Sie hielten
auch mir an, ich danke
aber.

Den schönsten Eindruck
von Barcelona hat man
vom Berge Tibidabo.
Von dem Villenort Sarria
stiegen wir zwischen
blühenden Gärten und
Pinienwäldchen hinan.
Ausflügler in Mengen.
Männer mit roten
Katalanenmützen.
Sogar Wanderer mit
Rucksäcken, in Barcelona
ansässige Deutsche.

Die „Rufel von Barcelona“
schimmerte in der
Nachmittagssonne. Unter
uns das Häufchen der
neuen Hauptstadt, die
Halbinsel Barceloneta,
Hafenanlagen, Dörfer
und Berge. Am Rande
des weiten Meeres
glaubten wir die
Balearen und nördlich
am Horizont die
Schneegipfel der
Pyrenäen zu erblicken.

Erst als es dunkelte,
tauchten wir langsam
in die Lichter der
Hauptstadt Kataloniens
zurück, die sich in
leuchtenden Reflektoren
im Meer spiegelte.

Aus Kunst und Leben.
Der neue Intendant in
Koblenz. Zum Intendanten
des Theaters der Stadt
Koblenz wurde Bruno
Schoenfeld, der Oberregisseur
des Stadttheaters in Bonn,
gewählt. Bruno Schoenfeld,
der durch seine Vortragsarbeiten
im Kurhaus auch in
Wiesbaden bekannt ist,
steht im 43. Lebensjahre
und hat eine erfolgreiche
Laufbahn als Regisseur
und Schauspieler hinter
sich.

Der bedeutungsvollste Betrieb der Stadt Wiesbaden ist die Kurverwaltung.

Die Stadt führt diesen Betrieb im Interesse des Wirtschaftslebens der Stadt, das wesentlich durch den Kurbetrieb beeinflusst wird. In der Beziehung liegen schwere Jahre hinter uns. Die Stadt muß es daher als ihre Hauptaufgabe betrachten, den Kurbetrieb wieder zu heben. Dies ist bei der heutigen Finanzlage der Stadt selbstverständlich außerordentlich schwierig. Die Stadt hat sich im Laufe der letzten Jahre im wesentlichen darauf beschränken müssen, die vorhandenen Anlagen zu erhalten, von Neuanlagen oder wesentlichen Umgestaltungen aber Abstand genommen. Auch bei dem Kurbetrieb ist im einzelnen gespart worden. Das Personal der Kurverwaltung ist erheblich verringert und beträgt gegenüber dem Jahre 1914 22 Personen weniger, trotzdem die Stadthalle Paulinenhöfen hinzugekommen ist.

In bezug auf die sachlichen Ausgaben war in dem letzten Jahre bei dem Zwangssetat ein Abstrich von 19790 Mark vorgenommen worden. Die sachlichen Ausgaben sind demnach schon so herabgemindert, daß sie weiter nicht ohne Schaden heruntergesetzt werden können. Für die Unterhaltung des Kurhauses, d. h. des Gebäudes und Inventars, ist nur 1 1/2 Prozent des Wertes vorgesehen. Der Reklamefonds der Kurverwaltung ist im letzten Jahre herabgesetzt worden. Die Reorganisationskommission wie der Magistrat haben für dieses Jahr eine weitere Herabsetzung nicht vorgenommen.

Da eine großzügige Reklame für Wiesbaden als Weltkurstadt bei der großen Konkurrenz der anderen Bade- und Fremdenorte unbedingt notwendig ist.

Der Hauptposten, bei dem noch eine Ersparnis für möglich gehalten wurde, wären die Ausgaben für das Kurorchester, die im ganzen 533 120 M. betragen. Dieser Betrag erscheint allerdings außerordentlich hoch. Man war sich darüber klar, daß eine erhebliche Herabsetzung erfolgen müsse. Der Gedanke war zunächst der, für das ganze Jahr nur ein kleines Orchester von etwa 24 Mann zu halten und für die Sommermonate das Orchester durch Hinzugagieren anderer Musiker zu vergrößern. Später ist bei den Verhandlungen zwischen der Stadt und dem Orchester ein anderer Vorschlag zur Erörterung gestellt worden, der dahin geht, daß das Orchester nur auf 48 Mann verringert wird, daß andererseits aber die Bezüge der Orchestermitglieder herabgesetzt werden und daß diese zu größeren Leistungen — Spielen am Kochbrunnen, bei Festen usw. — herangezogen werden, und so auf diese Weise die erhoffte Ersparnis erzielt wird, ohne eine allzu starke Verringerung des Orchesters. Die Verhandlungen darüber sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Eine Hauptfrage, die noch bei der Kurverwaltung zu behandeln ist, ist

die Frage der Wiedereinführung des Glücksspiels.

Magistrat und Stadtverordnetenversammlung haben sich für die Einführung des Glücksspiels ausgesprochen. Wiesbaden ist aus einer reichen Stadt eine schwer leidende Stadt geworden. Bis Wiesbaden wieder einmal eine wohlhabende Pensionär- und Rentnerstadt wird, werden bei der heutigen Lage in Deutschland noch viele Jahre vergehen. Es erscheint daher heutzutage dringend erforderlich, wieder auf das frühere Werbemittel, dem Wiesbaden in vordringender Zeit seinen Aufschwung und seine großen Einnahmen verdankte, nämlich die Wiedereinführung des Spiels, zurückzugreifen. Die dagegen zweifellos bestehenden Bedenken müssen demgegenüber zurücktreten. Auch in den meisten der an Deutschland angrenzenden Ländern hat man diese Bedenken zurücktreten lassen und nach eingehenden Erörterungen sich doch zur Einführung des Spielbetriebs in einer begrenzten Anzahl von Badeorten entschlossen. Es ist nun bei objektiver Betrachtung nicht einzusehen, warum, wenn alle Länder um uns herum das Spiel gestatten, allein das verarmte Deutschland, das doch auf alle Weise versuchen sollte, Geld aus dem Fremdenverkehr und damit zum großen Teil aus dem Ausland hereinzuholen, seinen internationalen Bädern in begrenztem Maße das Spiel nicht gestatten sollte. Daß das Spiel der Stadt Wiesbaden erhebliche Einnahmen zuführen und vor allen Dingen das Wirtschaftsleben der Stadt wieder gewaltig heben würde, kann einem Zweifel nicht unterliegen.

Aus diesen Gründen werden wir im Einvernehmen mit anderen internationalen Bädern Deutschlands nach wie vor dahin streben, daß die gesetzliche Grundlage für die Wiedertanzschießung des Glücksspiels geschaffen und danach die Konzession auch Wiesbaden erteilt wird.

Vorausichtlich wird nach dem Zusammentritt des Reichstags im Herbst die Frage dort behandelt werden. Wir werden alles tun, um die maßgebenden Stellen in objektiver Weise zu unterrichten, und ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß es schließlich doch noch gelingen wird, die bestehenden Bedenken zu überwinden und die Spielerlaubnis für Wiesbaden zu erhalten.

Im Zusammenhang mit der Kurverwaltung steht in gewissem Sinne auch

die Gartenverwaltung.

die allerdings auch die Friedhöfe zu betreuen hat. Bei den Beträgen für die Unterhaltung unserer gärtnerischen Anlagen sind wir bereits auf die äußerste Grenze herabgegangen. Der Zuschuß ist im Laufe der Jahre fortgesetzt gesenkt worden. Er betrug im Jahre 1928 noch 464 088 M. und ist zurzeit zurückgegangen auf 258 670 M. Dabei umfassen unsere Gartenanlagen einschließlich der Friedhöfsanlagen eine Gesamtfläche von etwa 940 Morgen, zusätzlich von etwa 16 000 Alleenbäumen in den Straßen. Angesichts dieser Verhältnisse hat der Magistrat einen weiteren Abstrich wie im Vorjahr als nicht mehr vertretbar erklärt, da im Interesse der Kur- und Fremdenstadt eine weitere Vernachlässigung unserer gärtnerischen Anlagen nicht erfolgen kann.

Ich komme auf andere Gebiete: Ein sehr wichtiges Gebiet der Stadtverwaltung ist heutzutage

der Wohnungsbau und die Wohnungsfürsorge.

Wir stehen hier in Wiesbaden vor zwei Problemen. Auf der einen Seite stehen in zunehmendem Maße große teure Wohnungen zu Hunderten leer oder finden nur gegen eine weitgehende Herabsetzung der Miete Liebhaber. Auf der anderen Seite hat unsere Kurverwaltung der Regierung Vorschläge unterbreitet, das Aufsteigen großer Wohnungen dadurch zu fördern, daß den Hausbesitzern aus den öffentlichen Hauszinssteuerbauteilen billige Umbaukrediten zur Verfügung gestellt werden und daß in solchen Fällen auch eine steuerliche Entlastung eintritt. Ich hoffe, daß unsere Bemühungen in der Beziehung Erfolg haben. Auf der anderen Seite ist aber in Wiesbaden noch ein großer Bedarf

an Kleinwohnungen zu verzeichnen. Das Wohnungsamt schätzt die Zahl der fehlenden Kleinwohnungen immer noch auf mehr als 4000. Daraus ergibt sich, daß der Bau von neuen Wohnungen nicht eingestellt werden kann. Durch die Verringerung der Hauszinssteuern für die kleineren Wohnungen muß aber eine Einschränkung der Bautätigkeit zwangsläufig eintreten, da die Baubetriebe gegen 1929 auf ein Drittel herabgesunken sind. Die städtische Bautätigkeit wird sich daher in 1931 im wesentlichen auf die Fertigstellung der an der Waldstraße und am Loreleiweg begonnenen Bauten beschränken, da die vorhandenen Geldmittel nicht ausreichen, um alle Bauvorhaben unterstützen zu können. Im Interesse des hiesigen Baugewerbes wie der Wohnungsfürsorge werden wir fortgesetzt bemüht bleiben, die Regierung davon zu überzeugen, daß auch auf diesem Gebiete Wiesbaden geholfen werden muß. Wiesbaden darf ein solches Entgegenkommen um so mehr erwarten, da seit dem Jahre 1924 gewaltige Hauszinssteuerbauteile abgefloßen sind und in anderen Gebieten des preussischen Staates Verwendung gefunden haben.

Auf dem Gebiete der technischen Arbeit ist vor allem zu erwähnen das Straßenbauamt. Hier sind bereits durch den Zwangssetat 1930 weitgehende Abstriche vorgenommen. Auch für 1931 werden dem Straßenbauamt 113 000 M. tatsächlich weniger zur Verfügung gestellt.

Was das Hochbauamt betrifft, so sind die Ausgaben für die Unterhaltung der Gebäude auf ein Maß herabgesetzt worden, das auf die Dauer überhaupt unwirtschaftlich ist. Die heutige Erparnis kann nur vorübergehend gerechtfertigt werden.

Beim Kanalbauplan sind die Ausgaben nicht beanstandet worden. Die Ausgaben sind hier auf den äußersten Betrag zurückgeführt worden, der zur Erhaltung der Kanalisation im Interesse der Volksgesundheit notwendig ist.

Das Bureau für Stadterweiterung und das Bureau für Wohnungsbau zeigen in der ordentlichen Verwaltung nur einen geringen Zuschuß. Um den Generalbebauungsplan zum Abschluß zu bringen, ist aber die Erhaltung des Bureaus für 1931 unerlässlich. Für das Jahr 1932 wird eine finanzielle Erleichterung auf diesem Gebiete zu erwarten sein. — Ein Wort noch

bezüglich des Flughafens.

der ein gemeinschaftliches Unternehmen zusammen mit der Stadt Mainz ist. Eine Aufgabe des Flughafens ist m. E. nicht zu empfehlen. In der neutralen Zone sind nach dem Versailler Vertrag nur eine begrenzte Anzahl von Flughäfen zugelassen. Gegen die Zulassung des Flughafens Mainz-Wiesbaden bestehen erhebliche Bedenken. Schließlich wurde sie doch erreicht. Die Zulassung bleibt nur, wenn der Flughafen betrieben wird. Dazu kommt weiter, daß für Wiesbaden die Aufgabe des Flughafens, nachdem die Anlagen einmal gemacht sind, nur eine ganz geringfügige Erparnis erzielt wird. Endlich stellt der Flughafen auch für Wiesbaden einen beachtlichen Werbefaktor im Interesse der Kur- und Fremdenstadt dar. Es wäre daher durchaus verheißend, wenn man nunmehr die Pläne ins Korn wärfe und den Flughafen, nachdem er einmal angelegt ist, wieder aufgeben wollte. — Bezüglich der

Schulverwaltung.

kann ich auf die eingehenden Verhandlungen verweisen, die auf diesem Gebiet in der Reorganisationskommission stattgefunden haben. Sie haben dazu geführt, daß die freiwilligen Leistungen erheblich abgebaut sind und daß bei der Fortbildungsunterstützung sowie bei der Handels- und Gewerbeschule erhebliche Einschränkungen stattgefunden haben.

Die stärkste Belastung auf der Ausgaben Seite bringt der Wohlfahrtssetat.

über den der Herr Bürgermeister bereits ausführlich gesprochen hat. Die Städte brechen unter den Wohlfahrtssetats zusammen, so daß deshalb ein gerechter Ausgleich unter Beteiligung des Reiches und des Staates unbedingt auf gesicherter Grundlage gefunden und bis dahin versucht werden muß, aus dem Ausgleichsfonds Mittel zu erhalten.

Bei dem Personal der Stadt hat eine Einschränkung stattgefunden und es sind weitere Einschränkungen in Aussicht genommen. Bei den Beamten ist die Beförderung- und Einstellungssperre durchgeführt worden mit wenigen Ausnahmen, wie zum Beispiel bei den Stellen im Krankenhaus, bei denen eine Wiederbeförderung nicht zu umgehen war. Sonst sind die durch Tod oder Pensionierung freigewordenen Stellen unbesetzt geblieben. Die Einstellungen und Beförderungssperre wird auch wie im Vorjahre aufrecht erhalten.

Von den Angestellten sind im letzten halben Jahre 80 gekündigt worden, von den Arbeitern 100. Ab 1. April sind wieder 30 bis 40 Kündigungen von Angestellten erfolgt. Von weiteren Arbeiterentlassungen ist einstweilen Abstand genommen, da noch die Frage eingehend erörtert wird, inwiefern durch eine Arbeitskürzung in den einzelnen Betrieben Einsparungen erzielt werden können. Die Verhandlungen hierüber sind noch nicht abgeschlossen.

Weitere Ersparnisse sind zu erhoffen durch Zusammenlegung und Vereinfachung der Verwaltung. Im letzten Jahre ist vor allem die Zentralisierung der Verwaltung in den künftigen eingemeindeten Vororten beschlossen und vom 1. April ab auch durchgeführt worden.

Bezüglich der Verwaltung der städtischen Miethäuser liegt bereits ein fertiger Entwurf vor, wonach der Betrieb der Miethäuser künftig durch eine kaufmännische Gesellschaft geführt wird. Gedacht ist an eine G. m. b. H.

Noch ein Wort ist zu sagen bezüglich der

Steuerverwaltung.

Es ist selbstverständlich, daß sich die hohen Steuerlasten des Reiches, der Länder und Kommunen sehr hart auswirken, namentlich für die Wohnstadt Wiesbaden und das danielerliegende Handwerk und Gewerbe.

Eine Sonderstellung für Wiesbaden zu erreichen, ist unmöglich. Der Magistrat muß sich insofern darauf beschränken, in einzelnen Fällen besonderer Härte durch Stundung oder Erlass zu helfen.

Die darüber im letzten Jahre aufgestellten Grundsätze, die auch bezüglich des unbebauten Grundbesitzes die Möglichkeit einer Ermäßigung vorsehen, hat der Magistrat bestehen lassen. Um den Zugang nach Wiesbaden als Wohnstadt zu fördern, hat der Magistrat gemäß den gesetzlichen Grundsätzen und zum Teil aus eigenem Antrieb, folgende Grundsätze aufgestellt:

Steuerliche Vergünstigungen:

1. Zuziehende, die sich hier anbauen oder ansiedeln wollen, erhalten bis 31. 3. 1939 Befreiung von der staatlichen Grundvermögenssteuer, von dem städtischen Zuschlag zur staatlichen Grundvermögenssteuer und von der Hauszinssteuer.

2. Zuziehende, die sich hier anbauen, erhalten auf Antrag auf die Dauer von fünf Jahren Ermäßigung des städtischen Zuschlags zur staatlichen Grundvermögenssteuer in Höhe von 100 Prozent. (Sie zahlen also zurzeit statt 375 Prozent nur 275 Prozent.)

3. Zuziehende, die hier zur Miete wohnen wollen, haben insofern Vergünstigungen, als die Wohnungen teilweise erheblich unter der Friedensmiete abgegeben werden.

Mehr kann die Stadt in ihrer heutigen Lage nicht tun, da wir andererseits auch auf den Eingang der Steuerbeträge unbedingt angewiesen sind.

Wenn ich so Ihnen einen Überblick über die einzelnen Etats in den Hauptpunkten gegeben habe, so bleibt nun freilich das traurige Ergebnis bestehen, daß es nicht möglich ist, den Etat in Einnahme und Ausgabe auszugleichen, so daß ein Defizit von rund 5 Millionen verbleibt. Es entsteht nun die Frage, welche Stellung zu diesem Defizit zu nehmen ist.

Aber diese Frage haben in den laufenden Wochen eingehende Verhandlungen mit den Staatsvertretern stattgefunden. Wie diese Verhandlungen ausgehen, kann erst nach Abschluß der Prüfung gesagt werden. Eine Festlegung ist bis jetzt in keiner Weise erfolgt. Grundsätzlich kann ich daher nur folgendes sagen:

Es wird kaum möglich sein, das Defizit auf eine Weise, etwa allein durch weitere Senkungen auf der Ausgaben Seite auszugleichen.

Die Abstriche am Etat sind im Laufe der letzten Jahre, insbesondere durch den Zwangssetat, die Reorganisationskommission usw., bereits in solchem Maße erfolgt, daß, wenn noch weiter auf der Ausgaben Seite heruntorgespart werden soll, dies nur durch organischen weiteren Abbau, der auch den Schul- und Wohlfahrtssetat nicht verschonen wird, möglich sein wird.

Bezüglich der Einnahmenseite sind die Steuern schon derartig angesprochen, daß hier nicht mehr viel herauszuholen ist. Der Magistrat hat nur eine Erhöhung der Bürgersteuer, und zwar auf den doppelten Betrag, vorgeschlagen. Wir sind daher sehr wesentlich auf einen Zuschuß aus dem Ausgleichsfonds des preussischen Staates angewiesen. Selbstverständlich ist dieser Fonds begrenzt. Immerhin hoffe ich, daß mit Rücksicht auf die schwere Notlage Wiesbadens, das seit dem Kriege wie keine andere Stadt gelitten hat und in der das Vermögen der Bürger pro Kopf der Bevölkerung am stärksten vernichtet worden ist, uns doch ein erheblicher Beitrag gegeben wird.

Im ganzen liegt die Sache so, daß eine grundlegende Sanierung der Gemeinden und auch Wiesbadens nur durch eine dauernde anderweitige Regelung bei den Wohlfahrtssetats möglich ist. Ich hoffe, daß diese Regelung kommt.

Worum es sich zunächst in diesen abnormen Zeitverhältnissen handelt, ist, wenigstens einigermaßen über den Berg hinwegzukommen. Ich gebe aber auch hier die Hoffnung nicht auf, daß uns dies mit Hilfe des Staates gelingen wird.

Dringend erwünscht wäre freilich — was ich zum Schluß betonen will —, daß in dieser sehr ernsten Zeit bei aller Verschiedenheit der sachlichen Auffassung, die politischen oder gar die persönlichen Streitigkeiten, die leider auch in unserer Stadt sehr schädigend wirken, einmal zurücktreten und daß sich alle maßgebenden Instanzen zu einer gemeinsamen sachlichen Arbeit im Interesse der Allgemeinheit zusammenfinden möchten.

Am nächsten Freitag findet die Generaldebatte über den Etat statt. Nach dieser Aussprache befaßt sich der Wirtschaftsausschuß mit dem Haushaltsplan.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung beanspruchten nur wenig Interesse. Anstelle des in den Magistrat eingetragenen Stadtverordneten Grün (Zentrum) wurde Herr Dinges eingeführt und verpflichtet, anstelle des ausgeschiedenen nationalsozialistischen Stadtverordneten Wald Herr Dr. Zimmermann.

Verschiedene geringfügige Grundstücksangelegenheiten wurden debattiert, ebenso die Änderungen des Fluchtlinienplanes im Gebiet südlich der Schliersteiner Straße zwischen dem Haus Schliersteiner Straße 68 und der Teutonenstraße.

Ein Beschluß der früheren Gemeindevertretung in Kloppenheim, der einige Tage vor der Eingemeindung gefaßt wurde, und die Festlegung der Straßenbaukosten in der Friedrich-Ebert- und Lindenstraße betraf, wurde für ungültig erklärt. Stadtverordneter Volk (Sos.) sprach dabei die Hoffnung aus, daß die anliegenden Giebler bei der endgültigen Festlegung der Straßenbaukosten von der Stadt entgegenkommend behandelt werden.

Für die Instandsetzung der Schulen an der Lorcher Straße hat das Reich 247 000 Mark zur Verfügung der Befugnisse der Stadt gestellt. Eine Beschwerde des Magistrats beim Reichswirtschaftsgericht, die eine Erhöhung der Summe bezweckte, wurde abschlägig beschieden. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß auf Magistratsvorschlag, die Schulen im Rahmen der vom Reich zur Verfügung gestellten Summe wiederherzustellen.

Im Kinderheim Niederrhausen wurden verschiedene Verbesserungen an der Heizungsanlage usw. durchgeführt; die hierfür nötige Summe von ungefähr 10 000 M. wurde von der Landesversicherung und anderen Verbänden teils als Darlehen, teils als Zuschüsse gewährt.

Für zwei Baudarlehen in Dohheim und Bierstadt übernahm die Stadt die übliche einfache Kapitalbürgschaft. Einige geringfügige Änderungen an den Bestimmungen der Emma-Reudel-Stiftung fanden ohne Widerspruch Zustimmung. Punkt 10 der Tagesordnung: Beitragsleistung für die Volkshochschule wurde abgelehnt, und die Wahl von Bezirksvorstehern bzw. Stellvertretern und Wohlfahrtspflegern vorschlagsgemäß vorgenommen.

Ein Antrag der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion, der von der Stadtverordnetenversammlung verlangt, für die Einderufung des Reichstags, sowie Rückgängigmachung der Verordnung einzutreten, und sich gegen die drohende Verschlechterung der Sozialgesetzgebung einzusetzen, wurde gegen die Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen abgelehnt. Ein zweiter kommunistischer Antrag, der sich gegen die volle Anrechnung von Einnahmen aus Gelegenheitsarbeiten auf die Wohlfahrtsunterstützung aussprach, und eine Anrechnung von höchstens 50 Prozent in Vorschlag brachte, wurde der Wohlfahrtsdeputation überwiesen.

Schluß der Sitzung um 6.20 Uhr.

Wiesbadener Nachrichten.

Meist warm, aber veränderlich.

Das Wetter der nächsten Woche.

Die „Eisbeißer“ haben uns diesmal verschont. Kühlt waren nur die Tage vom 8. bis 10. Mai; obwohl nachts in manchen Gegenden das Thermometer bis auf 2 Grad Wärme sank, ist es zu Nachtfrösten in der Ebene nirgends gekommen. Nach dem mit Ausnahme des Oberrheins noch überall fühlten Sonntag trat Montag, gerade am ersten Tag der drei gestrigen Verren, allgemein Aufbesserung und Wiederaufwärmung ein, die sich während der nächsten Tage fortsetzte, jedoch schon Dienstag fast überall 20 Grad Celsius wieder überschritten wurden. Nur im Küstengebiet der Nord- und Ostsee blieben die Temperaturen niedriger. Gemitterartige Regenfälle, die in vielen Landesteilen vorliefen, erbrachten meist nur geringe Niederschlagsmengen und waren rasch von Wiederaufbesserung mit neuem Temperaturanstieg gefolgt.

Der Witterungsverlauf entsprach somit vollkommen der vor acht Tagen hier gegebenen Voraussage, die nach der Wetterveränderung am Ende der Vormoos als bald neue Erwärmung angekündigt hatte. Am stärksten hatte sich der Rückschlag der Vormoos im südwestlichen Teil Mitteleuropas ausgewirkt, wo unter schweren Gewittern heftige Regengüsse vielfach Überschwemmungen zur Folge hatten. So fielen beispielsweise in Frankfurt am Main 54, in Karlsruhe bei einem Gewitter 30, tags darauf nochmals 51 Millimeter Regen. Das diese gewitterauslösende Tief wanderte dann während des Wochenendes bis zur Ostsee und saugte aus nördlicher Richtung Kaltluft an, während der Himmel, besonders in Norddeutschland, vorwiegend dicht bewölkt blieb.

Der durch die allgemeine Abkühlung verursachte Druckanstieg baute im Rücken der langsam ostwärts abziehenden Störungen ein Hoch auf, mit dessen Vordringen nach Mitteleuropa wieder Aufbesserung und Wiederaufwärmung einsetzte. Neue atlantische Zyklogen, die zwischen Island und den Britischen Inseln nach dem Nordmeer wanderten, vermochten nur die schon erwähnten vorübergehenden Störungen gewitterhaften Charakters auszulösen; die Großwetterlage ist jetzt dem Fortbestand der frühlinghaften Witterung günstig und beruht auf einer Druckverteilung, wie sie im vorgeschrittenen Frühling meist herrscht, nachdem die letzten nachwintertlichen Vorstöße der Polarfront abgeschlagen sind. So erstreckt sich jetzt eine breite Zone hohen Drucks vom Azorenmaximum in nordöstlicher Richtung quer durch Europa bis zum Ural, beiderseits begrenzt von ebenso ausgeprägten Tiefdruckzonen, von denen aber die südliche, die sich durch das Mittelmeergebiet zieht, wohl kaum Einfluss auf die Witterung bei uns erlangen wird. Wohl ist das der Fall bei der nördlichen Zyklogenfront, die sich vom Atlantischen Ozean durch das Nordmeer nordwärts ins Polargebiet erstreckt, und deren einzelne Kerne mehr oder weniger tief mit ihren Randwirbeln in das mitteleuropäische Binnenland eindringen. Bei ihrer Annäherung treibt die Warmluft auf der Vorderseite der Störungen die Temperaturen stark empor; der Einbruch der Kaltluft von der Rückseite der Wirbel macht sich durch Gewitter mit nachfolgender Abkühlung bemerkbar, die wiederum Druckanstieg und damit neue Erwärmung auslöst. Demgemäß dürfte auch in der kommenden Woche der allgemeine Witterungscharakter zwar frühlinghaft, aber veränderlich sein, jedoch es an Unterbrechungen des vorwiegend warmen Wetters durch Gewitter und Regenfälle nicht fehlen wird. Eine kräftige Störung dieser Art ist gerade für das Wochenende zu erwarten, da vom Atlantischen Ozean ein tiefer Sturmwirbel im Anzug ist und innerhalb der jetzt geöffneten Zugstraße durch das Nordmeer allmählich seinem Vorgänger weiterschieben wird. Sofern sich keine Komplikationen der Druckverteilung einstellen, wird dann am Anfang der Woche das erneut nordwärts vordringende Azorenmaximum die Schönwetterlage bei uns für einige Tage wiederherstellen.

Prominente Gäste zur Einweihung der Segelflugplatte.

Zu der morgen Sonntag stattfindenden Einweihung der Segelflugplatte auf dem Gelände nördlich der Platte des Mittelrheinischen Vereins für Luftfahrt E. V., hat der Vorsitzende des Deutschen Luftfahrt-Verbandes, Staatsminister a. D. Dominicus (Berlin) seine verbindende Zusage erteilt. Staatsminister Dominicus wird am Sonntagvormittag 12 Uhr, in einem Sportflugzeug von Lachen kommend, auf dem Flugplatz der Städte Wiesbaden-Main-Wiesbaden eintreffen. Weiter werden anwesend sein: Professor Georgii, der bekannte Vorsitzende der Rhön-Rossitten-Gesellschaft, Graf Dr. v. Selenburg, der Geschäftsführer der gleichen Gesellschaft, Professor Dr. Linke, der Leiter des Meteorologischen Instituts in Frankfurt a. M. und Vorsitzende der Südwettergruppe des Deutschen Luftfahrt-Verbandes, die Vertreter der Städte Wiesbaden, Mainz und Limburg, sowie der Landrat des Untermainkreises. — Die Veranstaltung beginnt um 3.15 Uhr nachmittags. Nach einer Begrüßungsansprache durch den Ehrenvorsitzenden des Vereins Otto Döckerhoff, wird Staatsminister Dominicus, die Weisrede halten, die auch im Rundfunk von der Südwestdeutschen Rundfunk U. G. übertragen wird. Weiter werden bei der Veranstaltung zwei Segelflugzeuge geflattert. Die Taufe der Maschinen hat Frau Oberbürgermeister Rüdiger übernommen. Bei günstigem Wetter werden sämtliche Maschinen des Vereins — 5 Maschinen sind am Start — gelassen. Noch am gleichen Abend geht auch die Ziehung der Lotterie des Vereins vor sich.

Die Badesaison beginnt!

Mit der Eröffnung der Strandbäder beginnt ein neues Stadium der Körperkultur. In freien Gewässern, in Luft und Sonne sucht der Mensch Erholung und Gesundheit. Es gibt keinen Sport, der in gleichem Maße wie der Schwimmsport dem menschlichen Körper förderlich und zuträglich ist. Der Widerstand des Wassers erfordert energische Arm- und Beinbewegungen, die die Muskulatur durcharbeiten und härten. Ganz außerordentlich wertvoll ist das Schwimmen für die inneren Organe, besonders für Lunge und Brustkorb. Während viele Menschen im normalen Leben falsch atmen, sind sie beim Schwimmen gezwungen, die Luft langsam und tief einzuziehen. Dadurch werden Herz und Blutkreislauf angetrieben und können alle im Körper befindlichen Schlacken ausscheiden; außerdem ist die Luft 10 Zentimeter über dem Wasserpegel fast völlig staubfrei, rein und kühl. Für den Großstädter, der gewöhnt ist, den ganzen Tag Staub- und Industrieabfälle zu schlucken, ist das Schwimmen ein unschätzbarer Gesundheitsfaktor. Auch für Kranke ist es einen angenehmen, beruhigenden Einfluss aus und bekämpft so die Krankheit des 20. Jahrhunderts, vor der so ziemlich jeder in mehr oder minder starkem Maße befallt ist.

Trotzdem der Wert des Schwimmportes überall anerkannt wird, ist der Prozentsatz der Schwimmer in Deutschland, besonders auf dem Land, noch außerordentlich gering; doch sind Anzeichen vorhanden, dass dies besonders durch die Schulen und Schwimmvereine allmählich besser wird. Von den zahlreichen Dörfern, die das Baden in offenen Gewässern alljährlich erfordert, sind die meisten Nichtschwimmer. Selbstverständlich sind gewisse Vorsichtsmaßregeln zu beachten, durch die viele Unfälle vermieden werden können. So soll man nie in erhittem Zustand in das kalte Wasser gehen und nie unmittelbar nach einer Mahlzeit mit vollem Magen schwimmen. Für Personen mit Herzleiden oder Neigung zu Arm- oder Beinkrämpfen empfiehlt es sich, sich in freien Gewässern nie zu weit vom Ufer zu entfernen, sodass im Notfall nach Hilfe gerufen werden kann. Ebenfalls schädlich ist zu langes Verweilen im Wasser; sobald der Badende ein körperliches Unbehagen verspürt, ist das nasse Element zu verlassen. Bei Beachtung dieser Regeln wird der Schwimmer den Genuß eines kühlen Bades in der heißen Jahreszeit voll auskosten können und seiner Gesundheit dienen.

Die Strandbäder Viehrich und Schierstein eröffnen heute den Badebetrieb. Die Badeseiten sind in der Bekanntmachung der Städtischen Bäderverwaltung im Anzeigenteil vorliegender Ausgabe ersichtlich.

Wiesbadener Fremdenverkehr. Die Zahl der in der Zeit vom 1. Januar bis einschließlich 13. Mai 1931 angemeldeten Fremden beträgt 34 695 Kurgäste und Passanten.

Fahrkarten rechtzeitig besorgen! Ersparen Sie sich den Ärger, der Ihnen im vorigen Jahre die Freude an der Pfingststrecke beeinträchtigte, als Sie in letzter Minute auf den Bahnhof kamen, am Fahrkartenschalter „anstehen“ mußten und der Zug „vor der Nase weg“ fuhr. Geben Sie ins Reisebüro und kaufen Sie dort die Fahrkarte. Schon mehrere Tage vor dem Reisetage in aller Ruhe. Der Preis ist der gleiche wie am Bahnhofs-Schalter. Auch Sonntagsfahrkarten sind in Reisebüros schon früher erhältlich. Die Sonntagsrückfahrkarten gelten zu Pfingsten zur Einfahrt vom Freitag, den 22. Mai, 12 Uhr vormittags bis Pfingstmontag; zur Rückfahrt vom Freitag bis zum Dienstag nach Pfingsten, 9 Uhr früh.

„Eduard-von-Müller-Weg“. Die Städtische Pressestelle teilt mit, daß der Oberbürgermeister an Generalleutnant Eduard von Müller, anlässlich seines heutigen 90. Geburtstages ein Glückwunschschreiben gerichtet hat und dabei auch mitteilte, daß der Magistrat beschlossen hat, den aus Richtung Griechische Kapelle der Weinbergsmauer entlang zum Denkmal führenden Weg, „Eduard-von-Müller-Weg“ zu benennen.

Neue Tannen am Kaiser-Wilhelm-Denkmal. In den Anlagen des Warmen Damms, sind die am Kaiser-Wilhelm-Denkmal stehenden alten, morschen Tannen nunmehr entfernt worden. Man hat dafür 11 frische Eristannenbäume angepflanzt, die eine Fierde für das Rondell sind.

Die zweite Sektion Botanik. Im Neuen Museum findet in der botanischen Abteilung am Samstag und Sonntag die zweite Ausstellung, der zur Zeit blühenden Pflanzen statt. Der Aufbau ist diesmal noch reichhaltiger und interessanter gestaltet. Des steht man im prächtigen Blüten-Schmuck: Flieder, Goldregen, Rhododendron, Bergheimeinicht, Geißblatt, sowie Rot- und Weißdorn stehen. Neben verschiedenen Zierpflanzen und Birnbäumen waren viele Arten von Tulpen und Iris aufgestellt. Als große Seltenheit präsentierte sich die unter Naturschutz stehende europäische Orchidee-Frauentrich, deren seltene Schönheit von besonderem Reiz ist. Sie ist die kostbarste Schenkung der Ausstellung. Ferner haben in Vasen und Töpfen Schneebälle, Nelken, Steinlinde, Felsenmispel, Azaleen, Cotonneaster und japanische Pfäume Platz gefunden. Die Zusammenstellung ist wieder sehr lehrreich und der Besuch nur zu empfehlend.

80er-Kameradschaftsabend. Heute Samstagabend, 8.30 Uhr, tagen die ehemaligen 80er im hiesigen Civil-Casino zur Abhaltung ihres monatlichen Kameradschafts-abends. Der Tagung wird eine besondere Weihe dadurch verliehen sein, daß sie mit dem 90. Geburtstag des Urachsigers, Ersellens v. Müller, und dem 80. Geburtstag eines zweiten 80er Veteranen, des hiesigen Generalleutnants v. Schlüterbach, zusammenfällt. Zahlreiche höhere Offiziere der alten Armee und ebenso zahlreiche Behördenvertreter haben wie wir schon mitteilen, ihr Erscheinen zu der außerordentlichen Veranstaltung zugesagt. Aus dem 80er-Kameradschaftsabend selbst wird keiner fehlen, der irgend seine Teilnahme ermöglichen kann. Da auch die 80er Kapelle vollständig spielt, dürfte heute im Casino ein volles Haus zu finden sein.

Der Kampfbund für deutsche Kultur veranstaltet am Montag, 18. Mai, abends 8.15 Uhr, im großen Kasinoaal eine öffentliche Kundgebung. Führendes Reden an die deutsche Nation werden zusammengefasst gesprochen von Ernst Schrumpf (München).

Nassauische Landwirtschaftstagen. Am Dienstag, 19. Mai, hält der Verein ehemaliger Geisbergerinnen in Wiesbaden eine Versammlung ab, die im Zeichen der Blumen stehen wird. — Der Verband Nassauischer Schweinezüchter veranstaltet am Dienstag, 26. Mai, in Limburg, seine 8. ordentliche Mitgliederversammlung. — In Dahnstatten findet am Sonntag, 31. Mai, die Frühjahrs-generalversammlung des 8. landwirtschaftlichen Bezirksvereins (Kreis Unterlahn) des Vereins Nassauischer Land- und Forstwirte statt. — Sonntag, 17. Mai, treffen sich die Mitglieder des 12. landwirtschaftlichen Bezirksvereins (Kreis Frankfurt a. Main-Höchst) in Frankfurt a. M. Unterliederbach zur Generalversammlung.

Evangelischer Bund. Am Mittwoch, 20. d. M., nachmittags, veranstaltet der Besuchsmoosdienst des Evangelischen Bundes einen Ausflug nach Radesheim. Besuch des Nationaldenkmals, Spaziergang zur Kessel, Kaffeepause im Jagdschloß. Abends findet ein Rheinischer Abend in der „Reinhold“ in Radesheim statt. Näheres in der Geschäftsstelle, Klarerstraße 2.

Wiesbaden-Bierstadt.

Die Bauaktivität auf der Bierstadter Höhe hat einen gewissen Stillstand erreicht. Die Neubauten unterhalb der Grenzstraße, darunter ein Doppelhaus, sind teilweise schon bewohnt. An der oberen Marktstraße ist ein Villenklüppel entstanden, der auch schon bezogen ist. Auch der an der Nordseite des hiesigen Geländes, oberhalb der Dainerstraße errichtete Villenbau geht seiner Vollendung entgegen. Zurzeit ist man mit den Planierungsarbeiten der Gärten- und Begeanlagen beschäftigt. Die Räume in den genannten Neubauten sind bereits vermietet. Einen reizenden Anblick gewährt die neue Siedlung an der Straße „Am Wasserturm“. Die praktischen schmucken Häuschen mit

ihren bereits gepflegten Vorgärten — ganz in der Sonne liegend — verbleiben ungemein das Landschaftsbild zu verschönern.

Vorberichte

über Vorträge, Kunst und Verwandtes.

* Kurhaus. Die beiden Konzerte des Kurorchesters am Sonntag stehen unter Leitung des Kölner Kapellmeisters am Westdeutschen Rundfunk, Leo Goldt. — Für Montag hat die Kurverwaltung einen Lieber- und Solisten-Abend, ausgeführt von Anni Kalthoff (Sopran), Kurt Ue-Mains (Orgel), Hans Kornel-Mains (Violine), Ludwig Kalthoff (Klavier), in das Programm aufgenommen. Es gelangen verschiedene Erstaufführungen des Wiesbadener Komponisten R. C. von Gorrissen zu Gehör. Der zweite Teil bringt Lieder mit Klavierbegleitung von Hugo Wolf und die Toccata und Fuge in D-Moll für Orgel von Max Reger. Das Konzert findet im Abonnement ohne Zuschlag statt. — Die Tanstees finden am Montag und Donnerstag statt. — Der Gesellschaftsbesuch am Dienstag führt zur Follerie (Schützenhaus). Treffpunkt 14.30 Uhr am Haupteingang des Kurhauses. — Am Dienstag wird sich dem hiesigen Publikum erstmals in einem Klavier-Abend Dietrich Amende, ein geborener Wiesbadener, vorstellen. Der Künstler lebt jetzt in Regensburg und wirkt dort als Dirigent des Singsingens. In dem Konzert tritt ferner die Stuttgarter Sopranistin Hedwig Tank auf, die soeben von einer Amerika-Tournee zurückgekehrt ist. — Das nächste Sinfonie-Konzert unter Leitung von Carl Schuricht findet am Mittwoch, 20. Mai, statt. Solisten sind die Konzertmeister Rudolf Bergmann und Soloflötist Franz Danneberg.

* Kunstausstellung rhein-mainischer Künstler. Auf vielfachen Wunsch wird Herr Paul Sarnowsky-Wiesbaden am Sonntag, vormittags 11 Uhr, in der Galerie Sanger, Luisenstraße 9, eine Führung halten durch die Ausstellung rhein-mainischer Künstler, veranstaltet vom Reichsverband bildender Künstler Deutschlands, Bezirksgruppe Wiesbaden. Die Ausstellung, die großem Interesse begegnet, ist zu besichtigen: wochentags von 9—1 und 3—6 Uhr, Sonntags von 11—1 Uhr.

Wiesbadener Lichtspiele.

* Ufa-Palast. Heute Samstag findet nochmals eine Kinder- und Familien-Vorstellung mit Original-Misch-Filmen, einem großen Lustspiel und dem Naturfilm „Gebirgslandschaften des Pflanzenlebens“ statt. — Sonntagvormittag 11.30 Uhr ist eine einmalige Matinee zur bevorstehenden Reisesaison mit dem schönen und interessanten Film „Eine Reise unter der Mittelnachtsonne“ vorgesehen, ein Film von Hells und Hjort, vom Lande der Lappen und dem Meer der Mittelnachtsonne. — Auf unzählige Wünsche hin findet eine Neuaufführung des erfolgreichen Tonfilms „Der blaue Engel“ ab Montag statt. Die Glanzrolle von Emil Jannings und die Paraderolle der Marlene Dietrich, die daraufhin internationale Filmgröße erster Ordnung geworden ist, werden auch diesmal wieder einen regen Besuch des Ufa-Palastes hervorrufen. Eine Verlängerung über Donnerstag hinaus ist nicht möglich. — Der Ufa-Tonfilm „Vorunterfuchung“ läuft noch heute Samstag und morgen Sonntag.

Aus dem Vereinsleben.

* Die neugegründete Ortsgruppe der Kameradschaftlichen Vereinigung ehemaliger Angehöriger der Nachrichtentruppen (Kadernach, Wiesbaden) hielt ihre erste Monatsversammlung ab. Erreicherungswerte waren verschiedene Neuaufnahmen zu verzeichnen. Bei acht kameradschaftlichem Zusammensein konnten einige gemütliche Stunden verbracht und alte Erinnerungen ausgelassen werden. Angehörige der Waffe werden gebeten, sich der neuen Vereinigung anzuschließen. Nächste Zusammenkunft Samstag, 16. Mai, 20.15 Uhr, Hotel „Union“, Neugasse.

Marktberichte.

Wiesbadener Viehmarktsbericht.

Amstliche Notierung vom 15. Mai 1931. Auftrieb: a) Tatsächlich auf dem Markte zum Verkauf: 12 Ochsen, 18 Kühe oder Färken, 96 Kälber, 10 Schafe, 200 Schweine. b) Direkt dem Schlachthof zugeführt: 1 Bulle, 19 Kühe oder Färken, 93 Kälber, 310 Schweine. Marktverlauf: Grobvieh wegen des geringen Umlages nicht notiert. Kleinvieh und Schweine bei mittlerem Geschäft geräumt. An Preisen wurden (1 Pfund Lebendgewicht in Reichspfennig) notiert: Kälber: a) 63—70, b) 1. 56—60, c) 48. Schafe: a) 1. 45—50, b) 40—45. Schweine: a) 40—44, b) 41 bis 45. Von den Schweinen wurden verkauft: Zum Preise von 46 Mark 1 St., 45 Mark 30 St., 44 Mark 44 St., 43 Mark 48 St., 42 Mark 53 St., 41 Mark 3 St., 40 Mark 18 St. Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Speise des Handels ab. Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umschlagsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Vom Obst- und Gemüsemarkt.

Neue Treiberrdbeeren aus den heimischen Kulturen haben nach wie vor sehr guten Absatz, wenn auch bei größerem Angebot die Preise nunmehr um etwa 50 Pfennige je Pfund, also auf 5.50 Mark, zurückgegangen sind. Das Apfelsengeschäft hat sich wieder etwas gebessert, nachdem die Apfelsenernternte stark nachgelassen. Infolgedessen konnten durchwegs Preisverbesserungen erzielt werden. Rhabarber wird auf 1.50 Mark, Rhabarber aber den Preis der Vormoos doch nicht beibehalten und ist nunmehr auf 1.00—1.20 Mark je Zentner gesunken. Bei den teureren Obstpreisen kann aber vorläufig noch mit einem befriedigenden Geschäft gerechnet werden.

Am Gemüsemarkt ist besonders bemerkenswert, daß die Preise für Kopfsalat und Gurken fest ansteigen, was voraussichtlich noch einige Zeit andauern wird, da die Ernte in den Treibhäusern beendet, und der Freilandsalat noch nicht schmeitbar ist. Rettig sind gut gefragt, sie haben sogar ihren Preis erhöhen können. — In der abgelaufenen Woche kamen Spargeln zum erstenmal in größerem Angebot an Rheinbellen an den Wiesbadener und Frankfurter Markt. Die Aufnahme war bis jetzt sehr gut. Für die erste Qualität lag der Preis zwischen 80 Pfennig bis 1 Mark, wobei für gebundene Ware ein Zuschlag von 10 Pfennig je Pfund bewilligt wurde. Auch für Spinat hielt sich die Nachfrage sehr gut. — Das Kohlgeschäft schrumpft immer mehr zusammen bei gut behaupteten Preisen, während der Umlauf in Wurzelgewürsen verhältnismäßig auch gut ist. Besonders ist Sellerie neuerdings sehr begehrt. Die Zwiebelpreise liegen befristet, besonders für agostische Ware.

Wovon London spricht.

Ein Reisender, der für 200 Millionen Mark Aufträge holt. — Was die Londoner Saison bringt. — Zehn Engländer reisen im Auto von London nach Kapstadt. — Ein Blaues Band für Segelschiffe.

Wenn man den Versicherungen der großen englischen Zeitungen Glauben schenken darf, ist die Amerikareise des Prince of Wales, der soeben nach London zurückgekehrt ist, ein außerordentlicher Erfolg gewesen. „Er bringt“, so melden die englischen Blätter wörtlich, „in seiner Tasche Ordres im Werte von 200 Millionen Mark mit.“ Wenn diese Ausführungen auch nicht ganz wörtlich zu verstehen sind — denn es ist kaum anzunehmen, daß der Prinz die Aufträge für die englische Industrie persönlich dankend gutgeheißen hat — so ist doch der moralische und psychologische Erfolg nicht zu bestreiten. Die Reise des englischen Thronfolgers hat hundert Tage in Anspruch genommen, er hat Argentinien, Chile, Peru und Brasilien besucht. Seit Beendigung des Krieges hat der Prinz, der viel auf Reisen ist, nicht weniger als 150 000 Meilen zurückgelegt, und wenn man alle Reisen, die er in seinem Leben bereits ausgeführt hat, zusammenrechnet, kommt man zu dem Ergebnis, daß die Entfernungen, die er zurückgelegt hat, einer Strecke entsprechen, die etwa sechsmal um den Erdball führt. Allein während der letzten zwölf Jahre ist er viermal in Kanada gewesen, zweimal hat er Südafrika besucht, ebenso oft Südamerika und die Vereinigten Staaten. Außerdem führten ihn seine Reisen nach Indien, Japan, Australien, Neuseeland, Tansania und Westafrika.

Mit einem schönen Auftakt, einer vollendeten Ausführung des „Kontingents“, in der berühmte deutsche und österreichische Künstler mitwirkten, hat die Londoner Saison begonnen. Die Begeisterung für die deutschen Künstler ist so groß, daß diejenigen Theaterbesucher, die auch nur halbwegs erwünschte Plätze in der Covent Garden Oper erhalten wollten, nicht weniger als 34 Stunden vor dem Theater ausharren mußten. Die meisten Kunstenthusiasten, Männer und Frauen, hatten sich Stühle und Lebensmittel mitgebracht, um vor dem Theater zu kampieren. Die Feuchtigkeit des Bodens, der unaufhörlich rieselnde Regen und der quälende Nebel machten die Warteszeit zu einer Pein. Aber nicht einer der Kunstbegeisterten verzichtete auf seinen Platz. Inzwischen schreitet die Saison weiter fort; das Königspaar wird bereits in diesen Tagen Schloss Windsor verlassen, um die nächste Zeit im Buckingham-Palast zuzubringen. Am 20. Mai findet eine große Flottenparade statt, sechs Tage später ist ein großer Tag, der Geburtstag der Königin. Eine große Parade findet am 28. statt, am 3. Juni ist der Geburtstag des Königs und zugleich der Tag des großen Verbo. Am 16. Juni endlich beginnt die große Rennwoche von Ascot. Man sieht also, daß wäh-

rend der Zeit, in der in Deutschland das gesellschaftliche Leben ruht, in England für Abwechslung gesorgt ist.

Einen etwas abenteuerlichen Plan haben zehn Engländer gefaßt, die sich dieser Tage von London aus auf die Reise nach Kapstadt begeben haben. Nach Überquerung des Kanals sind sie mit vier Autos über Rotterdam, Köln und Frankfurt nach Wien gefahren, und ihr Ziel soll sie durch Afrika bis nach Kapstadt führen. Die Teilnehmer dieser Fahrt scheinen etwas phantastische Naturen zu sein, denn sie sind sich nicht ganz einig über all die Zwecke, die sie mit ihrer Fahrt verfolgen. Der Leiter der Expedition ist der Kapitän Geoffrey Mallins, der einen Reiseskizzen herstellen will. Er war im Krieg an der Front als Film-Offizier tätig, hat Schlachtenbilder von der Somme aufgenommen und den ersten Weltflug im Jahre 1922 in Filmbildern festgehalten. Die Expedition führt einen Tonfilmapparat mit sich, mit dem man die Tierstimmen in der Libanischen Wüste und die Regemuster in Afrika aufnehmen will. Aber Konstantinopel, Jerusalem und den Sueskanal soll die Reise nach Kapstadt führen. Man will später Jagden auf Löwen, Elefanten und Antilopen aufnehmen. Außerdem wollen die Teilnehmer in Afrika, besonders in der Nähe von Negeransiedlungen, kleine Ausstellungen veranstalten.

Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß es neben dem Blauen Band für Passagierschiffe auch noch einen — wenn auch inoffiziellen — Ehrenpreis für das schnellste Segelschiff gibt. Vor einigen Tagen ist der Viermaster „Derzogin Cecilie“ nach einer Rekordreise in den Hafen von Falmouth eingelaufen. Das Schiff hatte eine Ladung Weizen an Bord. Es beteiligte sich an einer Wettfahrt zwischen Australien und England, die es in 92 Tagen zurücklegte. Im vorigen Jahr benötigte das Segelschiff dagegen 110 Tage, um diese Entfernung zurückzulegen. Am 23. Januar verließ das Schiff Australien. Bis zu den Azoren ging die Reise ohne Zwischenfälle. Aber plötzlich trat völlige Windstille ein, die etwa fünf Tage dauerte. Erst nach Ablauf dieser Frist, als sich ein Lufthauch wieder bemerkbar machte, wurden alle Segel geleckt, denn der Kapitän wollte durchaus in diesem Jahr das Blaue Band erringen, das im vorigen Jahr dem Segelschiff „Pommern“ zugefallen war. Es gelang dem Schiff, an einem Tage 300 Meilen zurückzulegen, so daß es zuweilen eine höhere Geschwindigkeit als ein Dampfer erreichte. Von der Schnelligkeit des Schiffes kann man sich einen Begriff machen, wenn man bedenkt, daß es die Viermasterbarke „Biting“ überholte, die bereits 25 Tage früher von Australien fortgefahren war.

Zahlungsfrist und Vereinigung des Grundbuches.

Von Amtsgerichtsrat Dr. Schmidt von Rhein, Wiesbaden.

Eine neue Verordnung klärt manche bisher vorhandenen Unklarheiten. So ist in der Regel bei Briefhypotheken zur Kündigung die Vorlegung des Hypothekenbriefes erforderlich, wenn nicht bei der Bestellung ausdrücklich auf die Vorlage des Briefes verzichtet wurde. Dies ist nicht mehr erforderlich bei Aufwertungshypotheken und Aufwertungsgrundschulden, bei denen noch kein neuer Brief erteilt, bzw. der alte — auf Papiermarkt lautende — Hypothekenbrief noch nicht berichtigt wurde. Ist bei der Wiedereintragung einer Aufwertungshypothek oder Aufwertungsgrundschuld, für die früher ein Brief bestand, vom Grundbuchamt verbleibend die Neubildung des Briefes unterlassen worden, so ist es zweckmäßig, daß der Gläubiger das Grundbuchamt darauf aufmerksam macht, damit diese Neubildung des Briefes nachgeholt wird. Besonders darauf hinzuweisen ist aber, daß die alten nassauischen Hypotheken, die aus dem Stockbuch übernommen wurden, keine Briefhypotheken waren. Die in Händen der Gläubiger befindlichen alten Pfand- und Schuldverschreibungen sind keine Hypothekenbriefe, sondern lediglich Urkunden über das bestehende Rechtsgeschäft (also Darlehen, Restkaufgebot, Auseinandersetzung usw.). Bei der Wiedereintragung solcher Hypotheken werden somit keine neuen Briefe gebildet. Für Gläubiger und Schuldner von gleichem Interesse ist die weitere Bestimmung, daß die Aufwertungsstelle jedem, der ein berechtigtes Interesse darlegt, auf Antrag eine Bescheinigung zu erteilen hat, ob und wann ein Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist eingegangen, ob und in welcher Weise ein Antrag auf Zahlungsfrist endgültig erledigt und ferner welche Zahlungsfrist bewilligt ist. Diese Bescheinigungen sind gebührenfrei. Die obersten Landesbehörden können bestimmen, daß diese Bescheinigungen auch ohne Vorlegung eines berechtigten Interesses erteilt werden können, daß in diesen Fällen aber eine Gebühr erhoben werden kann.

Für die Beteiligten bei der Grundbuchvereinigung sind nachstehende Bestimmungen von Interesse. Manchmal stellt ein Gläubiger den Antrag auf Eintragung des Aufwertungsbeitrages nur aus Vorsicht, obwohl er selbst glaubt, daß das Grundbuchvereinigungsgebot auf seine Forderung keine Anwendung findet. In solchen Fällen soll das Grundbuchamt die Frage der Anwendbarkeit des Vereinigungsgebotes mit dem Antragsteller — und wenn er den Antrag aufreht hält — auch mit dem Eigentümer erörtern. Bei Zurücknahme eines Aufwertungsbeitragsantrages bedarf es nicht, wie sonst bei Grundbuchanträgen, der öffentlichen Bescheinigung der Unterschrift. Diese Milderung der sonst so strengen Grundbuchvorschriften bezieht sich aber nur auf Zurücknahmen nach dem Inkrafttreten der Verordnung (23. Mai 1931). Wer also einen Antrag zurücknehmen will, tut gut, das Grundbuchamt unter Berufung auf diesen Paragraphen 5 um Verlängerung der Frist zur Zurücknahme bis zum 23. Mai zu bitten, damit er die Kosten der Unterschriftenbescheinigung spart.

In dem sogenannten Rangvereinigungsverfahren bei Unübersichtlichkeiten oder Unklarheiten in den Rangverhältnissen der Belastungen kann das Grundbuchamt bekanntlich eine Änderung der bestehenden Rangverhältnisse vorschlagen, nach dieser neuen Rangordnung sogar die Teilung eines Rechtes in mehrere Rechte. Diese Bestimmungen wird die Durchführung des Rangvereinigungsverfahrens zweifellos sehr erleichtern. Weiter ist von Interesse und eigentlich selbstverständlich, daß Rechte, die einen Goldpfennig nicht erreichen, nicht wieder eingetragen, bzw. gelöscht werden. Es ist nur bedauerlich, daß die Regierung da keine höhere Grenze festgesetzt hat.

Die bisher strittige Frage, ob eine auf Papiermarkt lautende vollstreckbare Urkunde in vollstreckbarer Ausfertigung auch über die heutigen Zinsen erteilt werden kann, ist bejaht worden. Da nach den bisherigen Bestimmungen die Ansicht vertreten werden konnte, daß nur über den Aufwertungsbeitrag, aber nicht über die geschuldeten Zinsen, eine

vollstreckbare Ausfertigung erteilt werden könne, ist damit eine praktisch wichtige und ärgerliche Frage zur Zufriedenheit geregelt worden.

XI. Deutsches Sängerbundesfest 1932.

Preisaußerschreiben des Plakatwettbewerbs. — Der Kompositionspreis.

Der Festausschuss für das 11. Deutsche Sängerbundesfest 1932 in Frankfurt a. M. veranstaltet einen allgemeinen Wettbewerb für die Erlangung eines Plakat-Entwurfes. Zur Teilnahme berechtigt sind alle in Deutschland und Österreich lebenden Bewerber deutscher Zunge. Verlangt wird ein Entwurf mit dem Text „11. Deutsches Sängerbundesfest Frankfurt a. M., 21.—24. Juli 1932“. Außerdem muß das Zeichen des Deutschen Sängerbundes in irgend einer Weise in bestmöglicher Größe auf dem Plakat angebracht sein. Im übrigen wird der Phantasie des Künstlers für die Plakatgestaltung volle Freiheit gelassen. Als Preisen stehen insgesamt M. 2700.— zur Verfügung, die wie folgt verteilt werden sollen: 1. Preis M. 1000.—, 2. Preis M. 700.—, 3. Preis M. 500.—, 4. Preis M. 500.—. Der Festausschuss behält sich vor, außerdem von sich aus gegebenenfalls einen weiteren Entwurf für M. 500.— auszuwählen. Die Auszahlung der Preise erfolgt unter allen Umständen und zwar innerhalb 14 Tagen nach der Entscheidung des Preisrichters. — Ausführliche Exemplare der Bedingungen sind auf der Geschäftsstelle in Frankfurt a. M., Platz der Republik 47 (Haus Offenbach) erhältlich.

Wie bereits mitgeteilt, hat das Preussische Kultusministerium in Verbindung mit den Reichsbehörden und der Akademie der Künste einen Kompositionspreis von 10 000 Mark für Chorwerke eingeleitet, die beim 11. Deutschen Sängerbundesfest in Frankfurt a. M. zur Aufführung kommen sollen. Nach den Einmeldungen, die bisher an den DSB gelangten, scheint das Ausschreiben von einem ganz ungewöhnlichen Erfolge begleitet zu sein. Trotzdem der Einmeldungsfrist erst für den 1. Juli festgesetzt ist, sind schon jetzt zahlreiche, und wie zu hoffen ist, wertvolle Werke eingereicht worden. Die näheren Bedingungen des Ausschreibens sind durch die Geschäftsstelle des Deutschen Sängerbundes Berlin W. 35, Potsdamer Straße 123, zu beziehen.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Deutsches Wanderertreffen in Friedberg.

— Friedberg, 14. Mai. In Friedberg fand heute zum erstenmal ein großes Wanderertreffen des Reichsverbandes der Deutschen Gebirgs- und Wandervereine statt, das aus dem ganzen Reichsgebiet von Führern der Wandererläge befehligt war. Namentlich die benachbarten Gebirgsvereine (Vogelsberg, Taunus, Rhön, Spessart, Westerwald usw.) waren mit zahlreichen Wandergruppen vertreten. In dem Burghof der alten Reichsburg fand das Treffen seinen Höhepunkt in einer prachtvollen Kundgebung. Die Wandererläge aus dem Reich und die Vertreter der Behörden wurden herzlich begrüßt vom gastgebenden Verein, dem Vogelsberger Höhen-Club, durch Dr. Bruchhäuser (Wiesbaden), der als Zweck dieses ersten Treffens in Deutschland bezeichnete, vor der breiten Öffentlichkeit und den Vertretern der Behörden eindringlich für die Wandererläge zu werben. Den Gruß der Stadt Friedberg entbot Bürgermeister Dr. Seeb. Für die Kreisverwaltung sprach Kreisdirektor Reithen. Der hessische Staatspräsident und Kultusminister ließ durch Schulrat Hallinger Grüße und Wünsche des hessischen Staates übermitteln mit der Aufforderung, die Wanderbestrebungen nach Möglichkeit zu fördern und zu unterstützen. Rektor Jaspert (Frankfurt a. M.), Mitglied des Preussischen Landtages, dankte als Vorsitzender des Reichsverbandes deutscher Gebirgs- und Wandervereine in seinem Schlusswort den Behörden

für das Interesse an der Veranstaltung und sprach überzeugend von der kulturellen Bedeutung der Wanderbewegung. Einmütig stimmten die etwa 2000 Versammelten einer Entschließung zu, in der es u. a. heißt: Der Reichsverband Deutscher Gebirgs- und Wandervereine hat für sich und die ihm angeschlossenen Gebirgsvereine in den Vordergrund seiner Bestrebungen die Anlage besonderer Wandererschuttpfade gestellt, die die Aufführung der stark befahrenen Straßen vermeiden lassen, den Schutz der Gebirgslandschaften, die Erwirkung besonderer Vergünstigungen bei Benutzung von Unterkunftshäusern, die Aufstellung von Tarifen der verschiedenen Verkehrsmittel, die zum Besuch deutscher Kur- und Erholungsorte anregen, oder die es auch dem Wanderer ermöglichen, aus der Enge der Stadt herauszukommen. Gegenüber der immer noch viel verbreiteten Sucht, die Freiheit im Ausland zuzubringen, ertönt immer wieder eindringlich die Mahnung: „Reiset, wandert, erhole dich in Deutschland!“ In ganz besonderer Weise aber darf und muß bei den staatspolitischen Auswirkungensmöglichkeiten der in den Gebirgs- und Wandervereinen geleisteten Arbeit die Mithilfe der Regierungen, Stellen im Reich und in den Ländern bei jeder Gelegenheit erwartet werden.

Der größte Kabelbagger der Welt.

— Frielendorf, 15. Mai. Die Seche Frielendorf hat kürzlich einen Kabelbagger in Betrieb genommen, der als ein technisches Wunder anzusehen ist. Zwei Türme in der Höhe von 34 und 25 Meter bilden die Grundpfeiler der Anlage. Die Türme sind 420 Meter voneinander entfernt. Der Schürfkübel, der sich an mächtigen Drahtseilen bewegt, hat die Größe eines Zimmers und faßt ungefähr neun Tonnen Kohle. Die Anlage bringt es zu einer Tagesleistung von 2000 bis 2500 Tonnen Kohlen und 600 Kubikmeter Teer und leistet somit die Arbeit einer Belegschaft von 150 Mann.



Von Kopf bis Fuß Poulet-Kleidung

beim Wandern, beim Sport und für's Wochenende.

Die Hemdbluse

in weiß, beige, blau und zartlachs, reine Seide 16.50, Trikolone 9.50, Trikollette 6.90 und 5.90

Der elegante Plisseerock

aus Wollstoff oder Wolltrikot, schwarz, marine und braun 13.50 und 10.50

Der ärmellose Pullover

nach der neuesten Mode, in hübschen Uniformen und aparten Tweed-Mustern 7.75, 7.50 und 6.50

Die kleidsame Mütze

in neuester Form, Chenille 2.65, Kunstseide 1.70 1.30

Dazu den neuzeitlichen Ledergürtel in besonders großer Auswahl

Strumpfhaus
Poulet
WIESBADEN

Langgasse Kirchgasse Marktstraße K144

Die heutige Ausgabe umfaßt 14 Seiten und „Das Unterhaltungsblatt“

Verantwortlich für Politik und Handel: H. Kettich; für Unterhaltung, Stadtnachrichten und den übrigen Schriftteil: D. V. H. Kettich; für die Anzeigen und Nekrologie: H. Dornau; Schriftlich in Wiesbaden. Druck und Verlag der E. Schellenberg'schen Hofbuchdruckerei in Wiesbaden.

Wiesbadener Schützen-Gesellschaft E. V.

Frühjahrs-Preisschießen

Samstag, den 16. Mai, von 15 bis 19½ Uhr.
Sonntag, den 17. Mai, von 8½ bis 12½ und 14 bis 18 Uhr. F557

Auf Feld Stand, stehenden
Rehbock, laufenden Kellern.
Ausführliches Programm ist in der Schießhalle angeschlagen — Wanderbecher, Barpreise, Prämien.
Preisverteilung ist Sonntag abend.
Mit Schützengruß:
Der Vorstand.

Ausverkauf

Wegen Geschäftsübernahme wird eine Anzahl
Pianos u. Sprechapparate
zu bedeutend herabgesetzten Preisen verkauft
Piano-Schulz, Mainz, Neubrunnenplatz 1



SORGENFREI

WIE DIESE:



WERDEN AUCH SIE, WENN SIE DER
BAUSPARGEMEINSCHAFT HEIMA-NÜRNBERG
BEITRETEN, INNENHALB DER LETZTEN SECHS MONATE
BEREITS 6 MAL ZUTEILUNGEN, SO DASS ALLE ZUTEILUNGS-
BERECHTIGTEN BEREITS IHR ZINSFREIES GELD ERHALTEN!
ZUM BAU KAUF EINES HAUSES ODER HYPOTHEKENABLOSUNG!

Bezirksdirektion: Regierungsbaureis a. D. Jordan,
Wiesbaden-Biebrich, Nassauer Straße 36. F234

Alles will den Rasenmäher



Verkauft bei **L.D. Jung** Kirchg. 47
Tel. 27 213

BRIDGE

siehe Schaufenster.

KOCH Am ECK
Michelsberg.

1603



Ufa-Palast

Nur noch heute und morgen:

Voruntersuchung

der große Kriminal-
Tonfilm der Ufa mit
Alb. Bassermann
Gustav Fröhlich
Charlotte Ander
usw.

Ein Programm, das
man nicht
versäumen soll!
Beginn 4, 6.15 8.30

Beachten Sie bitte
die heutige
Kindervorstellung
ab ½ 3 Uhr mit
6 Original-
Micky-Filmen etc.
zu ganz kleinen
Preisen.

oder besuchen Sie
morgen Sonntag
die einmalige
Matinee mit dem
wunderv. Filmwerk
Eine Reise unter
der Mitter-
nachtssonne
ebenfalls zu ganz
kleinen Preisen für
jung und alt.

Prima Markensekt

Flasche einfl. Steuer
u. Glas 20 Pf. 4. Kleinste
Mengen lieferbar frei
Haus. Vertreiberbezug
verbindlich. Offerten u.
K. 364 an Tagbl.-Berl.

Der neue Taschen-Fahrplan des Wiesbadener Tagblatts

in dem bekannten handlichen
Buchformat, mit vermehrtem In-
halt (80 Seiten stark) ist erschie-
nen und in unserem Verlag, in
allen Buch- und Schreibwaren-
handlungen, sowie in den Zei-
tungsverkaufsstellen erhältlich
Preis 30 Pfg.

Gültig für den Sommer 1931

2-Zimmer-Wohnung,
Dachboden, Mitte d. Stadt,
an pünktl. ruh. Miet-
geber gegen rote Karte
loft zu verm. Off. u.
K. 373 an Tagbl.-Berl.



Wenn Sie Freude an schöner Wäsche haben

dann sollten Sie morgen unsere
Pfingst-Sonder-Angebote in den

Schaufenster 3-5

beachten. Eine Freude für Sie, diese ent-
zückenden Neuheiten zu sehen,
noch mehr überraschen wir Sie durch
außerordentlich niedrige Preise.

Feine Charmeuse-Schlüpfer . . . ab 1.95
Passende Tailenröcke . . . ab 2.75
Batist-Nachthemden . . . ab 2.90
Flotte Pyjamas . . . ab 3.95
Hemdosen, weiß oder farbig ab 2.35

Feine Blusen, mod. Stoffe . . . ab 5.90
Entzückende Sportkleider . . . ab 5.75
Fesche Pullover, ohne Arm . . . ab 6.75
Flotte Strandanzüge . . . ab 6.90

1.45 kostet ein Paar best-
bewährte solide feinfäd. Damenstrümpfe

Beckhardt, Kaufmann & Co.

Ecke Kirchgasse und Friedrichstraße
1568

Wiedereröffnung der Mainzer Bierhalle

Mauergasse 4/6

Heute Samstag abend 7 Uhr

Gut bürgerliche Familien - Gaststätte.
Spezialhaus für preiswertes und gutes Essen.

Im Ausschank Mainzer Doppel-Rad und Pilsner, natur-
reine Rheingauer Ausschank - Weine.

Neuer Inh. Wilhelm Honecker
früher Restaurant Turnerbund

Miet-Pianos

u. Flügel
Pianohaus Wolff
Friedrichstraße 39, I
Tel. 23225

Billige Rheinfahrt

mit dem Salon-Motorschiff „Vater Rhein“
(450 Personen) am Sonntag, den 17. Mai, von
Biebrich nach Koblenz und zurück.
Ab Biebrich (eigene Brücke am Schloß) 7.10 Uhr.
(Näheres siehe Inserat vom Dienstag, den 12. Mai.)

Haben Sie schon Ihren Pfingst-Anzug und -Mantel?

Ich biete Ihnen eine entzückende Auswahl in hochwertigen und preiswerten
schicken Sakko-Anzügen . . . 38.- 48.- 68.- 88.- 115.-
flotten Sport-Anzügen . . . 33.- 43.- 59.- 73.- 88.-
imprägnierten Slipons u. Raglans 33.- 43.- 53.- 63.- 73.-
wasserdichten Lodenmänteln . 25.- 30.- 35.- 43.- 53.-
Gummimänteln u. Trenchcoats 15.- 23.- 35.- 43.- 53.-

Gegen kleine Anzahlung werden Kleidungsstücke bis zum Feste zurückgelegt

Nirgends kauft man besser und billiger als in Wiesbaden



Wiesbaden, Kirchgasse 56
Fernsprecher 22093
Durchgehend geöffnet!

Spezialhaus für elegante Herren-, Jünglings- und Knaben-Kleidung

1501

Billige Fotografie

Bis
28.
Mai

GRATIS

eine Vergrößerung 18x24
der eigenen Aufnahme.

6
Karten
von 2.50
an.

Samson

Kirchgasse
= 44 =
gegenüber M. Schneider.

Notizen zum Tage.

Nach den Mitteilungen des Deutschen Städtetages ist die Zahl der Wohlfahrtsverbände im April weiter gestiegen. Sie betrug am 30. April 750 000, was eine Zunahme von 40 000 bedeutet. Von der Entlastung des Arbeitsmarktes verspüren mithin die Gemeinden noch immer nichts. Während die Abnahme der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung geeignet ist, einige Hoffnungen zu erwecken, daß das Festhalten bei der Arbeitslosenversicherung nicht allzu groß werden wird, zeigt die neue Zahl der Wohlfahrtsverbände, daß für die Gemeinden die Lasten noch immer wachsen. Da muß man sich vor Augen halten, daß der Aufwand der Gemeinden für Wohlfahrtsverbände in den letzten Jahren aus ungeheurer Höhe ist. Während die Gemeinden im Jahre 1929/30 noch mit etwa 210 Millionen Aufwand für die Wohlfahrtsverbände auskommen konnten, stieg der Aufwand im Rechnungsjahr 1930/31 auf rund 500 Millionen Mark. Gegenüber solchen Belastungen vermögen auch die rigorosesten Sparmaßnahmen der Städte und Gemeinden einen Ausgleich nicht zu schaffen. Dafür gibt die Zeitschrift des Deutschen Städtetages ein klares Beispiel. Die Gesamtausgaben der Gemeinden stiegen nämlich im Rechnungsjahr 1930/31 auf rund 8400 Millionen von 8300 Millionen im Rechnungsjahr 29/30. Schaltet man nun aber die Wohlfahrtsausgaben aus, so ergibt sich, daß der reine Finanzbedarf der Gemeinden von 5820 Millionen im Jahre 1929 sich auf 5620 Millionen im Jahre 1930 gesenkt hat. Die Gemeinden sind also mit Erfolg an Einsparungen bemüht gewesen, nur haben die Lasten für die Wohlfahrtsverbände alle Rechnungen immer wieder über den Haufen geworfen.

Über den Rückgang des Bierverbrauchs macht der Deutsche Brauer-Bund eine interessante Mitteilung. Danach verringerte sich der Bierabsatz im Jahre 1930/31 um rund 21 Prozent, also um etwas mehr als ein Fünftel, gegenüber dem Jahre 1929/30. Dieser Konsumrückgang hat natürlich auch dazu geführt, daß die Ertragskraft der Brauerei weit hinter dem Voranschlag zurückblieb. Während die Biersteuer 550 Millionen Mark bringen sollte, erbrachte sie tatsächlich nur 473,2 Millionen. Sie blieb also mit 76,8 Millionen hinter dem Voranschlag zurück, erbrachte aber bei dem verminderten Konsum und den erhöhten Steuerföhen immer noch 61,4 Millionen Mark mehr als im Vorjahr. Wenn freilich der Deutsche Brauer-Bund den Rückgang des Bierkonsums fast ausschließlich der Steuererhöhung zur Last legt, so ist das zweifellos nicht richtig. Man darf nicht übersehen, daß die gesamte wirtschaftliche Entwicklung überall in Umwandlungen überführt. Auch für den Bierabsatz ist es nicht gleichgültig, ob wir etwa 1 Million oder fast fünf Millionen Arbeiter haben. Die Steuererträge haben sich überall vermindert. Der neue Berliner Oberbürgermeister Sahm hat feststellen müssen, daß in Berlin 46 Millionen Mark Steuern weniger eingenommen sind, als geschätzt worden waren, allein die Vergnügungssteuer blieb mit 12½ Millionen Mark um 2 Millionen hinter dem ursprünglichen Voranschlag zurück. Die Wirtschaftsmachen machen sich eben überall bemerkbar, fast doch allein die Zahl der Kinobesucher in Berlin von rund 58½ Millionen im Jahre 1929 auf etwa 56½ Millionen im Jahre 1930.

Die Frage, ob England seine Eisenbahnen auf den elektrischen Betrieb umstellt, interessiert auch in Deutschland besonders im Hinblick auf das letzte Teilgutachten der Brauns-Kommission, in dem ja darauf verwiesen wird, daß die Elektrifizierung der Bahnen Arbeitskräfte in größerem Maße erfordert würde. In England hat man ausgerechnet, daß durch die Umstellung auf den elektrischen Betrieb erhebliche Betriebskosten gespart werden würden. Die Zahl der Arbeiter, die für die Umstellung benötigt würden, darf allerdings nicht überschätzt werden. Sie wird nämlich nur auf 60 000 bemessen, die allerdings auf 10 Jahre Beschäftigung finden würden. Anderer-

seits machen sich aber auch in England schon Bedenken gegen die Pläne geltend. Es wird nämlich darauf verwiesen, daß nach der erfolgten Elektrifizierung weniger Arbeitskräfte im Eisenbahnbetrieb gebraucht werden würden, also das Heer der Arbeitslosen noch vermehrt werden würde. Zum andern fürchtet man auch im Kohlenbau, daß der Brennstoffverbrauch zurückgehen würde, da der Kohlenbedarf um rund 5,2 Prozent sinken würde. Dazu kommt, daß das Projekt gewaltige Summen erfordern würde, werden doch die Kosten auf etwa 5,2 Milliarden Mark berechnet. Man wird sich also auch wohl in England die Sache gründlich überlegen. Es ist eben nicht so, wie ein linksradikales Montagsblatt meinte, daß man in Deutschland an die Elektrifizierung deshalb nicht herangehe, weil man bei einem etwaigen Krieg eine Stilllegung der Bahnen befürchte. In Deutschland scheitern alle Elektrifizierungspläne einfach an den außerordentlich hohen Kosten, so daß wir uns auf lange hinaus mit verhältnismäßig kurzen Strecken mit elektrischem Betrieb begnügen müssen. Es bleibt aber, wie gesagt, abzuwarten, ob die Engländer nicht auch ein Haar in der Suppe finden werden, denn vorerst handelt es sich nur um ganz unverbindliche Pläne.

Eröffnung des „Ostseejahres 1931“.

Reichsverkehrsminister von Guérard spricht.

Püß, 15. Mai. Im diesigen Stadttheater fand heute vormittag die Eröffnung des „Ostseejahres 1931“ statt. Bürgermeister Laowitz ergriff das Wort zur Begrüßung. Dann sprach Reichsverkehrsminister von Guérard, um die Grüße der Reichsregierung zu überbringen. Der Minister gedachte dabei der abgetrennten Gebiete der Nord- und Ostmark, insbesondere der Stadt Remei, die die Feier ihrer 700jährigen Zugehörigkeit zum Deutschen Reich hätte begehen können. Der Minister erinnerte daran, daß es vor kurzem gelungen sei, gemeinsam mit Schweden einen Weg zu finden, um Rügen durch einen festen Eisenbahn- und Straßenstamm mit dem Festlande zu verbinden. Wir hoffen, meinte der Minister, durch diese Verbesserung Deutschland und andere Länder erneut einander näher zu bringen. Der Minister schloß mit einem Dank an Püß, seinen Senat und alle beteiligten Persönlichkeiten.

Jahrhundertfeier der Mainzer Realschulen vom 6. bis 8. Juni.

= **Mainz, 15. Mai.** Die Mainzer Realschulen (Realschule, Oberrealschule mit Reformrealschule und Oberrealschule in der Steingasse) feiern in der Zeit vom 6. bis 8. Juni d. J. das hundertjährige Bestehen ihrer Schule. Das Festprogramm sieht vor: Samstag, 6. Juni, 15 Uhr: Ehrung der verstorbenen Lehrer und Schüler auf dem Mainzer Friedhof; 20.30 Uhr: Festkommers in der Stadthalle. Sonntag, 7. Juni, vormittags: Festgottesdienste; und zwar 9 Uhr katholischer Gottesdienst in der Karmeliterkirche, 9.30 Uhr evangelischer Gottesdienst in der Christuskirche; 11 Uhr: Akademische Feier in der Stadthalle, anschließend Mittagessen in Mainzer Lokalen; 20 Uhr: Rheinischer Abend in der Stadthalle. Montag, 8. Juni, ab 12.30 Uhr: Rheinfahrt nach St. Goar und zurück.

Die Kautions der Frau von Schönebeck.

Die 50 000 M. entwertet durch den Marktschwund.

Der seltene Fall, daß die Gerichte sich mit der Aufwertung einer vor Jahrzehnten gestellten Kautions zu beschäftigen haben, ist jetzt durch den Selbstmord der Frau von Schönebeck wieder eingetreten. Wie erinnerrlich, war Frau von Schönebeck der Beihilfe der Ermordung ihres Mannes angeklagt, aber wegen Geisteskrankheit außer Verfolgung gesetzt und im Jahre 1911 gegen eine Kautions von 50 000 M. aus der Haft entlassen worden. Gegen Frau von Schönebeck ist das Verfahren niemals abgeschlossen worden. Es ruhte vielmehr bis zu ihrem jetzt erfolgten Tode. Die Kautions in Höhe von 50 000 M. muß nun an die

Erben der Verstorbenen, an ihre beiden Kinder, die aus der Ehe mit dem Major von Schönebeck stammen, ausbezahlt werden. Die 50 000 Goldmark, die bei der Kasse des Fiskus lagen, sind wie die Guthaben aller deutschen Sparer durch den Marktschwund entwertet worden. Die Erben sollen nun vom Fiskus eine 10prozentige Aufwertung des Kapitals nebst den Zinsen erhalten, die von dem Jahre 1909 bis 1919 in voller Höhe zur Anrechnung kommen, während von 1924 bis jetzt nur das aufgewertete Kapital verzinst werden wird. Es ist anzunehmen, daß die Erben sich mit diesem Vorschlag der Gerichtskasse einverstanden erklären.

Die Tragödie im Polareis.

Ein in Berlin eingetroffenes Radio-Telegramm der Hilfsexpedition, die im Grönlandeis nach den vermißten deutschen Forschern sucht, gibt jetzt Einzelheiten über die Tragödie, die sich im letzten Winter dort abgespielt hat. Nach einem 40tägigen Marsch unter unglaublichen Strapazen hat Wegener am 30. Oktober die Eishütte, welche 400 Kilometer vom West- und 500 Kilometer vom Oststrand der Grönländischen Eislüste entfernt liegt, erreicht. Er mußte hier viele Lasten zurücklassen und seinen Begleiter Dr. Löwe erfroren sehen. Trotz der schweren Strapazen gönnte sich Wegener nur eineinhalb Tage Ruhe und brach dann mit seinem grönländischen Begleiter wieder nach Westen auf. Wegener wollte anscheinend auf alle Fälle die Hauptgruppe der Expedition im Westen Grönlands wieder erreichen, um dort die wissenschaftlichen Arbeiten zu überwachen. Bei ihrer Suche nach Wegeners Leichnam fand die Expedition, 150 Kilometer vom Ausgangspunkt entfernt, Wegeners Schlitten und nach weiteren 60 Kilometern auch seine Skier, die er wie ein Wegzeichen im Schnee aufgestellt hatte. Dies sind die letzten Überreste, die man von Wegener aufgefunden hat. Es ist nun wohl nicht mehr zweifelhaft, daß der geniale Forscher, der für die deutsche Wissenschaft unerlässlich ist, den Heldentod im Eis gefunden hat.

Spiritusexplosion auf dem Markt in Stahfurt. — Vier Schwer- und vier Leichtverletzte. Auf dem Frühjahrsmarkt in Stahfurt ereignete sich ein schweres Explosionsunglück. Die Ehefrau des Reisenden Hanne-mann aus Berlin füllte den bereits brennenden Spiritusocher neu auf. Dabei explodierte der Kocher. Acht Personen, die sich an dem Stand aufhielten, wurden dabei verletzt und ins Krankenhaus übergeführt. Vier Personen konnten nach Anlegung von Notverbänden wieder entlassen werden, während die übrigen in bedenklichem Zustand darniederliegen.

Ein Schmuggler an der deutsch-luxemburgischen Grenze erschossen. In der Nacht zum Freitag wurden zwei Männer, die von Luxemburg her die Dür mit Paketen in der Nähe des Ortes Kempeshausen überschritten, von deutschen Zollbeamten gestellt. Sie warfen ihre Pakete ab und entflohen. Da sie auf wiederholten Anruf nicht stehen blieben und auch Warnungsschüsse nicht beachteten, wurde auf den nächsten Schmuggler ein Schuß abgegeben, der ihn tödlich traf. Der zweite Schmuggler entkam. Die Pakete enthielten 20 Kilogramm Mehl und 34 Päckchen Tabak. Nachträglich wurde festgestellt, daß es einem dritten Schmuggler gelungen war, mit Paketen auf luxemburgisches Gebiet zurückzufahren. Die beiden überlebenden Schmuggler wurden in Luxemburg festgenommen und haben ein Geständnis abgelegt.

DIE 10 ANGEBOTE DER ETAGE

für Freunde guter Kleidung und kleiner Ausgaben!

Selten schöner
HERREN-ANZUG
moderne Cheviot-Qualitäten englischer Art, wundervolle kleidsame Streifenmuster und außerordentlich schöne Farbtöne. Dieser ideale und prakt. Strapazier-Anzug für flotte junge Herren kostet . . . nur Mk. 28.-

Reinwollener
BLAUER ANZUG
reinwollenes Kammgarn von besonders schöner und haltbarer Webart, auf Roßhaar und Wollserge gearbeitet, in der mod. und beliebten dreihügeligen Form. Dieser prächtige Kammgarn-Anzug kostet nur Mk. 36.-

Sehr flotter
SPORT-ANZUG
2teilig, Sakko und Knickerbockerhose aus neuesten farbenfreudigen Cheviots englischer Art. Vorbildliche Machart, auf Kunstseide gef., kostet dieser selten schöne u. elegante Sport-Anzug . . . nur Mk. 28.-

Sehr strapazierfähiger
SPORT-ANZUG
Sakko-West, lange und Knickerbockerhose aus besonders haltbaren, modern gewebten Stoffen, in ausgesucht schönen Mustern. Dieser Anzug, vorbildlich in Verarbeitung und Paßform kostet mit 2 Hosen nur 42.-

Neuartige
KNICKERBOCKER
aus flotten Stoffen englischer Art, von ganz besonderer Strapazierfähigkeit, tadellose Verarbeitung und sorgfältigste Näharbeit bürgen für eine Hose, die großen Strapazen standhält und trotzdem kostet sie nur 6⁹⁰

Reinwollener
KAMMGARN-ANZUG
feinfädige, reinwollene Ware, in den besten und modernen bläulichen und bräunlichen Tönen, mit den mod. Streifen, sehr gut verarbeitet, in der kleidsamen Form. Dieser schöne Anzug kostet . . . nur Mk. 48.-

Reinwollener
BLAUER ANZUG
aus hervorragend schöner und schwerer Kammgarnware hergestellt und mit erprobten Zutaten ausgestattet, vorzüglich in seiner Paßform kostet dieser prächtige dunkelblaue Anzug . . . nur Mk. 48.-

Reinwollener
SPORT-ANZUG
Sakko und Knickerbockerhose aus ganz guten reinwollenen Cheviots hergestellt in den modernen beige u. grauen Fischgrat-Dessins, prächtige Verarbeitung und Paßform. Dieser Anzug kostet . . . nur Mk. 46.-

Reinwollener
SPORT-ANZUG
Sakko, Weste, lange und Knickerbockerhose, ganz feine, garantiert rein-wollene Stoffe englischer Art, in den flotten u. beliebten Mustern u. Farb. Trotz der tadel. Innenausstattung kostet dies. Anzug m. 2 Hos. nur 59.-

Elegante
TENNIS-HOSE
aus selten schönen Stoffen, in den dankbaren Farben, die zu jedem dunkleren Sakko getragen werden können. Die Hose ist mit besond. Sorgfalt verarbeitet und mit feinen Zutaten ausgestattet; sie kostet nur 7⁵⁰

Andere Preislagen für Herren-Anzüge . . . 19.50 29.50 38.— 49.— 68.— 85.— 98.—
Andere Preislagen für blaue Herren-Anzüge . . . 48.— 58.— 68.— 78.— 88.— 98.— 108.—
Haupt-Preislagen für Gabardine-Mäntel . . . 36.— 48.— 58.— 68.— 78.— 88.— 98.—

FRAU

LÖWENSTEIN

WWE.

Mainz, Bahnhofstrasse 13, I. Etage. • Keine Schaufenster • aber grösste Auswahl der Branche am Platze.

Industrie und Handel.

Wirtschaftliche Wochenschau.

„Tendenz: schwach“. — Umbildung zur Privatwirtschaft. — Sanierung der Österreichischen Kreditanstalt. — Der Revisionsgedanke marschiert. — Kurzarbeit und Lastenentung.

„Tendenz: schwach“, so lautet jetzt bereits seit Wochen die tägliche Überschrift der Börsenberichte. Die kleinsten Umsätze haben die Gewinne aus dem Börsengeschäft auf ein Minimum eingeschränkt, so daß der Berliner Börsen-Vorstand dieser Tage beschloß, in diesem Sommer — im Gegensatz zu den Vorjahren — die Samstagsbörsen nicht ausfallen zu lassen, damit den geschwächten Börsenbesuchern die Ertragsmöglichkeiten nicht noch weiter verringert würden. Dieser Zeitgedanke ist außerordentlich charakteristisch für die gegenwärtige Börsenverfassung. Die Börse lebt heute eigentlich nur noch von der Hoffnung auf eine kommende Besserung. Das Warten hierauf wird aber erschwert durch immer wieder auftretende unerfreuliche Nachrichten, denen gegenüber günstige Meldungen stark in den Hintergrund treten und fast ohne Wirkung auf die Tendenzgestaltung bleiben. So war es auch in der Berichtswochen. Während die endlich zum Abschluss gelangene Bewagtransaktion an der Börse kaum beachtet wurde, schlug das plötzliche Bekanntwerden der notwendig gewordenen Sanierung der Österreichischen Kreditanstalt wie eine Bombe ein. Daß es bei der ersten österreichischen Großbank so weit kommen konnte, wurde als symptomatisch für die wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich angesehen, das wie Deutschland unter den Folgen des verlorenen Krieges zu leiden hat. Die Schwankungen nach unten zeigende Tendenz der New Yorker Börse wirkte auf die deutschen Börsen zurück und erhöhte das Gefühl der Unsicherheit.

Die Umgründung der kommunalen Berliner Elektrizitätswerke in eine gemischtwirtschaftliche „Berliner Kraft und Licht A.G.“ ist nunmehr am 11. Mai erfolgt. Wenn auch in Zukunft noch die öffentliche Hand einen großen Einfluss auf die neue Aktiengesellschaft haben wird, so ist sie doch nicht mehr Alleinberrichter. Sie muß auf die mitbestimmte Privatwirtschaft Rücksicht nehmen, besonders wenn — was ja mit ein Zweck der Neugründung ist — fremdes Kapital aufgenommen werden soll. So bedauerlich auch vielfach die Gründe der zurzeit im Gange befindlichen Umorganisation von der rein staatlichen oder kommunalen Betriebsform zur privatwirtschaftlichen oder wenigstens zur gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft sein mögen, so notwendig ist doch diese

Mäßigkeit zum wirtschaftlichen Prinzip, bei dem politische Momente ausgeschlossen sein müssen und allein Zweckmäßigkeits- und Rentabilitätsgründe entscheiden dürfen.

Das Kapital der neuen „Berliner Kraft und Licht A.G.“, die das ausschließliche Recht zur Versorgung des gesamten gegenwärtigen Stadtbereichs von Berlin, und seiner späteren Erweiterungen, mit elektrischer Energie hat, beträgt 240 Mill. M., die in 160 Mill. M. Inhaberkonten (Lit. A), mit einfachem Stimmrecht und 80 Mill. M. Namensaktien (Lit. B), mit doppeltem Stimmrecht eingeteilt sind. Von den 160 Mill. M. Inhaberkonten wurden übernommen: 44 Mill. M. von einer Deutschen Gruppe (Preussische Staatsbank, Reichs-Kredit-Gesellschaft), 44 Mill. M. von der belgischen Sofina-Gruppe, 32 Mill. M. von einer amerikanischen Gruppe (Harris, Forbes & Co.; J. Henry Schröder), je 10 Mill. M. von einer englischen (Harris, Forbes & Co.; J. Henry Schröder) und schweizer Gruppe (Basler Handelsbank), je 7 Mill. M. von einer holländischen und schwedischen, sowie 6 Mill. M. von einer italienischen Gruppe. Von den 44 Mill. M. Aktien Lit. A. der deutschen Gruppe sind 34 Mill. M. zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt worden, zu einem Zeichnungskurs von 110 Prozent und unter in Aussicht Stellung einer Dividende von 10 Prozent.

Bei der ersten österreichischen Großbank, der Österreichischen Kreditanstalt, sind, wie erst gelegentlich der jetzt erfolgten Sanierung bekannt wurde, ganz außerordentlich hohe Verluste entstanden. Sie belaufen sich auf 140 Mill. Schilling (84 Mill. M.), bei einem Aktienkapital von 125 Mill. Schilling (75 Mill. M.) und 40 Mill. Schilling (24 Mill. M.) Reserven. Die Verluste verteilen sich mit 60 Mill. Schilling auf die Übernahme des Geschäftes der Boden-Credit-Anstalt und mit je 40 Mill. Schilling auf Effekten und Kredite.

Die katastrophale Entwicklung des Jahres 1930 mit dem Börsen- und Kursverfall und der steigenden Zahl von wirtschaftlichen Zusammenbrüchen hat dieses erschreckende Ergebnis zutage gebracht.

Die Sanierung soll durch Verabreichung des Kapitals um 31 Mill. Schilling, Abbauung der Reserven, Ausgabe von 91 Mill. Schilling neue bevorzugte Dividenden-Aktien erfolgen, wonach das neue Aktienkapital 155 Mill. Schilling betragen würde. Während die Nationalbank und das Bankhaus Rothschild je 30 Mill. Schilling bereitstellen, teilweise in Aktien, will sich der österreichische Staat 100 Mill. Schilling durch Ausgabe von dreijährigen Staatsanleihen im Ausland beschaffen und wird dann mit zusammen 70 Mill. Schilling Großaktionär der Kreditanstalt sein. Das Aufheben, das dieses Vorkommnis in der Welt erregt hat, geht am besten daraus hervor, daß sofort nach Bekanntwerden des Sanierungswanges ein Vertreter der Bank für internationale Zahlungsausgleich nach Wien abreiste, um sich an Ort und Stelle zu informieren. Wahrscheinlich wird auch die B.Z. dem österreichischen Staat den geschätzten Betrag durch Diskontierung der Staatsanleihen zur Verfügung stellen. Bei der Sanierung der Österr. Kreditanstalt ist übrigens zu beachten, daß die damit beseitigten Verluste zu einem beträchtlichen Teile aus radikal durchgeführten industriellen Sanierungen, so unter anderem bei den bekannten Steyr-Werken, herrühren. Es wurde also gleichzeitig eine Reihe von größeren Industrieunternehmen auf gesunde Basis gestellt.

Die Internationale Handelskammer hat in Washington (U.S.A.) eine Tagung abgehalten, die mit dem Zweck hatte, das Interesse der Amerikaner auf das wichtige Problem der internationalen Schuldentilgung zu lenken. Während die amerikanische Regierung sich unverändert sehr reserviert verhält, haben sich die Vertreter der amerikanischen Wirtschaft zum größten Teil davon überzeugt, daß eine Revision der gegenwärtigen Regelung der internationalen Schuldentilgung eine Notwendigkeit ist. Der amerikanische Korrespondent einer englischen Zeitung schrieb daher dieser Tage:

„Wenn nicht sehr bald eine Erholung des weltwirtschaftlichen Verfalls einsetzt, so wird als sichere Folge aus dem Maßstrecke erwartet, daß Deutschland das ihm unter dem Young-Plan zustehende Recht ausübt, die Reparationszahlungen zu unterbrechen.“

In welchem Maße werden dann vermutlich auch andere Reparationen (England) von ihrem Recht Gebrauch machen, ein Moratorium für die Zahlung ihrer Kriegsschulden an

die U.S.A. zu erklären. Auf diese Weise würde zwar allen beteiligten Ländern eine Gelegenheit geboten, festzustellen, ob es die Kriegsschulden sind, die eine Erholung des Wirtschaftsverkehrs verhindern. Die Befürchtung der Wallstreet geht jedoch dahin, daß durch die mit einem Moratorium verbundene Anhäufung der gestundeten Beträge nur ein neues Problem geschaffen würde. Das Reparationsproblem ist zweifellos in ein aktuelles Stadium getreten. Die Welt ist auf die mindestens zu 90 Prozent durch die einseitigen Reparationsleistungen herbeigeführte internationale Krise, die in Deutschland naturgemäß am stärksten zum Ausdruck kommt, hingewiesen worden. Die Aktivität der Reparationsleistung wird sich sicherlich nicht auf ihre inneren Sanierungsmöglichkeiten beschränken. Diese können wohl als eine Vorbereitung späterer Schritte zu einer erfolgversprechenden Auflösung des Reparationsproblems angesehen werden, durch die das Werk der Errichtung einer neuen Grundlage für die deutsche Wirtschaft und Arbeit vollendet werden soll. Die Brauns-Kommission, die unter dem Vorsitz des früheren Reichsarbeitsministers einen Vorschlag zur Lösung des Arbeitslosenproblems ausgearbeitet hat, der vor allem eine Verabreichung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich und eine behördliche Genehmigung der Überarbeit vorzählt, hat eine Reihe von Gegnern gefunden. Aus den Kreisen des Handwerks wird vor allem darauf hinge-

Zur Diskontherabsetzung in London.

Abschwächende Haltung der Reichsbank.

Im Zusammenhang mit der Frage, ob die Reichsbank der Londoner Diskontsenkung folgen wird, erklärt WTB, Handelsdienst aus Bankkreisen, daß der Beschluß der Bank von England für die Reichsbank in mittelbare Folgen zunächst nicht haben wird. Es dürfte für das Institut notwendig sein, zunächst die Auswirkungen der englischen Diskontsenkung abzuwarten, wie ja auch London erst die Entwicklung der Dinge nach der New Yorker Zinssenkung beobachtet hat. Hierbei ist auch die Angelegenheit der Österreichischen Kreditanstalt zu berücksichtigen, die, wie anzunehmen ist, in New York, Paris und London vorläufig zu größerer Zurückhaltung gegenüber Mitteleuropa veranlassen dürfte. Dadurch dürfte trotz des Londoner Satzes das Zinsgefälle nicht so stark sein, daß eine plötzliche Entscheidung der Reichsbank notwendig wird.

Das Frühjahrsgeschäft in der Textilindustrie.

Nur lausame saisonmäßige Belebung.

In fast allen Zweigen der Textilindustrie, der Baumwollweberei, der Kleiderstoffherstellung und der Seidenweberei hat sich das Geschäft nicht so angelesen, wie man es zu Jahresbeginn erwartet hatte. Zwar hat die saisonmäßige Belebung weitere Fortschritte gemacht, doch ist auch andererseits in einzelnen Zweigen wieder ein Rückschlag eingetreten, so daß sich die Gesamttennis in der deutschen Textilindustrie nur bedingt als „freundliche“ bezeichnen läßt. Was die Geschäftsentwicklung in diesem Jahre besonders drückt, ist das Vorherrschen der kurzfristigen Aufträge. Dispositionen auf längere Sicht fehlen fast völlig. Man kann daraus ersehen, daß die erteilten Aufträge rein saisonmäßig bedingt sind, und daß sich die Unsicherheit in unserem gesamten Wirtschaftsleben in ganz besonderem Maße in der Textilindustrie bemerkbar macht. Solange es nicht gelingt, die Arbeitslosigkeit zu mildern, und so die Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes zu steigern, wird man kaum mit einer durchgreifenden Belebung rechnen können. Die Wiederherstellung der Kaufkraft der breiten Masse zur Stärkung der Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes ist also von allergrößter Bedeutung, zumal die Exportmöglichkeiten für die deutsche Textilindustrie auch nicht als besonders günstig zu bezeichnen sind. Im Interesse der Steigerung der deutschen Textilwarenausfuhr wird man immer wieder einen Abbau der Belastung der Produktion durch Steuern, Sozialabgaben usw. fordern müssen.

In der Baumwollindustrie haben sich die Verhältnisse im allgemeinen weiter verschlechtert. Die neuerlichen Rückgänge der Baumwollpreise haben die Aufträge hinausgeschoben. Durchweg wird in den Betrieben kurzfristig gearbeitet. Die deutsche Baumwollindustrie hat am eigenen Markt immer härter unter der Konkurrenz des Auslandes zu leiden. In der Leinenindustrie hat sich das Geschäft nur bei Sonderverkäufen etwas belebt. Die Kammgarnweberei konnten aus der Modebeeinflussung Nutzen ziehen. Etwas lebhafter hat sich das Geschäft in der Seiden- und Kunstseidenindustrie entwickelt. Im großen und ganzen muß jedoch gesagt werden, daß sich gerade in Bezug auf die Preisbildung bei allen Zweigen der deutschen Textilindustrie eine völlig unbefriedigende Situation herausgebildet hat.

Vom deutschen Weinbau und Weinhandel.

Die großen Rheingauer Naturweinverfeigerungen der Vereinigungen Rheingauer Weingutsbesitzer seitigen in ihrem weiteren Fortgang unterschiedliche Ergebnisse. Am dritten Tag bestand für 1929er Qualitätsweine gute Nachfrage. Von den ausgetretenen 60 Nummern ging eine Anzahl zurück. Die Geromontsche Gutsverwaltung in Winkel erlöste für das Halbstück 1930er Winkeler und Johannisberger 400—500 M., 1929er 490 M.; das Weingut Kommensienat Krater Erben, Johannisberger, je Halbstück 1929er Winkeler, Geisenheimer, Johannisberger 610—2190 M., 1929er 500—680 M.; das Weingut Jol. Burgeff Erben, Geisenheim, je Halbstück 1929er Geisenheimer 620—1950 M., die Staatliche Lehr- und Forschungsanstalt zu Geisenheim je Halbstück 1929er Geisenheimer 740—900 M. Auch am vierten Tag waren die 1929er Sothenweine sehr gefragt und erzielten entsprechende Bewertungen. Von 86 Nummern wurden 14 Häuser zurückgezogen. Das Gräfl. v. Franden-Gierstorffsche Weingut in Rüdesheim erlöste für das Halbstück 1929er Rüdesheimer 820—2000 M.; das Weingut Geh. Rat J. Wegeler Erben für das Halbstück 1929er Rüdesheimer, Geisenheimer, Deltreider und Dallgartener 800—1800 M., das Viertelstück 720—840 M., Deltreider Eiserberg Trodenberauslese 2610 M. (oder 8.70 M. je Liter). Am fünften Versteige-

wiesen, daß in verschiedenen Gewerbezweigen die Geschäftsmöglichkeit gerade auf einer festen Bereitschaft für plötzliche und sofort zu leistende Überarbeit beruht, die durch vorherige Einholung einer behördlichen Genehmigung unmöglich gemacht würde. Auch die „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ hat in einer umfangreichen Eingabe an das Reichsarbeitsministerium zu den Vorschlägen der Brauns-Kommission Stellung genommen.

Die deutsche Industrie hat bereits in großem Umfang die Kurzarbeit eingeführt, daß heute weit über 2 Millionen Kurzarbeiter in Industrie und Gewerbe beschäftigt sind.

Die Industrie führt einen wesentlichen Teil der Arbeitslosigkeit darauf zurück, daß in der Nachkriegszeit die freie Betätigung der wirtschaftlichen Unternehmungen in immer härterem Maße durch Gesele und Zwangsstarke eingeengt worden ist. Nur eine grundsätzliche Beseitigung der freien Wirtschaftsentwicklung hemmenden Fesseln und vor allem eine allgemeine Verbilligung der Produktion durch Senkung der Geselekosten kann zum Ziele führen. Die Abhilfevorschlüsse der Unternehmer erstreben daher eine Senkung der öffentlichen und sozialen Ausgaben und damit eine stärkere Förderung der Kapitalbildung und Ausweitung des deutschen Exportes, sowie einen Anreiz zu neuen Investitionen und zu einem neuen Konjunkturaufschwung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Kritik mindestens zum größten Teile berechtigt ist. Die Lösung des Arbeitslosenproblems — das durch die Kurzarbeit nur notdürftig und unzureichend gemildert werden kann, — ist nur möglich bei gleichzeitiger Lastenentung.

Am Samstag waren die schongearteten 1930er Weine zahlreich vertreten, aber sehr wenig begehrt. Es hat den Anschein, als ob der 1930er vom Handel und von der Verbraucherseite noch nicht richtig gewürdigt wird. Mehr als die Hälfte des aus 57 Nummern bestehenden Angebotes ging zurück. Es erlöste Weingutsbesitzer Jol. Epenrieder in Rüdesheim für das Halbstück 1930er Rüdesheimer 600 M.; die Reichsfreiherrn von Ritter zu Groenestein in Rüdesheim für das Halbstück 1930er Rüdesheimer 480—700 M., 1929er Rüdesheimer 430 M., 1929er Rüdesheimer, und Rüdesheimer 940 und 860 M., die Klause 1928er Rüdesheimer 110 M. Am sechsten Tag fanden bei guter Kaufstimmung die 1930er mehr Interesse. Das Angebot von 65 Nummern ging bis auf 6 in andere Hände über. Es verbleibten das Gräfl. v. Ingelheim-Echterische Rentamt, Geisenheim. Das Halbstück 1930er Hochheimer, Geisenheimer und Rüdesheimer brachte 410—810 M.; 1929er 790—3230 M.; das Viertelstück Geisenheimer Rüdesheimer 410, 750, 1670 und 2400 M. (bis zu 8 M. für das Liter). Der siebente Tag schloß wieder mäßiger ab. Von 64 Nummern fanden nur 35 Zuhörer. Das Freiherrlich Langwerth von Simmerhage Rentamt in Eltville erzielte je Halbstück 1930er 480—540 M.; das Weingut B. C. Gernersheimer in Eltville je Viertelstück 1928er 270 M., je Halbstück 1930er 430 M.; das Weingut Dr. R. Weil in Riedrich je Halbstück 1929er 580—1510 M.; die Kom. Rat Dr. Brodhuesche Weingutsverwaltung in Niederwallau je Halbstück 1929er 590—900 M., je Viertelstück 1100 M.; das Landwirtschafskammer-Gut in Eltville je Halbstück 1929er 550—640 M., je Flasche 250 M. Außerhalb der zehntägigen Rheingauer Naturweinverfeigerungen verbleibten die Aufhäuser Weingutsbesitzer: Bürgermeister Bräuer, J. Petru, C. Schön, F. Bremser, Chr. Seim, R. Seim und G. A. Seim, 25 Nummern Rüdesheimer Bergweine. Das Halbstück 1929er kostete 680—740 M., 1930er 430—600 M.; für das Viertelstück 1930er Hermannshäuser Rotwein wurden 400 M. bezahlt. Im freihändigen Weingehäft des Rheingaus ist es naturgemäß recht still. Die letzten Abschlüsse von 1930er erfolgten zu 350—500 M., von 1929er zu 450—650 M., das Halbstück.

In Rheinhessen wurden vereinzelte freihändige Verkäufe von 1930er zu 530—650 M. die 1200 Liter abgefahren. Auf der flott verlaufenden Weinverfeigerung des Weingutes Emil Fröster in Rierstein a. Rh. erlösten 1930er Riersteiner verfeinerte Weine 370—520 M., 1930er Naturweine 440—900 M., das Halbstück. Am Mittelrhein fanden in der Nachbarschaft von Bacharach einige Umsätze statt, die 500—510 M. für 1930er und 650—750 M. für 1929er, alles die 1000 Liter, erbrachten. 1929er Rheineheften sich in einem Fall auf 580 M. das Stück. An der Mosel erfolgten im mittleren Gebiet Kaufabschlüsse je nach Lage.

In der Rheinpfalz gingen 1930er Unterhaardter Rheinehe zu 500—650 M. das Ruber (1000 Liter) ab. Neue Rotweine sind sehr begehrt. An der Oberhaardter liegen die 1930er Weikweinpreise um 500 M. die 1000 Liter. In Baden fand die zweite Naturweinverfeigerung des Vereins Badischer Naturweinverfeigerer statt. Sie brachte ein noch mäßigeres Ergebnis wie das erste Ausgebot. In Franken erlangten 1930er Konjunkturweine je nach Lage 45—78 M. und 1929er 90—110 M. die 100 Liter. In Württemberg notiert man für 1930er Rheinehe 60—85 M., Rotweine 65—90 M. die 100 Liter. Das Geschäft ist still.

* Die 6proz. Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost. Die Zeichnung auf 150 Millionen M. 6proz. Schatzanweisungen der Deutschen Reichspost, rückzahlbar am 1. Oktober 1933, hat zwar nicht die ganze angelegte Summe erbracht, durch das Ergebnis der Anleihe sind indessen, wie aus Berlin gemeldet wird, die Beträge von zusammen 100 Millionen, die für die Rückzahlung der am 15. Juni und 15. Juli fälligen Reichspostschatzwechsel benötigt werden, im vollen Umfang beschafft. Die geschätzten Beträge werden in Höhe der Zeichnungen zugeteilt; die Bezahlung hat bedingungsgemäß durch die Zeichner am 20. Mai d. J. zu erfolgen.

* Schudert u. Co., A.G., Nürnberg. Die Gesellschaft erzielte in dem am 31. März abgelaufenen Geschäftsjahr (in Mill. M.) 7,25 (7,66) Geschäftsgewinn. Nach Abzug von 1,23 (1,23) Ausgaben für allgemeine Verwaltung, Steuern, Zinsen und Abschreibungen (davon 0,46 Steuern) verbleiben einschl. 0,36 (0,19) Vortrag 6,39 (6,79) Reingewinn, aus dem 11 Prozent Dividende verteilt werden, nachdem im Vorjahr die Dividende von 11 auf 12 Prozent erhöht worden war. 0,50 (0,37) werden vorgetragen. Der Gewinnrückgang erklärt sich in der Hauptsache aus dem Dividendenrückgang der Siemens-Schudert-Werke A.G. Berlin, von 10 auf 7½ Prozent, von deren Aktien die Gesellschaft 58,1 besitzt.

* Deutsche Erdöl-A.G., Berlin. Der Aufsichtsrat beantragt 5 (7) Prozent Dividende auf 100 Mill. Mark Aktienkapital.

Soll de
des fon
der Pl
in 83
übernir

Der
tung be
prüfen,
nunasb
die ein
war auf
erschei
den sch
der Bede
Es gil
Entsche
fabrum
in Zuf
bauauf

Da die G
von hoch
Ort, an
ist, wird
dürfen, e
zu nehm
und für
seiner G
sichtlich d
Bezug au
stehenden
den lehte
die Arbe
an den
Aufwand
daß aus
gültigen
Amt für
Unterlag
Art gelte
Arbeiten
des Amte
Um zu
eine B
schlüsse
eigentlich
der ted
können

Die Bea
unter de
bebaun
des Am
wurden
erkennt
projekte
daraufhin
Generalis

Von
der priv
weigeb
hält es
tung mit
ung geb
Städtern
abgefahr
Beamt
private
berechtigt
Sparfam
sprechend
wird die
die Not
bade an
tung in
nungsba
her die r
nungsba
auch die
rung gel
nungsba
führt. In
arbeiten,
der eige
den Arbe
Büro für
über die
fügung f
Büro ha
für sämt
wand von
häuser in

Die S
lungen
samt 1
Zwecke
als ge
eine k
Haus
lungen
als ge

Mit die
3400 B
Böhm
in 1926
in 1928,
Feststell
Baumw
direkte
kunft d
und kom
ist die
des Bril

Von
Zusamm
die Erri
Hauszin
sowie fü
Hauszin
in Ansp

Um das Amt für Stadterweiterung und Wohnungsbau.

Soll das Amt aufgelöst werden? — Stadterweiterungsamt und Generalbebauungsplan. — Die Aufgaben des kommunalen Städtebaues. — Die Tätigkeit des Büros für den Wohnungsbau. — Zentrale Durchführung der Plan- und Verdingungsarbeiten. — Wiesbaden erstellt 3400 Wohnungen in 6 Jahren. — 21 Millionen in 83 Häuser investiert. — Hauszinssteuer- und Zuzahlungshypotheken. — Arbeitgeberdarlehen. — Die Stadt übernimmt Bürgschaften für den privaten Wohnungsbau. — Übermäßige Belastung der privaten Darlehensnehmer. — Einheitliche Bearbeitung der kommunalen Wohnungsaufträge erforderlich!

Der Zwang zur Sparsamkeit in der städtischen Verwaltung hat auch Veranlassung gegeben, erneut die Frage zu prüfen, ob das Amt für Stadterweiterung und für Wohnungsbau weiter aufrecht erhalten werden kann, oder ob die eingesetzten Mittel zu streichen sind. Die Frage, die zwar auf den ersten Blick nur wie eine rein wirtschaftliche erscheinen könnte, wird sich aber auch für den künftigen schon bald als eine grundsätzliche Frage von entscheidender Bedeutung für die Zukunft erweisen.

Es gilt aus der derzeitigen Finanzlage heraus die Entscheidung zu treffen, ob die bis heute gemachten Erfahrungen dazu führen sollen, daß die Stadterweiterung in Zukunft ihre öffentlichen Hochbau- und Wohnungsbauaufgaben in die Hände beamteter oder freier Kräfte legt.

Da die Gestaltung des Stadtbildes und des Wohnungsbaues von höchster kultureller Bedeutung und außerdem an den Ort, an das Stadtbild und das Landschaftsbild gebunden ist, wird gerade die Stadterweiterung nicht darauf verzichten dürfen, einen entscheidenden Einfluß auf diese Entwicklung zu nehmen. Die Aufgaben des Amtes für Stadterweiterung und für Wohnungsbau haben das Büro in den Jahren seit seiner Einrichtung hinreichend in Anspruch genommen, hinsichtlich des Wohnungsbaues vielleicht noch weit mehr als in Bezug auf die mit der Stadterweiterung in Zusammenhang stehenden Arbeiten. Der städtische Wohnungsbau hat sich in den letzten Jahren in einem schnelleren Tempo vollzogen als die Arbeiten an dem Generalbebauungsplan. Die Arbeiten an dem Generalbebauungsplan erfordern einen jährlichen Aufwand von 40.000 M. Trotzdem ist nicht anzunehmen, daß aus finanziellen Gründen die Arbeiten vor der endgültigen Fertigstellung des Planes aufgegeben werden. Das Amt für Stadterweiterung, das bisher bereits sämtliche Unterlagen statistischer sowie kartographischer und sonstiger Art geliefert hat, wird auch in der nächsten Zukunft diese Arbeiten ausführen müssen. Im übrigen muß die Tätigkeit des Amtes als eine vermittelnde bezeichnet werden.

Um zwischen Professor Jansen und den technischen Ämtern eine Verbindung zu schaffen und um die gemachten Vorschläge der Ämter im Hinblick auf ihre städtebauliche Gesamtheit, sowie die Absichten Professor Jansens nach der technischen und wirtschaftlichen Seite überprüfen zu können, mußte das Stadterweiterungsamt geschaffen werden.

Die Bearbeitung der größeren Fluchtlinienprojekte, speziell unter dem Gesichtspunkt ihrer Einpassung in den Generalbebauungsplan, hat einen wesentlichen Teil der Arbeitskraft des Amtes in Anspruch genommen. Allein im Jahre 1929 wurden, wie der neueste Jahresbericht der Stadterweiterung erkennen läßt, nicht weniger als 15 größere Fluchtlinienprojekte ausgearbeitet und weit mehr als 500 Baugesuche daraufhin begutachtet, ob sie sich dem großen Rahmen des Generalbebauungsplan anpassen.

Von mancher Seite wird freilich die Tatsache, daß heute der private Bauauftrag von kommunaler Seite beraten und weitgehend bestimmt wird, als nicht richtig bezeichnet. Man hält es nicht für angängig, daß die amtlich bestimmte Richtung mit Hilfe von einigen Vertretern allgemein zur Geltung gebracht werden soll. Freilich muß der Leiter unseres Stadterweiterungsamtes ein feinsinniger, konsilianter und abgeklärter Baukünstler sein, der nicht nur auf die technische Beamtenschaft der Stadterweiterung, sondern auch auf das private Bauwesen betrachttend wirkt. Wenn die Existenzberechtigung dieses freilich nach den Gesichtspunkten größter Sparsamkeit zu leitenden Amtes feststeht und der entsprechende finanzielle Aufwand als berechtigt erscheint, so wird die Aufrechterhaltung des Amtes noch weit mehr durch die Notwendigkeit bedingt, den Wohnungsbau in Wiesbaden auch in den nächsten Jahren durch die Stadterweiterung in erster Linie betreiben zu lassen. Das Büro für Wohnungsbau im Rahmen des Stadterweiterungsamtes hat bisher die vorbereitenden Planarbeiten für den städtischen Wohnungsbau geleistet. Es hat weiterhin in den letzten Jahren auch die Verdingungen und Ausschreibungen zur Durchführung gebracht und ferner alle, mit dem städtebaulichen Wohnungsbau zusammenhängenden Planungsarbeiten ausgeführt. Teilweise lagen nicht nur die vorbereitenden Planarbeiten, sondern die vollständigen Planungen sowie alle mit der eigentlichen Bauausführung in Zusammenhang stehenden Arbeiten in der Hand des Büros für Wohnungsbau. Das Büro für Wohnungsbau ist nicht zuletzt die Stelle, durch die über die Verwendung der für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Hauszinssteuermittel entschieden wird. Das Büro hat neben anderen Arbeiten, so die Gesamtabrechnung für sämtliche in der Zeit von 1921 bis 1929 mit einem Aufwand von 21 Millionen erbauten, über 80 städtischen Wohnhäuser fertiggestellt.

Die Stadterweiterung hat nach den statistischen Feststellungen des Amtes in den Jahren 1924 bis 1929 insgesamt mehr als 20 Millionen an Hauszinssteuer für Zwecke des Wohnungsbaues erhalten, 16,74 Millionen als gemeindlichen Anteil an dem örtlichen Aufkommen, eine halbe Million an Rücküberweisungen gemäß der Hauszinssteuerordnung, 2,2 Millionen an Überweisungen aus dem staatlichen Wohnungsbauhilfsfonds als geliehenes Kapital und 880.000 M. an Rückflüssen zum städtischen Wohnungsbaufonds.

Mit diesen Mitteln wurden nach der gleichen Statistik rund 3400 Wohnungen erstellt, 1645 städteigene und 1755 private Wohnungen, 80 städteigene in 1929 gegen 393 in 1928, 566 in 1926 und 92 in 1924, sowie 474 private in 1929 gegen 245 in 1928, 230 in 1927 und 224 in 1924. Nach diesen statistischen Feststellungen verläuft also die Entwicklung der Wiesbadener Bauwirtschaft zugunsten der privaten Bautätigkeit, was die direkte Bauausführung anbetrifft. Je stärker aber in Zukunft die private Bautätigkeit gegenüber der öffentlichen und kommunalen in den Vordergrund tritt, umso dringlicher ist die zentrale Einflussnahme der Stadt auf die Entwicklung des örtlichen Baumeisens.

Von nicht minder großem Interesse erscheint in diesem Zusammenhang die weitere statistische Feststellung, daß für die Errichtung von 1645 städtischen Wohnungen 8.980.000 M. Hauszinssteuerhypotheken und 1.160.000 M. Zuzahlungshypotheken sowie für 1755 erstellte private Wohnungen nur 8.200.000 M. Hauszinssteuerhypotheken und 290.000 M. Zuzahlungshypotheken in Anspruch genommen wurden. Der Aufwand an Verwal-

tungskosten für die erstellten 3400 Wohnungen in Höhe von 230.000 M., 1,2 Prozent des aufgewandten Gesamtkapitals, erscheint nicht zu hoch. 700.000 M. hat man innerhalb sechs Jahre an Reparaturhypotheken für private Altimwohnungen ausgegeben.

Der Hypothekenabteilung des Büros für den Wohnungsbau obliegt insbesondere die Bearbeitung sämtlicher Hypothekenangelegenheiten im Rahmen des aus öffentlichen Mitteln finanziell unterstützten Wohnungsbaues. Hauszinssteuerzuzahlungshypotheken, Zuzahlungshypotheken, Arbeitgeberdarlehen, die Fragen der Reichsdarlehen, der Darlehen an Sozialversicherte als private Baubanken, sowie noch andere Fragenkomplexe müssen durch das vorerwähnte Büro bearbeitet werden. Die Fragen, die mit der Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken in einem Zusammenhang stehen, werden nach den gesetzlichen Bestimmungen und gemäß den Richtlinien über die Verwendung des Hauszinssteueranteils für die Neubautätigkeit bearbeitet. Alle Bauvorhaben müssen weiterhin hinsichtlich ihrer bau- und wohnwirtschaftlichen Ausführung, sowie in Bezug auf ihre städtebauliche Eingliederung in das Gesamtbild beraten und bearbeitet werden. Die Fragen der Finanzierung, der Baukosten und der Tragbarkeit der Belastungen sowie die Verhältnisse der Baukosten, müssen ebenfalls eingehend geprüft werden.

Eine gemischte Kommission aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadterweiterungsversammlung beschließt

Pariser Modenbrief.

Allmählich verschwinden die Pelzmäntel. Man besenzt sich zu den neuen Frühjahrskomplexen, robes tailleur, vor allem zu zierlichen Pelzjackets. Das unfreundliche Frühjahr hatte dem Pelzmantel lange Bedeutung verschafft. Der Abwechslung zuliebe tauchen reizende Pelzjackets auf, teils in Smoking-, teils in gerade fallender oder sportlich gegürteter Form. Alle flachen Pelzjackets finden dabei Verwendung. Man liebt schwarze und weiße Breitschwanz, blonde Broadtail. Soweit Gürtel in Betracht kommen, sind sie meist rot oder rot gepunktet; dazu gehören passende Hüte, bei denen ein wenig Rot in die Erscheinung tritt. Nachst der kurzen Pelzjacke macht das robe tailleur viel von sich reden. Mit zierlich gearbeiteten Röcken verbinden sich kleine Jacken, die eine Taille, Bluse oder Weste überflüssig machen. Sie werden ungemein leicht aus und werden entweder aus Tweed oder Flamingo gearbeitet. Sie kommen dem Wunsch nach Bequemlichkeit entgegen und bringen endlich einmal einen neuen Top, nach dem die feine Frau mit Recht Ausschau hält. Für den Sommer zeigen die Modenhäuser diesen Genre aus schwerem Tüll, vor allem in Weiß, Rot und Gelb, einfarbig und gemustert, denn er ist erfrischend und reizend. Sonst dominiert die kleine Jacke. Es ist unfaßlich, mit welcher Hingabe man sich an diese Art klammert. Zu jedem Kleid ist eine Jacke komponiert. Sie fällt meist gerade und ist mit vielen Fältchen, Biesen und Handarbeiten versehen. Die Einstimmigkeit, diese Jacken mit Jacken zu umgeben, ist überausbedeutend, denn im allgemeinen pflegen die Modenhäuser abweisende Einfälle zu vermeiden. Man sieht unendlich viele schwarze Kleider, dennoch behaupten die führenden Häuser, diese Neigung sei überwunden. Ob das zutreffen wird, hängt von der Witterung ab. Sobald die Sonne hell scheint, wird Braun in Verbindung mit Gelb geschätzt. Mit großer Begeisterung ist Crêpe Oriental Bemberg von der haute couture aufgenommen worden. Die Spezialpublikation der haute couture, „L'Officiel de la Couture de Paris“ zeigt eine Aufnahme der bekannten Journalistin Raymond de la Tour in einem Modell des Hauses Phillipe und Gaston aus großmütigem Crêpe Oriental Bemberg. Es bringt die beliebtesten Schleifen nicht rückwärts, sie halten die gezogene Taille vorn zusammen, eine neue bemerkenswerte Linie schaffend. Ebenso beachtlich ist ein sommerlicher Entwurf des Hauses Bemberg aus Crêpe Oriental, für eine der elegantesten Pariserinnen komponiert. Es ist interessant festzustellen, daß eine Reihe der maßgebenden Pariser Modenhäuser Crêpe Oriental Bemberg verwenden, also kunstfertigen Produkten starke Beachtung zollt. Damit ist der Beweis erbracht, daß Kunststoffe eine Zukunft haben wird. Das Kostüm steht hoch im Kurs. Fürs erste, wie schon gesagt, in Schwarz. Das schwarze Smokingkostüm mit einer schwarz-rot, schwarz-weiß oder schwarz-gelb getupften Pilesweste ist Uniform geworden. Vielen Anzug ergänzt ein kleiner weißer Hut mit feinstem schwarzer Schleife oder herabhängender schwarzer Phantasieparade. Der weiße Hut ist im Augenblick der Diktator. Die zuerst so viel besprochene Engelskappe hat nicht den erwarteten Erfolg gehabt. Man bevorzugt leichtes gestricktes oder gehäkeltes Material, da man großen Wert auf den Zutritt von Luft legt. Da die Formen sich nicht allzu viel wandeln, muß die Ausgestaltung sensationell sein. Zu jedem schlichten Kleid gehört ein Fuchs. Er ist immer wieder obligatorisch und verhilft jedem Anzug zu erhöhter Eleganz. Ihm machen Westen Konkurrenz, mit denen man sich intensiv beschäftigt. An erster Stelle stehen die zierlichen Modelle mit Madetrastereien. Es muß immer wieder gesagt werden, welche große Zustimmung Madeira- und Lochstickereien finden. Überall, selbst auf den leichtesten Pelmen- und Pileshüten tauchen sie auf. Auch die Blumen zeigen Hochstereien in Pinon und Pique. Blaue Kostüme mit kleinen Jacken haben große blau-weiß gestreiften Westen, braune zeigen sich mit braun-gelb gestreiften West- oder gemusterten Westen. Die für diesen Zweck Verwendung findenden Dessins sind meist groß und ausdruckslos. Man will die Aufmerksamkeit auf sie lenken, ebenso auf die breiten Lederbänder, die selten bei einem Kostüm fehlen. Braun-Gelb scheint die größte Konkurrenz für Schwarz-Weiß zu werden. Weiß macht sich in dieser Zusammenstellung auch sehr bemerkbar. Bei gelben Westen sind breite weiße Pilestreifen aufgesetzt und ein weißer Pilesgürtel liegt auf der gelben Weste. Der Schal ist zum Schlagwort geworden. Ein großer Teil der Komplexe verlangt den dekorativen Schal an Stelle des einfachen Kragens. Hermelinschals, teils mit einer Schleife getupelt, gelten als dornier cri, ein Beweis, daß man auf der Suche nach Sensationen vor keinem noch so phantastischen Einfall halt macht. Die bunten Schals harmonisieren mit den großen Taschentüchern. Die maßgeblichen Modenhäuser zeigen riesige Taschentücher, von denen man den Eindruck gewinnt, es handle sich um Gegenstände, die zufällig aus einer Herrenabteilung zu den Damen kamen.

über die Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken an Private.

Eine ganz erhebliche Arbeit verursacht auch die Beschaffung von Wohnungsbauarbeiten für Private von Seiten anderer Geldgeber. Durch Vermittlung des Büros für Wohnungsbau hat die Stadterweiterung allein innerhalb eines Jahres mit Zustimmung des Bezirksausschusses Bürgschaftsverpflichtungen für den privaten und genossenschaftlichen Wohnungsbau in Höhe von 1,68 Millionen übernommen. Der Bürgschaftsfonds tritt im Falle einer Inanspruchnahme der Bürgschaften ein. In dieser Beziehung leistet also das Büro für Wohnungsbau eine durchaus sich lohnende und im Interesse der Bürgerschaft liegende Arbeit.

Von erheblicher Bedeutung ist hierbei der Hinweis, daß ein großer Teil der privaten Darlehensnehmer gerade aus dem Kreis der Beamten und Angestellten stammt und diese Gruppe in den letzten Jahren bei der Durchführung ihrer Bauabsichten ihre wirtschaftliche Kraft teilweise überschätzt hat.

Sie ist im Verhältnis zu ihrem derzeitigen Einkommen durch den Neubau allzu sehr belastet und fast alle Darlehensnehmer haben von der Möglichkeit, einen Zinsnachschuß zu beantragen, Gebrauch gemacht.

Das Büro für Wohnungsbau hat weiterhin in den letzten Jahren die verschiedenen Wohnungsbauprogramme selbstständig ausgearbeitet und zur Vorlage gebracht. Manche berechtigte Kritik ist an diesen Programmen bereits geäußert worden und mag auch in Zukunft an weiteren neuen Programmen geübt werden. Die Aufstellung und Festlegung der Programme war auf jeden Fall ein dringendes Erfordernis. Auch in Zukunft wird es sich als durchaus notwendig erweisen, daß fest umrissene und streng wirtschaftliche Wohnungsbauprogramme durch die Stadterweiterung aufgestellt werden, die einen genauen Aufschluß über die Verwendung der für den städtischen Wohnungsbau zur Verfügung stehenden öffentlichen und privaten Mittel ermöglichen. Zur praktischen Durchführung dieser Arbeiten wird man immer wieder bewährte Kräfte benötigen und aus diesem Grunde auch auf das Büro für Wohnungsbau nicht verzichten können.

Aber so dürfen sie nicht aufgefaßt werden. Die bunten großen Taschentücher, aus Seide oder Batist, rund oder viereckig, sind amüsante Schöpfungen der letzten Stunde. Sie werden natürlich nicht als Taschentücher gebraucht, sondern um den Hals gelegt, als Gürtel getupelt oder hängen leicht aus den Taschen der Studioleider heraus. Der Gedanke, diese Tücher als Gürtel zu benutzen, ist amüsant, da er Gelegenheit gibt, gleichzeitig mit dem Gürtel den selben Schal zu tragen, oder ein Tuch aus der Tasche flattern zu lassen. Die Taschentücher sind meist Schals und Tüchern verwandt. Einzelne Teile des bunten Materials werden in Seide oder Leinen eingefügt. Sonst gilt als höchste und letzte Neuheit die weiße Tasche aus Straußleder oder weißer Seide. Sie ist eine Folgeerscheinung des beliebten weißen Hutes und der zweifarbigen Schube, bei denen Weiß eine bevorzugte Rolle spielt.

Donne.

Briefmarken-Ede.

Finnland hat im Jahre 1856, also vor 75 Jahren, seine ersten Marken ausgegeben. Dieses Jubiläum wird durch Gedenkmarken im Muster dieser ersten Ausgabe gefeiert. Das Markenbild (Wappen mit Posthörnern) ist das gleiche geblieben, der Unterschied besteht nur im Texte. Die Wertbezeichnung, in der Krausgabe im Rahmen eines einseitigen, steht jetzt außerhalb in den unteren Ecken und hat sich aus Kopieren in Mark verwandelt. Innerhalb der Rahmenlinie befindet sich dafür die früher ganz fehlende Landesbezeichnung „Suomi — Finnland“. In den oberen Ecken außerhalb der Rahmenlinie erscheinen die Jubiläumsdaten: „1856—1931“. Werte: 1½ M. rosa, 2 M. blau.

Italien begeht in diesem Jahre den 700-jährigen Todestag des hl. Antonius von Padua. Für die italienische Postverwaltung, die im Feiern von Jubiläen überaus eifrig geworden ist, ein willkommenes Anlaß zur Ausgabe einer Gedenkserie. Diese setzt sich aus folgenden Werten zusammen: 20 Cent. Rosa, Antonius legt den Ordensstrich an, 25 Cent. grün, Antonius predigt den Fischen, 30 Cent. braun, die Einfiedler von Olivares, 50 Cent. violett, die Kathedrale von Padua, 75 Cent. karmin, Tod des Heiligen, 1,25 Lire blau, der Heilige befreit einen Kriegsgefangenen, 5 und 2,50 Lire olivgrün, Allegorie auf die Tugenden des Heiligen. Bekanntlich ist es nicht das erste Mal, daß der hl. Antonius philatelistisch gefeiert wird. Seinen 700. Geburtstag beging Portugal im Jahre 1895 — der Heilige ist 1195 in Lissabon geboren — durch eine Markenreihe.

Portugal hat 1924 den 400. Geburtstag seines größten Dichters Camoens postisch gefeiert. Jetzt hält die portugiesische Postverwaltung es für notwendig sein Hauptwerk, die Lusiaden, durch eine umfangreiche Gedenkreihe von 18 Werten der Welt in Erinnerung zu bringen. Diese Markenreihe reicht von 4 Centavos bis 5 Escudos. Einzelheiten später.

Spanien. Die so oft aufgelegte Zuschlagmarke für die Ausstellung in Barcelona erschien nun in 6. Ausgabe: 5 Cent. Schwarz und gelb.

Tripolis. Für die diesjährige Mustermesse wurde eine größere Ausstellungsreihe als sonst ausgegeben: 10 Cent. dunkelviolett, Antike Statue, 25 Cent. gelbgrün, eingeborener Kufant, 50 Cent. violett, Straßenbild in Tripolis, 1,25 Lire blau, Schlangebändiger, 1,75 L. und 25 C. karmin, Bewässerungsanlagen, 2,75 Cent., 45 C. zinnoberrot, Kolosse, 5 L. und 1 L. violett, arabischer Reiter, 10 Lire, 2 Lire sevia, Regierungsgebäude. — Eilmärke 1,25 L. und 25 Cent. karmin, Gefallenen-Denkmal.

Ungarn. Anlässlich der Osterfahrt des Zepelin nach Ungarn wurden die Freimarken 1 Pengo orange und 2 Pengo violett mit dem Aufdruck „Zepelin 1931“ versehen. — Veränderungen auf Freimarken von 1926: 2 auf 3 Filler, 6 auf 8 Filler, 10 auf 16 Filler. Aufdruck: Ziffer in Ovallinie.

Preise aus deutschen Versteigerungen: China Handstempel sogenannter Tientin-Ausgabe, die 50-Pennia-Marke M. 590.—, die 80-Pennia-Marke M. 160.—, Bayern 1 Kreuzer Schwarz M. 100.— bis 110.—, Bremen Grote gezähnt geb. M. 440.—, Oldenburg 1852 ¼ Sat. grün, M. 140.—, 1859 2 Groschen rosa auf Brief, M. 170.—, 3 Gr. gelb auf Brief, M. 180.—, 1861 ¼ Gr. moosgrün, M. 375.—, 2 Gr. rot auf Brief, M. 170.—, Schleswig-Holstein 1850, 1 und 2 Sch. auf Brief M. 585.—, Belgien Rotes Kreuz Sat 100 M., Neapel ¼ Torno auf Brief, M. 280.—, Niederlande 15 C. 1852, Fünfstreifen, M. 130.—, Spanien 1853, 2 Reales, waagerechtes Paar, M. 550.—, 1868 Biererbild, 10 Quartos, M. 550.—, Indien 1867, 8 Annas Dienst, M. 200.—, Brit.-Kolumbia 5 C. rot, M. 470.—.

Elly Beinhorn: Ein Mädchen fliegt allein.

Auf Klemm „D 1713“ nach Afrika.

3. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Orango-Grande ist die größte Ansiedlung auf den Inseln und der Regierungssitz der verstorbenen Königin Pampa. Und tatsächlich rechtfertigte es etwas von den Erwartungen, die ich darauf gesetzt hatte.

Die Ortschaft ist sehr groß, viele Häuser und sehr kompliziert ausgebaut. Viele Menschen liefen, heftig gestikulierend, herum, hatten aber scheinbar gar keine Furcht vor dem in niedriger Höhe fliegenden Flugzeug.

Neben Orango-Grande war ein großer, freier Sandplatz (eine ganz auffallende Sache hier im Buschland!) mit einer großen, rechteckigen Hütte darauf. Ich möchte beinahe wetten, daß es der Begräbnisplatz der Königin ist; es kann aber auch ein Palaver- oder Gerichtplatz sein. Aber das wird erst die Expedition bei ihrem Aufenthalt auf den Inseln feststellen.

Orango ist im Gegensatz zur Karte eigentlich nicht eine, sondern drei Inseln, die durch ganz in Nord-Südrichtung hindurchgehende Meeresarme getrennt sind.

Na, und nun kam eine wunderbare Sache: Bubaque.

Auf dem zwölften Breitengrad im Atlantischen Ozean eine Bissagos-Insel, von Deutschen bewirtschaftet, ein deutscher Dampfer an der Küste, darüber ein deutsches Flugzeug kreisen!

Kommentar: Bubaque ist der Sitz der ehemaligen Kamerun-Eisenbahngesellschaft, die diese und einige andere Inseln des Bissagos-Archipels bewirtschaftet und die Palmprodukte, Palmöl und -kerne, verwertet. Man hat eine vorzügliche Hafenanlage, Straßen und Häuser auf der Insel gebaut: die deutschen „Bubaquelöwen“ kannte ich schon alle von Bissao her.

Der Dampfer „Jonas“ war am Tag vorher in Bissao gewesen; wir hatten an Bord richtiges Schwarzbrot bekommen. Meine Gastgeber in Bissao hatten mir nahegelegt, daß ich gar nicht wieder zurückkommen brauchte, wenn ich nicht aber der „Jonas“ eine Ehrenrunde vor ihrer Weiterfahrt nach dem Süden geflogen hätte.

Da ich am Tag vorher dem Kapitän meinen Flug nach Bubaque anzeigt hatte, wurden wir erwartet. Auf den Häusern hatte man die deutsche Fahne gehißt, die Besatzung der „Jonas“ war mit Apparaten und Gläsern auf der Kommandobrücke, das kleine Motorboot der Bubaque-Gesellschaft lauerte dauernd zwischen dem Hafen und dem Schiff hin und her. Es war wirklich schon recht eindrucksvoll!

Noch einmal winke-winke, und weiter — Canhabaque, Ruban, Soga und wieder über Formosa nach Bissao zurück. Ich bedauere schrecklich, daß ich nicht mit der Expedition auf die Inseln kam. Aber es geht zeitlich nicht, weil ich sonst in die größte Hitze und den Beginn der Regenzeit auf dem Rückflug kommen würde.

Übrigens kam ich mit schwer „mederndem“ Motor in Bissao an. Und das nach einem vierstündigen Flug über dem offenen Meer!

Na, wenn ich wieder gut nach Hause komme, werde ich der kleinen Klemm ja verschiedenes abtun von wegen Hitze, Sandsturm, zwei Monate ohne Hangar und so!

16. Etappe: Die Panne bei Timbuktu und der Wüstenmarsch.

An Bord der „Anfa“.

Richtighausen startete ich am 10. März, morgens um 6 Uhr, von Bamako aus in die Weltgeschichte hinein. Ich habe 750 Kilometer bis Timbuktu. Der Motor arbeitet tadellos, ich freue mich wie ein kleines Kind auf meine Wüstenkreise.

Ich passiere Segou, mache meine Fotos, folge weiter dem Lauf des Nigers, nach vier Stunden erreiche ich Kopti. Ich habe keine Veranlassung zu landen, in zwei Stunden werde ich in Timbuktu sein. Kurz vor Kopti schneide ich den Niger etwas nach Nord-Westen, um abzukürzen. Jetzt bin ich über dem Überschwemmungsgebiet des Nigers; die Landschaft unter mir besteht aus verschieden großen Seen, die nur durch schmale Sandstreifen getrennt sind. Ansiedlungen treffe ich fast keine mehr. Straßen natürlich auch nicht — hier ist alles zu Ende, was noch an die Zivilisation erinnert, der Wüstenland hat begonnen.

Bald muß ich Timbuktu erreicht haben. Ob wohl alles klappt, die Betriebsstoffversorgung und so weiter, daß ich morgen früh gleich weiter kann?

Notlandung.

In diesem Augenblick fängt mein Motor an furchtbar zu rumpeln und zu klopfen — ich weiß sofort, nun ist es soweit, es gibt eine Notlandung. Ich höre am Geräusch, daß der Motor kein Öl mehr bekommt — das heißt, daß er in höchst geringer Zeit „getroffen“ haben wird.

Unter mir nichts als Sand mit fahlen Dornenbäumen von drei bis vier Meter Höhe, die so dicht stehen, daß an eine Landung ohne Gefahr für die Knochen nicht zu denken ist. Was nun?

Ich kann den armen Motor, der sich schrecklich quält ohne Öl und von Sekunde zu Sekunde an Touren nachläßt, nicht abstellen; ich muß die Propellerumdrehung ausnützen, um aus diesem gefährlichen Gebiet herauszukommen. Ich habe immer ein Herz für meine Motoren gehabt, aber in diesem Moment hilft alles nichts — es gilt die Knochen.

Ich war 1600 Meter hoch, wie der Motor anfang zu lärmern, jetzt bin ich schon auf 700 Meter heruntergekommen. Ich halte mich nach Nordwesten. Im Westen beginnt hinter einer scharf gezeichneten Grenze das Überschwemmungsgebiet des Nigers mit seinen vielen kleinen Seen und Pfützen. Wenn ich das noch erreiche, ist wenigstens bei der Landung keine Gefahr. Im Norden glaube ich am Fluße ganz weit entfernt eine Station zu erkennen — das müßte der Zeit nach Timbuktu sein.

Noch einige widerwillige Umdrehungen, und der Propeller steht. Ich bin noch zweihundert Meter hoch, aber die Seen sind noch weit entfernt. Ich glaube, mit dieser Landung hätte ich meinen Segelflug-C-Schein machen können. Mit vielleicht vierzig Kilometer Geschwindigkeit legte ich hinab, siehe einen fast nackten Eingeborenen mit erhobenen Armen stehen, berühre mit der Fläche den letzten Baum vor dem Seengebiet, mache eine 180-Grad-Wendung und stehe drei Meter vor dem ersten See und einige Meter hinter dem letzten Baum.

Der Motor ist hin!

Die Maschine ist bis auf einen unbedeutenden Riß in der Fläche und den durch die Drehung gebrochenen Sporn unbeschädigt. Aber was nützt das? Der Motor ist dadurch, daß ich ihn bis zu Ende laufen lassen mußte, hin! Aber im Moment habe ich andere Sorgen.

Mein Eingeborener, der mir wie ein Weihnachtsgeschenk hier in diesem öden Gebiet vorgekommen ist, ist verschwunden. Langsam kommt mir meine Lage zum Bewußtsein. Ich habe eine Thermosflasche mit Tee, eine Rettung, eine Dose Biskuit und etwas Schokolade. Das, was ich für eine Station aus der Luft angesehen habe, kann eine Täuschung sein. Außerdem sind hier bei der beinahe unendlichen Sicht die Entfernungen riesig, und ich weiß nicht, ob es eine Möglichkeit gibt, zu Fuß bis zum Fluß zu kommen.

Die Herren Eingeborenen.

Ich schaue mir meinen Motor an: der Ölleitungsabfluß zum Tank ist gebrochen — aber was nützt das alles, jetzt bin ich hier und muß mich irgendwie mit der Situation abfinden.

Als erstes gehe ich auf die Suche nach meinem Eingeborenen. Schließlich entdecke ich ihn hinter einem Busch, wo er total verängstigt hockt und für sein bißchen Leben fürchtet. Ich rufe ihn auf französisch an, er versteht natürlich nicht. Nach längerer Zeichenprache kommt er endlich hervor; ich halte ihm mein offenes Zigarettenetui hin, er nimmt eine Zigarette, dreht sie erkaut in den Händen, weiß nicht, was er damit anfangen soll. Da habe ich den ersten Schreck bekommen, denn das war der Beweis, daß er noch keine Europäerfärbung besaß.

Inzwischen haben sich einige andere wilde Kriegergepfalten zusammengefunden.

Sie machen in der Nähe einen recht kriegerischen, nicht absolut gemühten Eindruck; aber nachdem ich sie einigemal lebenswürdig angelächelt habe, wird ihr Gesichtsausdruck schon etwas netter. Selbst in diesem Moment kann ich es nicht lassen, sie bei ihrem Kriegsrat zu fotografieren. Das Schöne ist, daß sie vor dem Objekt nicht posieren, denn es ist bei Gott das erste Mal, daß man sie fotografiert.

Jetzt kommen lange Verhandlungen, wo ich genau bin. (Schluß folgt.)

VERSUCHE IMMERFROH. GEHE JETZT GLEICH ZU DEINEM APOTHEKER ODER DROGISTEN. FÜR DICH HAT ER EINE VERSUCHSPACKUNG KOSTENLOS BEREIT GELEGT.

Es ist schon so IMMERFROH macht frisch und froh!

EIN TRIUMPH DER WISSENSCHAFT. DIE BELEBUNGSTABLETTE AUS FRISCHEN KOLANÜSSEN. DAS UNSCHÖDLICHE NATURPRODUKT. IN 3 MINUTEN NEU BELEBT.

Städt. Strandbäder Biebrich und Schierstein

ab Samstag, den 16. Mai geöffnet. Badezeit täglich von 8 bis 20 Uhr.

F434 Städt. Bäderverwaltung.

Versteigerung der Grasnutzung

Am Montag, den 18. Mai 1931, 11 Uhr, wird in den städtischen Diensträumen, Taunusstraße 3, 4. St., die Grasnutzung der Feldwege, Gräben und Böschungen der Gemarkung Alt-Wiesbaden öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert.

Gleichzeitig kommt die Grasnutzung verschiedener Grundstücke in den Dörfern „Bierstadt Berg und Geisbad“ zum Ausgebot.

Wiesbaden, den 11. Mai 1931.

Der Magistrat, Verwaltung für Landwirtschaft, Weinberge und Forsten.

Naturwein-Versteigerung der Winzer-Genossenschaft

e. G. m. b. H. Hochheim a. Main

am Montag, den 1. Juni 1931, nachm. 1 Uhr im Saale des „Kaiserhofs“ zu Hochheim a. M.

Zum Ausgebot kommen:

54 Halbstück 1930er Naturweine.

Probetage:

für die Herren Kommissäre Montag, 18. Mai

Allgemeine Probetage:

am Mittwoch, 27. Mai und am Tage der Versteigerung von vormittags 9 Uhr ab, im „Kaiserhof“.

Proben werden nach auswärts nicht abgegeben.

F14

Garten-Möbel

in Holz, Eisen und Stahl, klappbar u. feststehend liefert zu Fabrikpreisen

Jacob Dies, Frankfurt a/M.

Lange Straße 35 — Fernspr.: Hansa 23854

Spezial-Fabrik für Gaststätten-Einrichtungen. Metall- u. Holzbearbeitung

Ausgabestellen des Wiesbadener Tagblatts

Wiesbaden-Biebrich:

Für Adolfshöhe u. Villen-Kolonie:

Wendel, Katteler Straße 5.

Adolfstraße:

Heiden, Adolfstraße 3.

Adolfsplatz und Adelsheidstraße:

Heiden, Adolfsstraße 3.

Kemenrathstraße:

Eimer, Rathausstraße 42.

Burggasse:

Reidhöfer, Wiesbadener Str. 84.

Feldstraße:

Schwind, Weibergasse 21.

Frankfurter Straße:

Bäckeri Pöw, Frankfurter Str. 9.

Ganggasse:

Schwind, Weibergasse 21.

Heppenhaimer Straße:

Bäckeri Pöw, Frankfurter Str. 9.

Wiesbaden-Dohheim:

Jacob Kroth, Wilhelmstrasse 2.

Philipp Seelbach, Wiesb. Str. 54.

Anton Bohland, Wiesbad. Str. 27.

Richard Klein, Siedelung Talheim.

Wiesb.-Schierstein:

Klein, Zahnstraße 1.

Kaiserstraße:

Creselius, Kaiserstraße 26.

Mainzer Straße:

Claudio, Rathenauplatz 1.

Bräuer, Mainzer Straße 11.

Rathausstraße:

Eimer, Rathausstraße 42.

Leuz, Rathausstraße 21.

Bräuer, Rathausstr. Ecke Mainzer

Straße.

Rheinstraße:

Nickels, Rheinstraße 8.

Weibergasse:

Schwind, Weibergasse 21.

Wiesbadener Allee und Villen-

Kolonie:

Wendel, Katteler Straße 5.

Wiesbadener Straße:

Reidhöfer, Wiesbadener Str. 84.

Ernst Dehmer, Dohheimer Str. 171.

Karl Hahn, Dohheim, Siedelung.

Karenthaler Str. 20.

Moos, Bäckeri, Diebicher Str. 18.

Wiesb.-Sonnenberg:

Emil Wegel, Rambaher Straße 1.

Kirchliche Anzeigen

Evangelische Kirche.

Samstag, den 16. Mai 1931.

Kingkirche. Abends 8.30 Uhr Wochenendgottesdienst. Vtr. Dahn.

Sonntag, den 17. Mai 1931.

Marktkirche. Vorm. 10 Uhr Jahresfest des Vereins vom Blauen Kreuz. Vtr. Dietrich-Main. Nachmittags 5 Uhr Vtr. Mulot.

Bergkirche. Vorm. 10 Uhr Vtr. von Bernus.

Nachm. 5 Uhr Vtr. Fries.

Kingkirche. Vorm. 10 Uhr Vtr. Mulot. Nachm. 5 Uhr Landestircherrat Stefan Philipp. Im Gemeindehaus, Karenthaler Str. 2. Nachm. 3.15 Uhr Schwerhörigengottesdienst. Landestircherrat Vic. Peter.

Lutherkirche. Vorm. 10 Uhr Vtr. Dr. Ott. Vormittags 11.15 Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 5 Uhr Stefan Balzer-Dohheim. Dienstag, den 19. Mai, abends 8.30 Uhr Bibelstunde Vtr. Dr. Michel.

Paulinenkirche. Vorm. 10 Uhr Vtr. Jung. Vormittags 11.15 Kindergottesdienst.

Vereinshaus, Blatter Straße 2. Vorm. 11.30 Uhr Kindergottesdienst. Abends 8.30 Uhr Bibelstunde.

Wiesbaden-Biebrich.

Hauptkirche. Frühgottesdienst. Vorm. 7 Uhr Hilfspred. Wilhelm. Vorm. 10 Uhr Vtr. Kübler. Vorm. 11.15 Uhr Kindergottesdienst.

Oranienkirche. Vorm. 9.30 Uhr Vtr. Albert.

Waldkirche. Vorm. 10 Uhr Vtr. Dietrich. Vorm. 11.15 Uhr Jugendgottesdienst.

Diaconissenheim. Abends 8.15 Uhr Bibelstunde. Hilfspred. Wilhelm.

Montag, den 18. Mai, abends 8 Uhr Frauen-

missionsverein im Katharinenstift.

Dienstag, den 19. Mai, nachm. 4 Uhr Frauen-

bibelstunde im Katharinenstift.

Wiesbaden-Dohheim.

Vorm. 8.30 Uhr Kinderheim Taunushöhe. Vor-

mittags 10 Uhr Hauptgottesdienst. Vorm. 11 Uhr

Kindergottesdienst.

Katholische Kirche.

Starkkirche zu Sonnenberg. 7 Uhr Beichte.

1/8 Uhr Frühmesse. 10 Uhr Amt. 14 Uhr Andacht.

Alt-kathol. Gemeinde. Friedenskirche, Schwaibacher Straße. 10 Uhr Amt mit Predigt.

Vtr. Eder.

Baptisten-Gemeinde. Zionskapelle, Adlerstr. 19.

Vorm. 9.30 Uhr Gebetsstunde. Vorm. 10.45 Uhr

Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr Predigt und Jugend-

verein. Mittwoch, abends 8.30 Uhr Bibelstunde.

Vred. J. C. Winkler.

Evang.-luth. Dreieinigkeits-Gemeinde, Kiedricher

Straße 8. Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst.

Vtr. Eimer.

Christliche Gemeinschaft. 20.30 Uhr Evangeli-

ation in der Aula am Schlossplatz. Mittwoch, den

20. Mai, 20.30 Uhr Bibelstunde in der Schwal-

bacher Straße 44.

Die Christliche Glaubensgemeinschaft, Bismarck-

ring 21. Abends 8.15 Uhr Evangelisation. Dienst-

tag, abends 8.15 Uhr Bibelstunde.

Frankfurt a. M. Pferde-Märkte

18. Mai, 15. Juni, 13. Juli, 17. Aug.

12. Oktober, 7. Dezember 1931.

Durchschnittl. Auftrieb 700 Pferde aller Rassen, auch Schlachtpferde.

Größte Auswahl u. beste Gelegenheit für Kauf oder Verkauf. Ein Besuch dieser

Märkte ist zu empfehlen. Der Handel

Sonntags verboten.



F200

Gartentees

(Schieferfrei und gleichm. Körnung)

in verschiedenen Farben liefert jedes Quantum frei Haus

1291

Kohlen-Krämer,

Wiesbaden,

Adlerstraße 15/17.

Telefon 26587.

Viscollin

verstärkter Knoblauchsaff bewirkt Herabsetzung des Blutdruckes, normale Verdauung, Beseitig. schädlicher Darmbakterien.

1507 Fl. Mk. 2.50

Adler-Apotheke, Kirchgasse 40.

Kapellenstr. 7, Part. links

Gebets- und Andachtstunden

Sonntag 9.30 Uhr vormittags — 8 Uhr abends

Donnerstag 8 Uhr abends.

Der Sport des Sonntags.

Der gesellschaftliche Abschluß des Automobilturniers.

Die Preisverteilung im Kurhaus.

Das, an sich schon wohlgeordnete, Wiesbadener Automobilturnier fand am Donnerstagabend mit der Preisverteilung, die in einen gesellschaftlichen Rahmen gefaßt war, im kleinen Kurhaus seinen Abschluß. Herr Konrad Kiedel fand in seiner Begrüßungsansprache herzliche Worte des Dankes für Stadt und Polizeiverwaltung, die sich ganz besondere Verdienste bei der Durchführung des ersten Turniers, in einer sehr schweren und wirtschaftlich schlechten Zeit, erworben haben. Für die Stadt Wiesbaden gab Herr Oberbürgermeister Krüde den Dank an den Klub zurück und verließ der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Wiesbadener Automobilklub vergönnt sein möge, stets auf seinem Gebiete die Führung zu behalten, wie es auch der Klub verdiente, im Zusammenhange mit der Kurstadt an erster Stelle genannt zu werden. Herr Direktor Röddermann streifte dann kurz das Gesamtturnier und vergaß auch nicht, neben Dankworten an die vielen auswärtigen Fahrerinnen und Fahrer, seinen Funktionären und Mitarbeitern solche zuzurufen. Aus den Händen von Frau Oberbürgermeister Krüde konnten dann die mehr oder weniger glücklichen Siegerinnen und Sieger ihre errungenen Geld- oder Ehrenpreise in Empfang nehmen. Viel beklagt wurde hierbei Graf Lurani-Malland, der allerdings auch in jeder Disziplin Preisträger geworden war. Innerhalb des Gesellschaftsabends traten herab: unser bestbekannter Viktor von Schenk, der mit seinen Rheinländern für die nötige Stimmung sorgte, und dann Charlotte Hepprich (Inhaberin von nur vier Weltmeisterdiplomen) mit ihrem Partner Br. C. Michael. Die beiden wollten drei Tänze vorführen: Engländer-Walk, Tango und Quind-Sten. Das allein war schon schön, und das diesmal wirklich dankbare Publikum sah dann noch einen wahren Wiener Walzer, so lieb und nett, daß man wirklich vorsichtig sein muß, aus Angst, man könnte vielleicht ein Wort verfehlt haben, und so den ganzen guten Eindruck, den man mitgenommen hat, nachträglich verderben. Nicht zu vergessen unseren Dichter, Prof. Oskar Meser-Eibing, der mit dem von Siegfried H. Gros komponierten Stom-Box „Meine Freundin hat ein kleines Boot“, in der Wiedergabe der Turnerkapelle Otto Schillingers, starken Erfolg hatte. Aber auch im übrigen wußte Otto Schillingers die Pausen mit alten und neuen Schlägen, wobei er auch den Walzer nicht vergaß, richtig auszufüllen. Alles in allem: Ende gut, alles gut!

Handball D. T.

Blitzturnier der TSG. „Eintracht“ Wiesbaden.

EC. Siegfried Überraschungssieger!

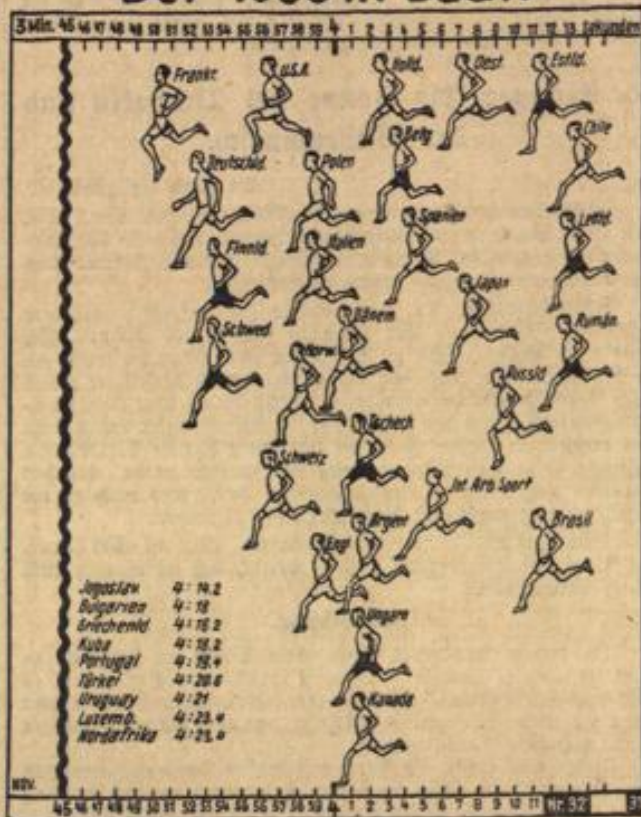
Schönes Wetter, zahlreiches Publikum und ausgezeichnete sportliche Leistungen hielten an dem vollständigen Gelingen dieser von der TSG. vorbildlich organisierten und inszenierten Veranstaltung. Sechs Mannschaften starteten: drei Vertreter der DT. und drei Mannschaften der DSB., mit Ausnahme des DSB.-Vereins EC. Siegfried, sämtlich der 1. Klasse angehörig. Aber gerade der A-Klassiker machte das Rennen! Seine Elf stellte sich vorteilhaft auf die kurze Spielfeldseite ein, wartete mit ganz vorzüglichen Innenangriffen auf, die vornehmlich von den beiden Hartmännern erfolgreich abgeschlossen wurden und waren auf diese Weise Gegner um Gegner aus dem Rennen. Auch der Turnerbund gefiel. Er schaffte es bis zum Endspiel, um aber in der Verlängerung gegen Siegfried den Kürzeren zu ziehen. Dafür aber bewog die Elf den Sportverein ein, der ohne Gebr. Streib und die Schulkanone Gang wenig überzeugend kämpfte und naturgemäß im Angriff seine Schwäche besaß. Die Mannschaft erlitt zwei Niederlagen und gewann nur gegen den Post-SB., dessen Elf ebenfalls nicht auf die Beine kam. Schwankende Leistungen in der Hinterrunde führten zu überraschenden Schlappen, jedoch man schließlich auf dem letzten Platz endete. Sehr gut hielt sich dagegen der Tu. 1846 Biebrich, der Eintracht bezwang und durch diesen Vorrundensieg unter den ersten drei Plazierten blieb. Gegen Siegfried hielt sich die Elf ganz ausgezeichnet. Die Eintracht begann gegen die Biebricher schwach, ließ jedoch im letzten Spiel gegen den Sportverein zu bemerkenswert guter Form auf, was auch durch einen Sieg in der Verlängerung bedingt wurde. Gerade der Ausgang des Turniers mit seinen zahlreichen Überraschungen, die interessanten Renkontres zwischen DT.- und DSB.-Vereinen (Eintracht und Sportverein begegneten sich zum Beispiel zum erstenmal) haben das erschienene Publikum voll und ganz befriedigt, jedoch sich ähnliche Versuche in dieser Richtung durchaus lohnen dürften.

Die Spiele:

Eintracht — Tu. 1846 Biebrich 0:1 (0:0). Die Biebricher warteten sofort mit schmissigen Angriffen auf, ohne jedoch bei der stabilen Eintracht Verteidigung etwas zu erreichen. Erst nach dem Wechsel gelang dem Linksaußen Weber der siebringende Treffer. Eintracht fand sich nach nicht zurecht.

Sportverein — Turnerbund 0:1 (0:0). Gegen die famose Abwehr des TB. konnte der SVB. Ersat- angriff vergeblich an. Die Turner befanden sich überdies in

Der 1500 m-Lauf.



Zu den interessantesten Wettbewerben im Leichtathletikprogramm zählt entschieden auch der 1500-Meter-Lauf. Diese Strecke ist in gewisser Beziehung auch die Grenze, wo in den Laufkonkurrenzen die amerikanische Überlegenheit aufhört. Das bezeugt schon die Geschichte der Olympischen Spiele. Von 1500 Meter aufwärts beginnt die Domäne der nordischen Länder, insbesondere Finnlands Vorrang. Aber auch andere mitteleuropäische Nationen können auf dieser Strecke ein wichtiges Wort mitsprechen. Nachdem jahrelang unser Dr. Pelzer den Weltrekord behauptete, wurde er jetzt von dem fabelhaften Franzosen Laboumque abgelöst. Wie die obige Darstellung erkennen läßt, haben eine ganze Reihe von Nationen ihren 1500-Meter-Rekord unter 4 Minuten gebracht, eine ganz enorme Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Nurmi betrachtet für 1500 Meter die äußerste erreichbare Grenze mit 3:45 Minuten. Weit sind unsere Eliteläufer nicht mehr entfernt, so daß auch heute kaum gesagt werden kann, wann dem Läufer die äußerste Zeitgrenze für 1500 Meter besaßen ist.

weitaus besserer Kondition, jedoch ihr Sieg nach Strafwurf Tädels vollkommen verdient erscheint.

Post-SB. — Siegfried 2:5 (2:2). Siegfried in großer Fahrt! Bis zur Pause erzwang die Post durch Grad und Dauer zweimal den Ausgleich, dann aber kam nur noch der Gelehrer durch Gebr. zu Wort. Dem entschlossenen Angriffsstil des Siegfrieds fiel die diesmal schwache Verteidigung der Postspieler zum Opfer.

Tu. 1846 Biebrich — Siegfried 2:3 (1:2). Ehe überhaupt die Biebricher an den Ball kamen führte Siegfried durch H. Hartmann 1:0 und wenig danach sogar 2:0. Die 46er ließen sich jedoch nicht verblüffen, kamen mehr und mehr auf und hatten schließlich durch ihren Halbrechten Rath ausgeglichen. Sekunden vor dem Abpfiff verwandelte Hartmann einen Strafwurf.

Sportverein — Post-SB. 3:1 (3:0). Diesmal ließ der SVB. zu besserer Form auf, während sich der Post SB. wiederum nicht fand. Diehlmann und Strauch buchten dreimal bis zur Pause. Dann war es mit der Schießkunst des SVB. zu Ende, während Post wenigstens zum Ehrentreffer kam.

Siegfried — Turnerbund 5:2 n. Verl. Der Kampf um den 1. und 2. Platz sah anfangs nicht nach einem Siege Siegfrieds aus, denn die Turner beherrschten zunächst vollkommen die Lage. Zwar gelang Verlaßotti der Führungstreffer, aber nach harten Gegenwürfen warf Tädels den Ausgleich. Derselbe Spieler erhöhte noch vor der Pause auf 2:1. Nach Halbzeit ausgeglichener Kampf, aber eine Minute vor Schluß gelang es H. Hartmann einen feinen Angriff mit Torshuß abzuschließen. 2:2. In der Verlängerung flüchteten plötzlich die Turner zusammen. Krieger, F. und E. Hartmann waren auf der Gegenseite nach 3 Toren, womit Siegfried Turnersieger war.

Eintracht — Sportverein 3:2 n. Verl. Das letzte Spiel um den 4. und 5. Platz, das Eintracht auf Grund geschlossener Leistung gewann. Ein Strafwurf Geipels brachte Eintracht in Front, später gleich Langer im Alleingang aus. Verlängerung! Geipel erzielte abermals für Eintracht die Führung, noch einmal glückte der SVB. durch prachtvollen Wurf seines linken Läuvers Gruber aus, um aber dann nach 3. Treffer Geipels den Kampf aufzugeben.

Die Platzierung:

Turniersieger: EC. Siegfried; 2. Turnerbund, 3. Tu. 1846 Biebrich, 4. Eintracht, 5. Sportverein, 6. Post-SB. Wiesbaden.

Schiedsrichter: Hofmann-U. Hofheim, Etilinger, Frankfurt/Main, Scheppler-Kastel, sämtlich der DT. angehörig.

Handball D. S. B.

Heute Samstagabend um 7.15 Uhr erwartet die Liga des Post-SB. auf dem Reichsbahnhof T. v. Mainz-Kastel, der zum ersten Mal in Wiesbaden gegen eine DSB.-Mannschaft antritt. Die Kasteler Turner sind der älteste Handballverein von Groß-Rhein. Seit Jahren gehören sie zur ersten Klasse der DT. Wenn sie augenblicklich auch nicht in ihrer besten Form sind, so dürfte ihr Können doch vollkommen ausreichen, um gegen die durch Verletzungen und Erkrankungen geschwächte Post zu bestehen.

Sportvereins Jugend hält die durch SB. 1916 Biebrich aufgenommenen Beziehungen zur DKB. um 8 Uhr in der Kampfbahn an der Frankfurter Straße gegen die 1. Elf der DKB. Kolding aufrecht. Da diese in Wiesbaden zu den stärksten Vereinen ihres Bundes zählt, andererseits Sportverein hier mit den besten Nachwuchs der DSB. stellt, läßt der Ausgang des Treffens gewisse Schlüsse auf die Spielstärke der führenden Jugendmannschaften beider Verbände zu.

Radsport.

Eröffnungsrennen des Hessischen und Nassauischen Radfahrerbundes.

Morgen Sonntag, nachmittags 2 Uhr, veranstaltet der Hessische und Nassauische Radfahrerbund sein diesjähriges Eröffnungsrennen auf der Alleenbahn in Mainz-Ginsheim, bestehend aus einem Eröffnungsfahren für Anfänger und einem 2-Stunden-Mannschaftsfahren nach Sechstagesart. Die Mannschaften werden sich in dem 2-Stunden-Rennen einen harten Kampf liefern. Es muß nochmals ganz besonders auf die Mannschaften von Wiesbaden hingewiesen werden. Es treffen sich die Rivalen: Gebr. Ides, Ketter, Prädanus, Echtermann, Wüst, Schard, Fröhlich aus Wiesbaden, sowie Dreusch, Holzer, Hundertmark und Schneider, Ginsheim. Es dürfte sich der Hauptkampf zwischen Gebr. Ides und Schard-Fröhlich abspielen, da Erstgenannte in großer Form sind und dieses Jahr schon Siege errungen haben. Auch die Fahrer Schard-Fröhlich sind nicht zu unterschätzen, da Schard ein sehr schneller Fahrer ist und in Wertungen den Gebr. Ides gefährlich werden kann.

Wandern.

Göh-Wanderung des Turngaues Süd-Nassau.

Etwa 1000 Turner und Turnerinnen, Jugend und Alter, beteiligten sich am Himmelfahrtstag an der vom Turngau Süd-Nassau angelegten Gauwanderung zum Gedächtnis an den einstigen großen Förderer deutschen Turnens und deutschen Volkstums, Dr. Ferdinand Göh. Aus allen Gebieten des Nassauer Landes wanderten die einzelnen Turnvereine zum Treffpunkt Korns Mühle bei Dettlich. Dort war die große Festwiese dicht besetzt mit Turnern, die gegen 2 Uhr, teilweise mit Spielmannszügen, teilweise mit Klampfen und Fiebel, eintrafen. Nach etwa einstündiger Rast ging unter Leitung des Gaujugend- und Wandermarsch Müller-Dohheim der Gau geschlossen unter Vorantritt des Gaujugendmannszuges durch die blühenden Gefilde des Pfingstbachtals nach Dettlich zur dortigen Turnhalle. Dasselbst fand eine erhebende Göh-Gedenkfeier statt. Der Vorsitzende des zweiten Bezirks, Dr. Verit-Johannsen, eröffnete die Feier mit einer Begrüßungsansprache. Nach dem Turnerlied „Ein Ruf ist erklingen“ hielt der Gauwanderwart die Göh-Gedächtnisrede, das Leben und Wirken des Turnerführers schildernd. Der 1. Gauvertreter, Banddirektor H. Wöhrl-Biebrich, begrüßte die Wanderer und dankte seiner Turnerschaft für die große Beteiligung an der Fahrt. Der Vorsitzende der Dettlicher Turnerschaft, J. Barthel, begrüßte namens seines Vereins. Im Anschluß wurden Vorträge und turnerische Übungen der Erbauer, Rüdesheimer und Dohheimer Turnerschaften durchgeführt. Turnerlieder wechselten mit Musikvortrügen der Dettlicher Kapelle Steinmetz ab. Zum Schluß las der Wanderwart noch einen Abschnitt aus Göh's Leben vor, und nach einem Tänchen für die Jugend bewegten sich die Scharen, der Gaujugendmannszug voran, wieder nach der Heimat zu.

Schwimmen.

Gaujugendtreffen des Gauess Rhein-Lahn im Deutschen Schwimmverband.

Das diesjährige Gaujugendtreffen des Gauess wurde mit Rücksicht auf die zentrale Lage nach Wiesbaden verlegt. Die sämtlichen Vereine mit ihren Jugendgruppen machen eine Sternwanderung und treffen sich morgen Sonntag auf der Platte bei Wiesbaden. Die Jugend des Schwimmklubs Wiesbaden 1911 hat ihren Treffpunkt zum Abmarsch wie folgt: Anaben und Jugend 8 Uhr Ecke Weidenburg- und Emser Straße; Mädchen und Damenjugend 8.45 Uhr Ecke Weidenburg- und Emser Straße.

Ein Blick genügt!
Qualität heisst immer

SALAMANDER

Das Erzeugnis der grössten deutschen Schuhfabrik
Wiesbaden, Langgasse 2.

